Bundesweite Demonstration am 3. Juli in Dachau :

Unterstützt die Roma in ihrem Kampf! Fahrt nach Dachau!
Grenzen auf für alle!

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

VORWORT

1. Die Nazis haben am vergangenen Samstagabend - zum wievielten Male eigentlich? - einen Menschen aus der S-Bahn geworfen und einen anderen danach schwer zusammengeschlagen. Passiert ist das auf der S-Bahn-Station Plät erwald. Um die Ecke vom Bahnhof Baumschulenweg, wo die Nazis die S-Bahn bestiegen, liegt die Freilichtbühne Wuhlheide. Dort fand am gleichen Abend das OpenAirFestival zum Christopher Street Day mit 6000 Leuten statt, das allerdings wegen der Anwesenheit von 500 Nazis in der Nähe der Wuhlheide abgebrochen werden mußte.
   Die Bullerei, mit 1000 Leuten im Einsatz, sagt, sie hätte den Schutz dieser Veranstaltung nicht garantieren können und lügt den Überfall am Baumschulenweg in einen "einfachen Überfall" um. Wann wird eigentlich dieser Bullen-Apparat wegen Naziunterwanderung aufgelöst oder wegen Beihilfe zum Mord verknackt?
2. Rund 40.000 Menschen sind in Berlin wohnungslos, über 6000 leben auf der Straße. Auf die Aktion zur Solidarität mit den Obdachlosen(s.S. 18 in diesem Heft) ließ die Antwort des Senats nicht lange auf sich warten: Nagel verkündete den Beschluß der Finanzabteilung, bis 1994 4000 Sozialwohnungen weniger(!) bauen zu lassen. Wann wird der Senat eigentlich als kriminelle Vereinigung verknackt?
3. Im Ordner gelandet sind Infos von Devrimci Sol Gücler zu einem bewaffneten Überfall auf eine ihrer Zeitungen in der Türkei durch Anhänger der Dursun Karatas Gruppe. Außerdem sind im Ordner gelandet:
   "Antirassistisches" von der Gruppe Schwarzenberg
   ANTIRA-Veranstaltung mit Prof. Wippermann 30.6.
   Tag-X auswertung aus Hamburg
   Vergewaltigung durch Bandmitglied "Experiment" in Karlsruhe
   Presseerklärung Ökologische Linke
   "Solidarpa kt gegen Sozilanten"
4. Vergeßt nicht: die nächste Nummer erscheint erst in 14 Tagen!!

PS. Zum Schluß einen dicken lieben Gruß an die Leute, die einen so tollen Abschiedsides produziert und gefaltet haben.- Es ist halt schade, daß jetzt schluß ist!

INHALT



Bundesweite Demonstration am 3. Juli in Dachau : Schützt die Roma-Fluchtburg in der KZ-Gedenkstätte vor der drohenden Räumung !

Seit dem 16. Mai 93, dem 53. Jahrestag der ersten Deportationen von Roma nach Auschwitz, kämpfen Roma an verschiedenen Orten Deutschlands gegen Abschiebungen und ein gesichertes Bleiberecht:



- Am 16. Mai 93 versuchten ca. 300 Roma, die KZ-Gedenkstätte in Neuengamme bei Hamburg zu besetzen, um den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken und eine Fluchtburg für die von Abschiebung bedrohten Roma zu errichten. Die Hamburger Kulturbehörde ließ dies zwei Wochen lang durch etwa 1400 PolizistInnen rund um das ehemalige KZ verhindern.
- Am 7. Juli sind mehrere hundert Roma in einem Autokonvoi über Solingen nach Bonn gefahren. Seitdem halten sie dort eine Mahnwache vor dem Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) ab. Sie fordern ihre Behandlung als Flüchtlinge entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention und ein gesichertes Bleiberecht.
- Seit dem 16.Mai besetzen nunmehr 200 Roma die Versöhnungskirche der KZ-Gedenkstätte Dachau. Sie suchen Zuflucht vor Abschiebung und kämpfen um ein Bleiberecht für sich und alle anderen Roma. Bisher wurden sie von der evangelischen Kirche nicht behindert.



Die KZ-Gedenkstätte Dachau wurde ganz bewußt als Fluchtburg gewählt: Im KZ Dachau wurden viele Roma umgebracht. Am 16. Mai 1940 begannen die Nazis mit den ersten Deportationen von Roma in die Gaskammern und Vernichtungslager. Rund 500 000 wurden von den Nazis in den Konzentrationslageren ermordet. Nur wenige ihres Volkes überlebten den Holocaust. Das Unrecht, das Nazi-Deutschland an den Roma begangen hat, wird heute von der Bundesregierung auf andere "moderne" Weise fortgesetzt: Roma werden an den deutschen Ostgrenzen mit Infrarotkameras und Spezialeinheiten der Grenztruppen gejagt, in Lager gesperrt und massenhaft deportiert. Seit dem deutsch-rumänischen Rückführungsabkommen sind mehr als 12 000 Roma über den Fughafen Berlin-Schönefeld nach Rumänien abgeschoben worden.

Kaum war der evangelische Kirchentag in München vorüber, auf dem viele Menschen die Forderungen der Roma unterstützten, da drohte die bayerische Landesregierung mit polizeilicher Räumung und Abschiebung, falls die Roma nicht bis zum 20. Juni die Versöhnungskirche verlassen. Die evangelische Landeskirche erklärte daraufhin unaufgefordert der Presse, daß "es von staatlicher und kirchlicher Seite kein Recht gäbe, den Aufenthalt der Roma in der KZ-Gedenkstätte weiter zu dulden". Ein Pfarrer, der Diakon der Versöhnungskirche und der Ausländerbeauftragte der ev. Kirche München distanzieren sich öffentlich von den Verlautbarungen der Kirchenleitung und unterstützten weiterhin die Roma in ihrem Kampf.



Seit dem 18. Juli sitzt ein Rom in Calw/ Baden-Württemberg in Abschiebehaft. Er soll nach Serbien in das Bürgerkriegsgebiet deportiert werden. Die Polizisten, die ihn festnahmen, begründeten die Inhaftierung mit seiner Teilnahme an der Aktion in Dachau. Das ist ein gezielter Angriff auf alle Roma, die sich zur Wehr setzen und für ihr Bleiberecht kämpfen. Um so wichtiger ist es, den Kampf nicht aufzugeben. Die Roma werden sich nicht aus Dachau vertreiben lassen. Von Dachau wegzugehen, bedeutet Abschiebung in die Verfolgerstaaten, in Länder, in denen Roma nicht leben können, in denen sie rassistischer Diskriminierung und Pogromen ausgesetzt sind. Ein Polizeieinsatz und die Vertreibung der Roma von der KZ-Gedenkstätte muß von uns allen verhindert werden. Am 1. Juli tritt der sogenannte "Asylkompromiß" in Kraft. Die Roma sind zur Zeit die einzigen Flüchtlinge, die selbstorganisiert und entschlossen versuchen, ihr Bleiberecht in Deutschland gegen die neuen Asylgesetze durchzusetzen. Diese Tatsache wurde in den Medien bisher entweder vollkommen unterbelichtet oder in ihrer Wichtigkeit totgeschwiegen.



Lichterketten und das zur Schau tragen einer antirassistischen Gesinnung reichen schon längst nicht mehr aus. Laßt uns die Roma in Dachau aktiv unterstützten. Spenden werden dringend benötigt. Laßt uns zur bundesweiten Demo nach München fahren oder hier in Berlin politischen Druck ausüben. Verantwortliche Stellen gibt es genug. Tagtäglich werden bis zu 150 Roma über den Flughafen Berlin-Schönefeld nach Rumänien abgeschoben.

**Unterstützt die Roma in ihrem Kampf! Fahrt nach Dachau!
Grenzen auf für alle!**



Busfahrkarten nach München gibt es im Buchladen Schwarze Risse (Gneisenaustr. 2a, 1/61) oder im X-B-Liebig (Rigaer-Ecke Liebigstraße, Friedrichshain).
Weitere Informationen: Antirassistische Initiative e.V. Tel.: 785 72 81

V.S.d.P.: B.Leiberecht, Karl-Marx str.99, 1/44

Bleiberecht für Roma

ABSCHIEBE STOPP!

Bus- und PKW

Abfahrt-Treff:

SAMSTAG, 3.7.

5.oo Uhr morgens

TU-Mathegebäude

Auftaktkundgebung: 13 Uhr, Bahnhofsplatz
anschließend Demonstration zur KZ-Gedenkstätte

Wir rufen alle Roma-UnterstützerInnen auf: Falls die bayerische Staatsregierung die Roma-Fluchtburg durch einen Polizeieinsatz räumen läßt, muß es an diesem Tag Protestaktionen in der ganzen Bundesrepublik geben.
Die Demonstration am 3. Juli findet auch dann statt, wenn die Roma aus dem KZ-Gelände vertrieben werden - dann erst recht!
Möglicherweise müssen wir dann in München vor dem bayerischen Innenministerium demonstrieren.
Informationen: Münchner Bündnis gegen Rassismus: 089/169519, 3. Welt Cafe: 089/7257774, Infoladen: 089/4489638

UnterstützerInnen des Aufrufs: Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung von Frauen (AGESRA); Aktionsbündnis gegen Abschiebungen, Berlin; Anti-NATO-Gruppe Erlangen/Nürnberg; Antifaschistisches Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammelbewegung (ASK), München; Antifaschistisches Stadtplenum Passau; Antirassistische Initiative e.V., Berlin; Antirassistische Zeitung "morgengrauen"; Antirassistisches Telefon Ostberlin - Baobab-Infoladen Eine Welt e.V.; Antirassistisches Telefon Hamburg; Antirassistisches-Antifaschistisches Notruf- und Infotelefon Frankfurt; Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, München; Arbeitskreis gegen Rassismus München; AStA der FH München; Asyl e.V., Berlin; Bayerischer Flüchtlingsrat; Bildungs- und Aktionszentrum Dritte Welt e.V. (BAZ), Berlin; Shahla Blum, Stadträtin Stuttgart; Brennpunkt links e.V., München; Bürgerinitiative Ausländische MitbürgerInnen Hohenschönhausen e.V., Berlin; Büro für notwendige Einmischungen, Hamburg; Jasar Demirov, Präsident der Roma-Union Süddeutschland; Die Grünen Passau-Stadt; Die Grünen, KV München-Nord; Dritte Welt Cafe Münchenn e.V.; Dritte Welt Laden Erlangen e.V.; Ein Loch in der Zensur, Aachen; Forum für interkulturelle Arbeit und Völkerverständigung München e.V.; Frauenkoordination München; Joachim Garstechi, Generalsekretär Kath. Friedensbewegung Pax Christi/dt. Sektion; Anita Geigges, Schriftstellerin, Romani P.E.N.-Club; GESUS - Gesellschaft für Sprache und Sprachen München e.V.; Grüne Liste Erlangen, Stadtratsfraktion; Gruppe Avanti - 4. Internationale; Humanistische Union, OV München; Infobüro Nürnberg; Infoladen München; Infoladen Regensburg; Initiative für Flüchtlinge e.V., München; Initiative Kirche von unten, München; Interkultureller Treffpunkt Grenzenlos, Berlin; Ulla Jelpke, MdB PDS; Katholische und evangelische StudentInnengemeinde München-Pasing; Rudko Kawczynski, Roma National Congress (RNC); Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.; Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge e.V., Berlin; Miteinander leben München-Nord; Münchner Bündnis gegen Rassismus; Nord-Süd-Forum München; Ökologische Linke München; Palästina-Komitee München; PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus; PDS-Linke Liste Südbayern; Peru-Gruppe München; Rechtshilfefonds für Ausländer München e.V.; ROM e.V., Köln; Roma - Holocaust - Asyl e.V., München/Baden-Baden; Werner Simon, Ausländerbeauftragter der evang. Kirche, München; Martin Singe für Pax Christi Gruppe Bonn; SOS Rassismus e.V., Berlin; Sprecherrat der Uni Würzburg; Srilanka-Freundeskreis München e.V.; St. Pauli-Fans gegen Rechts, Hamburg; Stadtratsfraktion Die Grünen München; Stadtratte, München; Vereinigte Sozialistische Partei (VSP); Vereinigung der revolutionären Jugend, München; Volkshaus Hamburg; VVN - Bund der Antifaschisten, LV Bayern; Kaki Weiß, Verband der Sinti und Roma München; Bernhard Wette, Schriftsteller

Münchner Bündnis gegen Rassismus



Solidaritäts-Konto: Christiaan Boissevain/Aktionsbündnis
Stadtsparkasse München Konto-Nr. 71 173520, (BLZ 701 500 00) Stichwort Roma

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes: Claus Schreer, Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München. Eigendruck im Selbstverlag

zur Besetzung der Büros der Evangelischen Landeskirche

Meiserstr. 11, 8000 München am 22.6.93

Wir protestieren auf das Schärfste gegen die Reaktion der evangelischen Landeskirchenleitung heute vormittag auf die Solidaritätsaktion des Roma-UnterstützerInnenkreises.
15 Leute haben sich heute vormittag unangemeldet im Büro des Landesbischof Johannes Hanselmann eingefunden, um mit einer spektakulären Aktion auf die Situation der Roma in Dachau aufmerksam zu machen und um auf die Kirchenleitung Druck auszuüben, weil diese genau heute vor einer Woche die Roma aufgefordert hat, die KZ-Gedenkstätte zu verlassen. Maximal 40-50 Roma sollen solange bleiben dürfen, bis Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth eine Stellungnahme über die Verhältnisse in Mazedonien abgegeben hat, was sie auf dem Kirchentag zugesagt hatte.
Die Roma-Union Süddeutschland und der UnterstützerInnenkreis hat in einer Erklärung vom 20.6.93 ihre Empörung über den Schritt der Kirchenleitung deutlich gemacht: "Die Roma werden sich aus Dachau nicht vertreiben lassen. Denn von hier wegzugehen, bedeutet Abschiebung in die Verfolgerstaaten. Alle Resolutionen und Solidarierklärungen haben nur einen Sinn, wenn dies nun mit allen Kräften verhindert wird."
Heute nacht sind weitere 200 Roma nach Dachau gekommen, um der Forderung nach Bleiberecht der Roma in der BRD Nachdruck zu verleihen und die Roma-Fluchtburg auf dem KZ-Gelände zu stärken.
Der Dachauer Pfarrer Heinrich Bauer, der Ausländerbeauftragte der evangelischen Kirche Werner Simon und Diakon Peter Klentzan haben sich scharf von der Position der Kirchenleitung distanziert und ihre Kirche davor gewarnt, sich zum Erfüllungsgehilfen des Staates zu machen. Die Schriftsteller Gerhard Zwerenz, Carl Amery und Bernt Engelmann haben ebenfalls die Haltung der Kirchenleitung angegriffen und ein Bleiberecht für die Roma gefordert.
Vor diesem Hintergrund stand die Solidaritätsaktion heute vormittag. Es war angestrebt, eine Pressekonferenz abzuhalten in den Räumen der Landeskirchenleitung und den Landesbischof mit den Forderungen der Roma, der UnterstützerInnen, des Dachauer Pfarrers etc. zu konfrontieren. Wir halten der Kirche vor, in Zeiten, in denen von Seiten des Staates das Grundrecht auf Asyl abgeschafft wird, in Zeiten, in denen Menschen aus der BRD abgeschoben werden, wie Roma, von denen bekannt ist, daß sie in Rumänien, Mazedonien und Bulgarien rassistischen Pogromen ausgesetzt sind; in Zeiten, in denen täglich in der BRD rassistische Übergriffe passieren, sich auf die Position formaler Rechtstaatlichkeit zurückzuziehen. Wenn die evangelische Kirchenleitung die Roma aus Dachau räumen läßt, wiederholt sie ihre

Pressemitteilung des UnterstützerInnenkreises der Roma auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte in Dachau
Solidaritätsaktion im Landeskirchenamt am 22.6.93 um 11.00 Uhr

Position, die sie auch im Nationalsozialismus hatte: Reduktion auf Rechtstaatlichkeit und das heißt Mittäterschaft an "legal" gemachter Vertreibung von Menschen in Krieg, Folter, Tod.

Die Kirchenleitung hat heute vormittag direkt die Polizei verständigt. Sie war nicht zu Gesprächen bereit. Sie hat keinen Versuch unternommen die Situation zu deeskalieren.

Alle 15 UnterstützerInnen befinden sich bis jetzt noch in Polizeigewahrsam. Die Kirche hat Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt. Die politische Staatsanwaltschaft tut ihrerseits alles dazu, die Situation zu verschärfen und hält den Festgenommenen nun "schweren Hausfriedensbruch vor, was absolut nicht den Realitäten entspricht.

Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung von antirassistischen Akteuren und AkteurInnen. Wir fordern die Kirche auf, ihren Strafantrag zurückzuziehen. Wir erwarten die Freilassung der UnterstützerInnen. Wir fordern die MünchnerInnen und Münchner auf, sich mit den Roma in Dachau zu solidarisieren, gegen die politische Abschaffung des Asylrechts zu protestieren, jederzeit und überall Flüchtlingen Schutz und Unterschlupf zu gewähren.

Die Reaktionen auf unsere Aktion heute morgen zeigen als Mikrobeispiel die Situation einer Gesellschaft, die immer weiter nach rechts rückt. Zum jetzigen Zeitpunkt bilden Staat, Kirche und Polizei eine Phalanx gegen antirassistische Aktion.



Roma bei einer Kundgebung vor dem Haus, in dem in Solingen fünf Türkinnen verbrannten. *Foto: Heinze*

Seite 20 / Süddeutsche Zeitung Nr. 142 Freitag, 25. Juni 1993

Evangelischer Kirche wächst Protestaktion über den Kopf

Hamburger Roma sollen Gedenkstätte räumen

Situation in Dachau außer Kontrolle / Polizeieinsatz droht

Von Thomas Soyer und Dietrich Mittler

Dachau – „Hier geht es nicht mehr lange gut." Angesichts einer drohenden polizeilichen Räumung warb Pfarrer Heinrich Bauer gestern am Ende einer mehr als zweistündigen Diskussion in der Versöhnungskirche bei Roma-Vertretern um Verständnis dafür, daß die „Aktion Fluchtburg" in der KZ-Gedenkstätte Dachau an einen „Endpunkt" gestoßen sei: Vor zwei Tagen seien „schätzungsweise weitere 100 Roma" zu den rund 200 von Abschiebung bedrohten Roma, die seit sechs Wochen auf dem Areal campieren, hinzugekommen. Um den Schutz der anderen nicht zu gefährden, haben Pfarrer Bauer und Diakon Peter Klentzan die hinzugekommene Gruppe gestern aufgefordert, die Gedenkstätte „unverzüglich zu verlassen".

Die zweite Gruppe wird angeführt vom Sprecher des in Hamburg ansässigen „Roma National Congress" (RNC), Rudko Kawczynski. Die beiden Pfarrer der Versöhnungskirche erläuterten ihre Forderung: „Uns ist klargeworden, daß diese Gruppe gewaltbereit ist", erklärte Bauer. Den Sprecher der anderen Gruppe, den Präsidenten der Roma-Union Süddeutschland, Jašar Demirov, forderte er auf, sich von Rudko Kawczynski zu distanzieren. „Nur so können wir überhaupt noch etwas für die Roma tun." „Wir können die Situation hier nicht mehr halten, weil wir nicht mehr nachweisen können, daß wir die Situation begrenzen können", sagte Klentzan unter Hinweis darauf, daß Kawčzynski angedroht habe, weitere Roma nach Dachau zu rufen.

„Das ist seit sechs Wochen Rechtsbruch, was wir hier machen" – die Grundstücke der evangelischen Versöhnungskirche und des katholischen Karmelklosters habe der Freistaat Bayern auf Erbpacht und unter Auflagen bereitgestellt; eine der Auflagen laute: „keine Beherbergung".

Rudko Kawczynski sagte für seine Gruppe wegen angeblicher „Transportprobleme" die Abreise für „spätestens Sonntag" zu. „Wir wollen nicht den Sündenbock für eine Räumung abgeben".

Demirov distanzierte sich ausdrücklich nicht von Kawczynski, dementierte vielmehr, daß dessen Gruppe „gewaltbereit" sei. Auch ein Angebot aus München, einzelne Familien dezentral unterzubringen, lehnte er kategorisch ab. „7000 Besucher am Tag hier sind unser Schutz – wir bleiben hier zusammen." Wie gestern bekannt wurde, hat Demirov inzwischen auch ein Angebot von Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth ausgeschlagen, sich bei Bundesinnenminister Rudolf Seiters für Einzellösungen einzusetzen.

Unterdessen wächst auch der Druck vom Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. „Durch die unkontrolliert wachsende Zahl der Roma auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau", so heißt es in einer Pressemitteilung des Landeskirchenamts in München, „sind die kirchlichen Kräfte an ihre Grenze gekommen. Der Landeskirchenrat kann die Verantwortung für den Aufenthalt der inzwischen schätzungsweise 300 bis 400 Roma im Bereich der Versöhnungskirche Dachau nicht unbegrenzt übernehmen."

Strafanträge zurücknehmen

Berichte von der Situation vor Ort ließen befürchten, daß die von menschlicher Not betroffenen Roma von anderen Gruppen zu gezielter politischer Agitation instrumentalisiert würden – ohne Rücksicht darauf, daß dies sowohl die Roma selbst als auch jede kirchliche Hilfeleistung gefährde. „Die Forderung der Roma nach einem Bleiberecht für alle Roma in der Bundesrepublik Deutschland ist auf diese Weise nicht durchsetzbar", heißt es in der Mitteilung. Zwar sei die Kirche durch das Evangelium verpflichtet, für verfolgte und bedrohte Menschen einzutreten, doch dürfe solche Solidarität mit den Roma nicht dazu führen, den demokratischen Rechtsstaat pauschal zum Unrechtsstaat zu erklären, wie dies gelegentlich auch als Meinung kirchlicher Mitarbeiter kolportiert worden sei.

Indessen wurde Kreisdekan Martin Bogdahn von den Grünen im Münchner Stadtrat angegangen, die Evangelische Kirche solle sich nicht zum „Handlanger des Staates in einer Situation der Abschaffung des Asylrechts machen". Auch solle sie die Strafanträge gegen 15 Mitglieder des Bündnisses gegen Rassismus zurücknehmen, die Anfang dieser Woche das Landeskirchenamt besetzt hatten, um Bogdahn ihre Forderungen zu unterbreiten. „Zeigen Sie", so heißt es in dem Schreiben, „daß Sie sich eindeutig auf die Seite der Schwachen stellen."

Redebeitrag der ANTIRASSISTISCHEN INITIATIVE BERLIN

Am 26. Mai verbeugten sich über zwei Drittel der Bonner Abgeordneten unter Polizeischutz vor den Geistern, die sie riefen. Sie erhoben damit einmal mehr das Jagen und Verjagen von Menschen zum Grundkonsens: als Ersatzhandlung für die Lösung krasser sozialer Widersprüche. Die bereits leere Hülse "Recht auf Asyl" wurde vollends abgeschafft.

Was schlugen Sie uns tagtäglich als Begründung um die Ohren ? Der Artikel 16 muß 'ergänzt' werden, Wir brauchen 'Rückführungsabkommen' gegen die 'Asylantenflut', um der 'Bevölkerung ihre berechtigten Ängste zu nehmen', um den 'sozialen Frieden wieder herzustellen'.

Deutschland, neun Jahre nach 1984: Orwell läßt grüßen.

"Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land".

Drei Tage später haben die 'berechtigt Verängstigten', die sie gezüchtet haben, wieder zugeschlagen: Fünf türkische Frauen und Mädchen starben in den Flammen ihres Solinger Wohnhauses. In der Welle der Empörung sieht es plötzlich so aus, als ließen sich die Schreibtischtäter ein kleines Zugeständnis abringen: Die doppelte Staatsbürgerschaft.

Einstweilen - so ist heute aus Bonn zu hören - werden die Strafgesetze gegen linke und rechte Gewalttäter verschärft. Zur Erinnerung: In Rostock wurden 140 Leute festgenommen: 120 davon waren junge Antifas. Nicht als Abschreckung - nur als Hinweis an diejenigen unter euch, die aktiven Widerstand leisten wollen.

Wartet ab - nicht mit eurem Widerstand - aber mit der Hoffung auf das kleine Zugeständnis: In zwei Wochen sitzen sie wieder an ihren Schreibtischen und basteln an neuen 'Gesetzesergänzungen'. Vermutlich mit der Begründung, das die Sorgen der Bevölkerung um ihre Wohnungen und Arbeitsplätze offenbar viel tiefer sitzen als bisher angenommen.

Machen wir uns nichts vor: Die Sorge um die Arbeitsplätze ist berechtigt. Wir haben es zugelassen, das eine Tagesreise von hier Menschen in einem Monat nicht mehr verdienen, als euer Prof an einen Vormittag.

Es stimmt: für Millionen von Menschen klingt es paradiesisch, hier für drei Mark pro Stunde zu arbeiten. Geht mal da vorne ins neue Abgeordnetenhaus. Wenn jemand von euch polnisch kann, fragt mal die Bauarbeiter dort, was sie verdienen. Und dann fragt euch und eure Nachbarn, wer dafür angegriffen gehört: Der polnische Arbeiter, der für einen Hungerlohn arbeitet oder der, der sich 'Arbeitgeber' nennt und sich daran dumm und dämlich verdient.

Es geht ihnen tatsächlich nicht darum, dieses Land völlig abzuschotten. 'Um Deutschland eine Mauer' - das ist ein zu einfaches Bild. Sie haben nichts gegen Immigration - nur kontrolliert muß sie sein: Ein Jahr zum Arbeiten herholen, dann erstmal - am besten freiwillig - wieder nach Hause.

Hinter dem neuen, diesmal elektronischen Vorhang, eine Kette von HOMELANDS -das ist der Plan. Genau gesagt, die neue Realität:
Während denen, die vor Hunger, Vergewaltigungen, Folter und Elend fliehen, die letzten Schlupflöcher verstopft werden, sind längste tausende von superbilligen, neuen Vertragsarbeitern ins Land geholt worden.

In Zeiten, in denen Wirtschaftssysteme sich als unfähig erweisen, allen Menschen eine Leben in Würde zu ermöglichen, sagen uns die, die daran verdienen: "Die vielen Menschen sind das Problem, die vielen, die krankfeiern und Sozialhilfe erschleichen". Und hetzen sie gegeneinander auf.
In Zeiten, in denen die Marktlogik: "Möglichst billige Arbeitskräfte, Ihr Produkt möglichst teuer verkaufen" sich selbst stranguliert, machen sie die Menschen, die in dieser Logik keinen Platz mehr haben, zur Manövriermasse.

Deshalb übrigens stellt all das für sie keinen Gegensatz dar: Gebärzwang für Frauen hier, Zwangssterilisation dort. Immer mehr Menschen auf die Straße setzen - Zurück zur 40-Stunden-Woche für die, die übrig bleiben. Arbeitsverbot und Abschiebung für Flüchtlinge - gleichzeitig aber billige, willlige Arbeitsmigrantinnen auf Zeit.

Es reicht wirklich !

aber es geht - befürchte ich - um mehr als die Entdemokratisierung der Gesellschaft.

Ich habe vorhin behauptet, das Recht auf Asyl sei schon vorher eine leere Hülse gewesen.
Dazu Augenzeugenberichte von Flüchtlingen, die im Winter über Schönefeld nach Rumänien deportiert wurden:

Ich wollte Asyl. Man sagte mir, daß der deutsche und der rumänische Staat eine Vereinbarung getroffen haben, durch die alle Asylanten gezwungen seien, Deutschland zu verlassen bis zum 15. Dezember.

Als ich dringend darum bat, in ein Asylbewerberheim gebracht zu werden, schlug mich die deutsche Polizei.

In Haft war ich zwei Tage, während der auch meine Hände mit Handschellen gebunden oder ich selbst an der Heizung festgebunden war. Ich wurde beleidigt, roh angepackt und nackt ausgezogen.

Ich mußte ein weißes Blatt unterschreiben, das man mir fertig ausgefüllt zurückgab. Von den 300 Mark, die beschlagnahmt wurden, gab mir die Polzei 50 zurück; 250 DM hatte eine Dose Cola gekostet, die ich nicht verlangt hatte.

Das hat sich schon im letzten Winter zugetragen, irgendwo zwischen Zittau und Schönefeld. Die Polizei, von der die Flüchtlinge sprechen, das ist der Bundesgrenzschutz. Wir wissen von 14.500 Menschen, die allein nach Rumänien zurücktransportiert wurden - im letzten halben Jahr. Wir wissen nicht, wieviele noch geschlagen und erniedrigt wurden. Wir wissen nicht, wieviel Geld ihnen abgenommen wurde. Aber wir wissen, daß sich 100 km östlich von hier Verbrechen,gegen die Menschlichkeit abspielen, die am ersten Juli legal sein werden.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht !
Es reicht schon lange !
Blockieren wir die Abschiebewelle !



Auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld herrschte eine Stunde Belagerungszustand

Sprechchöre wütender Somalis nach der US-Bombardierung von Mogadischu:

''Nieder mit der UNO! Nieder mit den USA!''

"Es war vier Uhr morgens in Mogadischu, als Leuchtraketen die somalische Hauptstadt in gleißende Helligkeit tauchten. Granaten explodierten, Kampfhubschrauber kreisten über der Stadt: Vergeltungsschlag der Vereinten Nationen für die Tötung von 23 pakistanischen Blauhelmsoldaten durch die Truppen des somalischen Generals Aidid vergangene Woche. Die USA hatten den Einsatz geplant und durchgeführt, jetzt jagen sie den Clan-Chef Aidid." (NDR 2) US-Kampfflugzeuge warfen letzte Nacht Bomben auf Mogadischu und machten dabei beispielsweise das fünfstöckige Gebäude einer Radiostation, die angeblich Aidid nahesteht, dem Erdboden gleich. US-Amerikanische Elite-Soldaten patroullieren mit UN-Soldaten durch die Stadt und durchkämmen Haus für Haus nach Widerstandskräften. "Die Botschaft ist gut angekommen, jetzt wissen sie, daß wir es ernst meinen!" sagte ein türkischer Blauhelmsoldat.

Imperialistischer Krieg bleibt imperialistischer Krieg, egal ob als "humanitäre Hilfsmaßnahme" verdreht wie im ehemaligen Jugoslawien und lange Zeit in Somalia oder als direkter Völkermord wie im Krieg gegen den Irak. Der Imperialismus kennt keine Humanität, das ist in Somalia nicht anders.

"So ist zunächst zu sehen, daß das am Horn von Afrika liegende Somalia durch seine Lage am Golf von Aden und der damit verbundenen Kontrolle der wichtigsten Erdöltransport-Route der Welt eine bedeutende strategische Position hat. Es ist aber auch Sprungbrett für Interventionen in Nordafrika, im Mittleren Osten, im Mittelmeer und im Indischen Ozean. (...) Und die USA dokumentieren mit ihrem massiven Truppeneinsatz, daß sie weiterhin globale Führungsmacht sind und mit Blick auf die laufenden Diskussionen um die Erhöhung der Effizienz der UNO und des Weltsicherheitsrates ihren Einfluß sichern oder gar ausbauen wollen." (Europäische Sicherheit 3/93)

Doch das ist noch nicht alles: In einer Studie der Weltbank 1991 wurde festgestellt, daß Somalia und Sudan die afrikanischen Länder mit den kommerziell aussichtsreichsten Ölvorkommen sind. So brachten die US-Truppen, als sie in der Nacht zum 9. Dezember 1992 in Mogadischu unter dem Vorwand der Bekämpfung des Hungers einmarschierten, nicht nur Militärgerät mit: In den ersten 25 Tagen der Besetzung wurden 29 Ölbohrungen mit Erfolg durchgeführt. Da die US-Botschaft in Mogadischu zerstört war, stellte der US-Ölmulti Conoco den Interventionstruppen sein Hauptquartier zur Verfügung. Der lokale Conoco-Manager wurde dafür von US-Militärs belobigt, ohne diese Unterstützung "hätte die Operation scheitern können".

Mit humanitärer Hungerhilfe hat die Intervention in Somalia nichts zu tun. So berichtete die ehemalige Direktorin der US-Hilfsorganisation Africa Watch, daß die Hungersnot schon im Schwinden war, als einmarschiert wurde. Ein Reporter der New York Times stellt fest, daß die somalischen Bauern aufgehört haben, Getreide und andere Grundnahrungsmittel anzubauen, weil die Nahrungsmittelhilfen der Hilfsorganisationen den heimischen Markt für Lebensmittel zerstört haben.

Doch die Menschen in Somalia sind sich bewußt, daß die US-Amerikaner als "neue Kolonialisten" gekommen sind, wie es ein junger Somali kürzlich in Mataban gegenüber der Presse ausdrückte. Schon Anfang Januar 1993 wurde der UNO-Generalsekretär Ghali bei einer Protestdemonstration mit Steinwürfen empfangen, bevor er in eine US-Unterkunft flüchtete. Auf einem Plakat war zu lesen: "Wir heißen Butros Ghali nicht willkommen. Er ist unser Feind!"

Während die Auseinandersetzungen zwischen den von feudalen Clanstrukturen geprägten Organisationen in Somalia in der letzten Zeit abnahmen, gab es verstärkt Angriffe gegen die Interventionstruppen. Mohammed Farrah Aidid, hinter dem sich die militärisch stärkste Organisation formiert und der sich immer wieder energisch gegen die Intervention ausgesprochen hat, wurde von den USA als angeblich Schuldiger ausgemacht. Unter dem Vorwand, ihn zu bekämpfen, wird die somalische Bevölkerung terrorisiert.

Die BRD ist mit dem Einsatz von über 1.500 Bundeswehr-Soldaten in Somalia einen weiteren Schritt gegangen, um zukünftig weltweit militärisch direkt mitzumischen. Die "deutsche Politik [läßt sich] von vitalen Sicherheitsinteressen leiten. (...) Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" (Verteidigungspolitische Richtlinien, erlassen im November 1992). Diese Interessen des deutschen Kapitals und der anderen Imperialisten an Rohstoffen und Märkten stehen zunehmend in Konkurrenz zueinander, und ihre Kriege werden auf dem Rücken der unterdrückten Völker und der ArbeiterInnen weltweit ausgetragen.

Unser Platz ist an der Seite der unterdrückten Völker in ihrem gerechten Kampf gegen die imperialistische Einmischung.

UNO-, US-, BRD- und andere imperialistische Truppen raus aus Somalia !

Komitee gegen den imperialistischen Krieg, Hamburg, 12. Juni 1993 V.i.S.d.P.: H. Anzala, Holstenstraße 5, 2 Hamburg 50

DIE
NEO-KOLONIALE WIRKLICHKEIT
SOMALIAS

Die Bilder, die seit Mai dieses Jahres aus Somalia zu uns kommen, sind nicht mehr die üblichen Hungerbilder. Jetzt ist das Land in den Schlagzeilen, weil deutsche Soldaten dort im Einsatz sind.
Was aber ist bei uns bekannt von Somalia und den Ursachen des dort stattfindenden Bürgerkrieges? Um etwas zu verstehen von dem, was sich am Horn von Afrika abspielt, ist ein Blick in die jüngere und ältere politische Geschichte des Landes und damit des afrikanischen Kontinents notwendig.

„TEILE UND HERRSCHE“

Somalias vorwiegend nomadische Bevölkerung lebt bis heute zum Großteil von der Aufzucht und dem Handel mit Rindern und Kamelen. In vorkolonialer Zeit organisierte sich die Gesellschaft entlang der Familienzugehörigkeit oder der Clans. Sie bildeten gleichberechtigte, nicht-hierarchische Gruppierungen, deren älteste Führer sich im Fall von Konflikten um Wasser- oder Weiderechte trafen und Verträge aushandelten. In die der relativ kargen, wüstenhaften Umgebung hervorragend angepaßte Weidewirtschaft griff die auf der Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85 beschlossene Grenzziehung hart ein: Das somalische Volk wurde auf vier Staaten verteilt: Somalia, Djibouti, Äthiopien und Kenya. Durch die willkürlich gezogenen Grenzen, die immer wieder Anlaß für kriegerische Auseinandersetzungen boten, wurden traditionelle Lebensweisen – Produktion, Handel und Wandel – behindert oder zerstört.
Die Kolonialmächte Italien, England und Frankreich nutzten innerhalb ihrer Gebiete die traditionelle Clanstruktur für ihre Interessen. „Teile und herrsche“ war das Prinzip. Indem Anführer ausgesuchter Clans Privilegien erhielten, wurde zugleich deren gesamte Gefolgschaft zur Loyalität verpflichtet. Dadurch, daß andere Gruppen von Macht und Pfründen ausgeschlossen wurden, entstanden Spannungen innerhalb der somalischen Bevölkerung.
Auch als nach dem politischen Ende der Kolonialzeit in den 60er Jahren ein zentraler Staatsapparat etabliert und nationalistische Ziele formuliert wurden, konnten diese internen Spaltungen nicht überwunden werden. Als Siad Barre, der erst Anfang 1991 vertrieben wurde, 1969 mit Hilfe der Sowjetunion durch einen Putsch an die Macht kam, versprach er tiefgreifende Veränderungen. Die Somalis sollten unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen und Rechte erhalten. Barre verbot die Benutzung von Clan-Eigennamen und versuchte eine somalische Einheit zu

> **„Berlin, 15. November 1984. Die Zeitungen sind voll von Meldungen über die ‚afrikanische Konferenz‘. Die Öffentlichkeit verfolgt mit Interesse die Zusammenkunft von Delegierten der vierzehn Regierungen, die sich auf Einladung Bismarcks und des französischen Permiers Ferry im Reichskanzler-Palais in der Wilhelmstraße ein Stelldichein geben, um ihre Ansprüche auf ‚Zivilisierung‘ – sprich: kommerzielle Ausbeutung – des ‚dunklen Erdteils‘ aufeinander abzustimmen: Neben der Präsidialmacht Deutschland sind Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Portugal, Rußland, das schwedisch-norwegische Reich und die Türkei beteiligt. Afrika darf – wie der britische Delegationsleiter, Botschafter Malet, ohne jeden Anflug von Selbstkritik bemerkt – nicht einmal als Zaungast dabei sein. Dem Treffen wird ein ‚bedeutendes Moment der Friedenserhaltung‘ zugemessen, in Europa wie in der noch nicht verteilten Welt sollen Konflikte entschärft werden, die zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Industriestaaten führen könnten – und schließlich führen, wie der erste Weltkrieg beweist.“**
>
> **Frank Thomas Gatter, in: Hinz, Patemann, Meier (Hg.) „Weiß auf Schwarz“ – Kolonialismus, Apartheid und afrikanischer Widerstand, Berlin 1986**

Noch in diesem Sommer zieht erstmals nach dem Ende des zweiten Weltkrieges deutsches Militär wieder bewaffnet in die Welt. Als das Bonner Kabinett im Mai beschloß, 1 640 Soldaten nach Somalia, am Horn von Afrika, zu schicken, wurde damit die verfassungspolitische Beschränkung der Bundeswehr auf die Landes- und Bündnisverteidigung beendet.
Was die Bundesregierung derzeit betreibt, ist die folgenreichste außenpolitische Veränderung seit der Wiederaufrüstung in den 50er Jahren. Die damals begonnene Remilitarisierung mündet heute, nach dem Wegfall der Ost-West-Polarisierung und den damit verbundenen Sicherheitsinteressen, in eine offensive Umsetzung deutscher Interessenpolitik im Ausland. Ein militärischer Einsatz als außenpolitisches Mittel wird damit wieder machbar.

EINSATZGEBIET AFRIKA

Bevor die ersten Soldaten Mitte Mai zum Einsatz nach Ostafrika flogen, stimmte Klaus Dieter Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr, die Öffentlichkeit schon einmal darauf ein, daß mit Todesopfern gerechnet werden muß. In wessen Interesse aber soll dieses Blut vergossen werden? Was steckt hinter dem Gerede von einem „humanitären Einsatz" mit „Selbstschutzkomponente"? Politiker und Militärs erklären die Notwendigkeit mit einer „gestiegenen Weltverantwortung", der sich das neue Deutschland stellen müsse. Es ginge darum, so meint Verteidigungsminister Volker Rühe, die „Handlungsfähigkeit Deutschlands" zu beweisen. Und Carl-Dieter Spranger, Minister für Entwicklungspolitik, setzt nach: „Die größere Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands in der Welt verlangt es, daß wir (...) am Aufbau wirksamer internationaler konventioneller Abschreckungsmechanismen mitwirken. Sicherheit und Frieden in den Entwicklungsländern liegt im deutschen Interesse". Im Klartext heißt das: Deutschland soll, nachdem die Blockkonfrontation sich auflöste und in vielen Regionen des Ostens und Südens ein Machtvakuum entsteht, rechtzeitig die Hand nach dem neu aufzuteilenden Kuchen ausstrecken. „Schützen und Gestalten" wird diese Politik der neuen Weltordnung in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 genannt. Gemeint ist damit die Sicherung des freien Handels, des ungehinderten Zugangs zu Rohstoffen und der Einflußnahme auf regionale Entwicklungen, Krisen und Konflikte in anderen Teilen der Welt mit politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln.
Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedeutet im Deutschland von heute, den ungleich verteilten Wohlstand – vornehm heißt das aus Politikermund „vitale Interessen" – zu verteidigen. Notfalls mit Waffengewalt.
In der Zeit des Kalten Krieges „beschränkte" sich die Bundesrepublik auf Rüstungsexporte, Finanzhilfen, die Vermittlung von Know-How, logistische Unterstützungen und Ausbildung prowestlicher Polizeien und Armeen. So geschehen in Ländern wie Guatemala, der Türkei oder auch in Somalia.
Diese militärische Enthaltsamkeit ist nun vorbei. Schon seit dem Ende des Golfkrieges werden Aufbau und Aufgabe der Bundeswehr grundlegend verändert. Die klassische Aufgabe der Landesverteidigung existiert nur noch in der Eigenwerbung. Stattdessen wird der Einsatz als kommende Weltpolizei – neben den USA – vorbereitet. Dafür wurden und werden schnell verlegbare Krisenreaktionskräfte zusammengestellt, tropentaugliche Uniformen angeschafft, Lebensversicherungen für Zeit- und Berufssoldaten ausgehandelt und Waffensysteme für den Out-of-area-Einsatz, das heißt außerhalb der Nato-Grenzen, umgerüstet oder produziert.

DIE ROLLE VON UNO, NATO UND WEU

Statt nicht-militärische Strategien zur Lösung von Konflikten zu suchen, erhält die Militarisierung zunehmend Vorrang. Dabei bedient sich die Bundesregierung der UNO, NATO oder WEU (Westeuropäische Verteidigungsunion) als **eigenständigem europäischem Militärbündnis.**
■ Mit dem blau-weißen Symbol der UNO wird eine weltweite **Präsenz** deutscher Soldaten gerechtfertigt: der blaubehelmte Soldat als **Hoffnungsträger** für das Gute und die Farbe Weiß als Zeichen des Friedens und der **Gerechtigkeit.**
Aber: Auch ein deutscher Blauhelmsoldat ist ein **Soldat. Seine** Aufgabe ist das Kriegsgeschäft. Brunnen bohren, Pipelines verlegen, die Lebensmittel- und die medizinische Versorgung sichern – das können Hilfsorganisationen und Entwicklungsdienste besser als eine Armee und dazu noch um bis zu 90 Prozent billiger. Die bislang offiziell kalkulierten Kosten von **186 Millionen** Mark für die erste Phase, das heißt die Versendung der **1 640 Soldaten**, könnten sicherlich kosteneffektiver verwendet werden.
Die UNO ist ein Abbild der herrschenden ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Die reichsten und militärisch stärksten Staaten sind im Sicherheitsrat mit Vetorecht ausgestattet. Die Habenichtse schauen zu. Deshalb ist die UNO solange untauglich als friedensstiftendes Instrument, wie sie nicht grundlegend verändert worden ist.
■ Je nach Einsatzgebiet und politischen Rahmenbedingungen bemüht die Bundesregierung die NATO oder die WEU zur Legitimierung ihrer Einsätze. Die WEU wurde nach der Auflösung des Ost-West-Konfliktes politisch reaktiviert. Damit soll Handlungsfähigkeit über das NATO-Bündnis hinaus erreicht und die europäischen Staaten selbständiger gegenüber der NATO gemacht werden. Gleichzeitig aber bemüht sich NATO-Generalsekretär Manfred Wörner schon darum, das Einsatzgebiet des Bündnisses zu erweitern. Sollte das nicht gelingen, ermöglicht die WEU bereits jetzt Einsätze außerhalb der NATO-Grenzen.

EIN NEUER INTERVENTIONISMUS

Zukünftige Konflikte werden nicht mehr aufgrund ideologischer Gegensätze erwartet. Jetzt geht es um die (auch militärische) Sicherung von Einflußzonen und Rohstoffen.
In den Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt es dazu: „Nach Auflösung der bipolaren Ordnungsstruktur gewinnen regionale Krisen und Konflikte und nicht-militärische Risiken an Virulenz und Brisanz." Als „unmittelbare" und „mittelbare Risiken" werden im Verteidigungsministerium dabei die instabile Lage in Osteuropa und „an

erzwingen. Der somalische Staat sollte nach dem Vorbild der UdSSR organisiert werden und erhielt dementsprechende Unterstützung aus den sozialistischen Bruderländern. Zwischen 1969 und 1977 wurde die Armee von der UdSSR ausgebildet und bewaffnet, die DDR unterstützte den Geheimdienst. Barre besetzte viele hohe Positionen innerhalb des Militärs und der Regierung mit loyalen Mitgliedern seiner Familie. Sein Ziel war es, ein vereintes „Großsomalia" zu schaffen. Als er 1977 bei einem Grenzkonflikt mit Äthiopien (Ogadenkrieg) unterlag, war der somalische Staat politisch und moralisch isoliert. Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ächtete Barres kriegerische Politik. Die Begeisterung für ein gemeinsames Somalia war der Angst vor Verfolgung unter den Somalis gewichen, mit der der Diktator Barre seine Herrschaft aufrechterhielt.

In diese zunehmende Isolation des Regimes fiel der sogenannte „Deutsche Herbst" 1977. In der Bundesrepublik wurde Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer von der Roten Armee Fraktion (RAF) entführt, um Druck auf die Bunderegierung zur Freilassung von RAF-Inhaftierten auszuüben. Unterstützend zwang ein palästinensisches Kommando eine Maschine der Lufthansa zur Landung in Mogadishu. Für Barre ein guter Anlaß, Kontakte mit dem Westen aufzunehmen. Die deutsche Sondereinheit GSG9 erhielt freie Hand auf dem Flughafen der somalischen Hauptstadt, stürmte die Maschine und befreite die als Geiseln genommene Crew. Die Bundesregierung revanchierte sich mit großzügiger Hilfe, zum Teil als Entwicklungshilfe, teilweise aber auch als Unterstützung von Militär und Polizei. Doch war die Bundesrepublik nur die Vorhut. In der Folgezeit bauten die USA in der nordsomalischen Stadt Berbera einen Tiefseehafen, wo sie einen Teil ihrer Flotte stationierten. Die geostrategische Lage des Landes als Brückenkopf zu den arabischen Staaten und als Anrainer des Golfs von Aden, einer wichtigen Wasserstraße für Öltransporte, machte Somalia interessant.

DER UNBEACHTETE KRIEG IN DEN 80ER JAHREN

Bereits zu Beginn der 80er Jahre gab es – international unbeachtet – einen Bürgerkrieg im Norden Somalias (heute Somaliland). Die Zentralregierung hatte, entgegen ihrer urspünglichen Versprechen, eine gleichberechtigte Beteiligung der Clanältesten des Nordens an der Regierung systematisch verhindert. Die regionale Somalische Nationale Bewegung (SNM) führte einen Bürgerkrieg gegen Militär und Behörden – und wurde vom Regime Barre mit allen Mitteln bekämpft. Mitte der 80er Jahre waren die größten Städte des Nordens (Hargeisa und Burao) zerbombt. Dennoch konnte die SNM die Regierung Barres destabilisieren. Doch dauerte es weitere fünf Jahre, bis die oppositionellen Kräfte aus den südlichen und nördlichen Provinzen, die SNM, die Somalische Patriotische Bewegung (SPM) und der Vereinigte Somalische Kongreß (USC) unter Ali Mahdi und General Mohammed Farah Aidid, die sich aus taktischen Gründen vereinigt hatten, Barre aus seinem Amt vertreiben konnten.

Was ihnen nicht gelang, war die Entwicklung einer gemeinsamen Regierungsplattform. Nachdem Barres Regime gestürzt war, richteten sich die kriegerischen Auseinandersetzungen der verschiedenen Gruppen gegeneinander. Die somalische Mitarbeiterin der Menschenrechtsorganisation African Rights, Rakiya Omaar, schreibt: „Neben der Rivalität um die Position des Präsidenten und die Symbole der Souveränität spielen Habgier, Versuche, aus geplünderten Gütern möglichst viel herauszuschlagen, und die Tatsache eine Rolle, daß sich unbezahlte Soldaten ihre Nahrung stehlen müssen."

Die Parteien des somalischen Bürgerkrieges organisieren sich entlang ihrer Clanzugehörigkeit und kämpfen um territoriale Macht und Ressourcen.

Da Reichtum und Städte bereits geplündert sind, wurde in den vergangenen Jahren zunehmend um die Hilfslieferungen der UNO gekämpft. Heute geht es zusätzlich um Machtpositionen, die den Zugang zu den zukünftig zu erwartenden Hilfsleistungen für den Wiederaufbau sichern. Bei einem möglichen Friedensschluß will jede Partei als erste anerkannt werden und Ansprüche auf die Macht anmelden. Jene Waffen, mit denen heute in Somalia gekämpft wird, stammen zum großen Teil aus der UdSSR und aus dem Westen, finanziert auch mit Hilfe deutscher Gelder.

INTERVENTIONSVORWAND NAHRUNGSMITTELHILFE

Die militärische Intervention der UNO, die im Dezember 1992 mit einer nächtlichen US-Invasion am Strande Somalias unter dem Titel „Restore Hope" (Hoffnung wiederherstellen) begann, scheint auf den ersten Blick aus humanitären Gründen gerechtfertigt. Schließlich war das formulierte Ziel, die Nahrungsversorgung der Bevölkerung zu sichern. Aber, so betonen Rakiya Omaar und ihr Kollege Alex de Waal, die UN-Angaben, nach denen 70 bis 80 Prozent der Nahrungslieferungen nicht die Hungernden erreichten, wurden von keiner Hilfsorganisation im Lande bestätigt. Im Gegenteil. Der britische „Save The Children Fund" berichtete auf einer Pressekonferenz kurz vor Beginn der Operation, daß er viertausend Tonnen Nahrungsmittel verteilt hätte „ohne einen einzigen Sack zu verlieren". Und auch die Organisation „Médecins Sans Frontières" widersprach im vergangenen Dezember den UN-Angaben. „Die Zahlen von 95 Prozent Unterernährung und 80 Prozent geplünderter Nahrungslieferungen sind seit Monaten überholt. Sie werden benutzt, um die Ankunft der Truppen zu rechtfertigen."

„Kurden, Somalis, Kambodschaner, Vietnamesen, Tamilen aus Sri Lanka, Bosnier und pälestinensische Araber: sie alle haben gemeinsam, daß ihre Völker in Imperien hineingezwungen wurden, egal auf welcher ideologischen Grundlage – Imperien, die im Prozeß ihres Aufbaus und ihrer Desintegration neue Loyalitäten geschaffen und damit neue Identitäten entworfen haben. Wer ohne Rücksicht auf die Völker willkürlich die Grenzen seines Imperiums absteckt, kreiert untergründige Spannungen; ihr politisches und ökonomisches Erbe ist die permanente Gefahr von Implosion und Explosion der Verhältnisse."
Nuruddin Farah, Schriftsteller aus Somalia, seit etwa 20 Jahren im Exil, in: „Vergiß Somalia", taz, 29. Mai 93.

Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre stellte fest, daß „die koloniale Aggression bei den Kolonisierten als Terror verinnerlicht" wird. Furcht und Wut sind das Resulat. „Und im ersten Moment verdrängen diese Unterdrückten jene uneingestandene Wut, die von ihrer und unserer Moral mißbilligt wird, aber andererseits gerade das letzte Residuum ihrer Menschlichkeit ist. Diese zurückgehaltene Wut dreht sich, wenn sie nicht ausbricht, im Kreise herum und richtet unter den Unterdrückten selbst Verheerungen an. Um sich von ihr zu befreien, schlachten sie sich untereinander ab: die Stämme kämpfen gegeneinander, weil sie den eigentlichen Feind nicht angreifen können – und man kann sich darauf verlassen, daß die Kolonialpolitik ihre Rivalitäten schüren wird."
Jean-Paul Sartre im Vorwort zu Frantz Fanon, „Die Verdammten dieser Erde", Reinbek 1978.

der europäischen Peripherie", sprich: in Afrika, eingestuft. Dort, in den unterentwickelt gehaltenen Ländern des Südens, lokalisiert mann die Gefahren, die zukünftig durch Ressourcenvernichtung, Migration und Radikalisierung auch nach Deutschland und nach Europa getragen werden könnten. Reicht die durch Ausländer- und Asylgesetzgebung vorgenommene Abschottung nicht mehr aus, sind auch drastischere Maßnahmen denkbar. „Bei insgesamt negativem Entwicklungsverlauf kann dieser Zusammenhang auch militärische Dimensionen gewinnen", heißt es unmißverständlich in den Richtlinien des Verteidigungsministeriums.
Die Bundesregierung rüstet die deutsche Armee bereits jetzt für diese neue Politik des Interventionismus um.
Doch läßt die Bevölkerung sich nicht von heute auf morgen militarisieren. Deshalb leitete die Regierung eine schrittweise Politik der Militarisierung ein.

■ Den Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien nutzten Militärstrategen zum rechtsverletzenden Einsatz von Bundeswehrsoldaten in AWACS-Flugzeugen.

■ Das Bundesverfassungsgericht entschied über den AWACS-Einsatz in diesem Frühjahr politisch und nicht juristisch. Wie anders ist sonst das Argument des Gerichtes zu verstehen, daß die Bundesrepublik außenpolitischen Schaden im Ansehen erlitte, sollten die Bundeswehreinheiten aus den international zusammengesetzten Besatzungen der AWACS-Maschinen aussteigen?

■ Nach der Gerichtsentscheidung, den AWACS-Einsatz nicht zu verbieten, fühlt sich die Bundesregierung berechtigt, militärisch weitergehende Einsätze durchzuführen. Bundeswehreinheiten wurden nach Kambodscha verlegt und beteiligen sich nun auch am Einsatz in Somalia.

Einsatzgebiete von UN-Blauhelmen 1993

Zur Zeit stehen 87000 Soldaten bei 13 Missionen unter UN-Kommando. Seit der ersten UN-Mission 1948 kamen 850 Blauhelm-Soldaten ums Leben*.

Gebiete	Soldaten	geschätzte Kosten in US-Dollar
Angola	479	76 Mio.
Bosnien/Kroatien/Mazedonien	22655	600 Mio.
El Salvador	595	37 Mio.
Indien/Pakistan (Kashmir)	38	5 Mio.
Irak/Kuwait	409	67 Mio.
Israel (Grenzgebiete)	272	31 Mio.
Israel/Syrien (Golan)	1350	43 Mio.
Kambodscha	17531	2000 Mio
Mosambik	7000	146 Mio
Somalia	28000	1500 Mio
Südlibanon	5805	153 Mio
Westsahara	356	51 Mio
Zypern	2197	31 Mio

*Wieviele Menschen bei Auseinandersetzungen von ihnen getötet wurden, ist nicht bekannt.
Quelle: Die Woche, 27.5.1993

Der Einsatz in Somalia ist nur ein erster, kleiner Schritt auf dem Weg zu dieser neuen Weltinnenpolitik, bei der Deutschland nach dem Willen der Bundesregierung wirtschaftspolitisch und geostrategisch eine führende Rolle haben soll.

Daß es nicht allein um deutsche Partikularinteressen geht, sondern durchaus auch europäisch gedacht wird, machte unlängst Außenminister Klaus Kinkel aus Anlaß einer Botschafterkonferenz im westafrikanischen Ghana klar: „Afrika steht Europa am nächsten. Für seine Entwicklung tragen wir eine besondere Verantwortung. Nicht nur aus humanitären Gründen, sondern aus eigenem Interesse." Deshalb werden im Außenministerium bereits weitere Einsätze in Afrika im Rahmen der UN geprüft. Konkret geht es dabei um Mosambik, das Land, das unter einer Rebellenarmee leidet, die mit Geldern aus dem südafrikanischen Apartheidsystem aufgebaut wurde.

"Das Embargo muß sofort aufgehoben werden"

Der politische Kampf der Arbeitslosenunion



Die Arbeitslosigkeit ist eines der drängendsten Probleme, mit denen die Bevölkerung Südkurdistans derzeit konfrontiert ist. Mehr als dreiviertel der arbeitsfähigen Bevölkerung sind ohne Beschäftigung. Die Situation ist zu einem wesentlichen Teil Folge der beiden Embargos - des UN-Embargos gegen den Irak und des irakischen Embargos gegenüber Kurdistan, die zur Stillegung der wichtigsten Fabriken in Südkurdistan geführt haben. In Reaktion auf diese Situation entstand die Arbeitslosenunion, die den Arbeitslosen neben direkter Rückendeckung auch Anstöße zu verstärkter politischer Aktivität geben will.

Yekiti Bekaran - Union der Arbeitslosen - steht auf dem Transparent mitten im Marktviertel der kurdischen Großstadt Sülaymania. Das Büro selber ist nicht leicht zu finden, es gleicht eher einem Gartenhäuschen. Ein einziger Raum, dessen Wände vollbehängt sind: Zeitungsausschnitte, Parolen und die Tagesordnung für die nächste Vollversammlung. Der Raum reicht nicht aus, um die Menge der Wartenden aufzunehmen. Ein größeres Büro ist aber vorerst nicht in Sicht.

Die Union der Arbeitslosen Südkurdistan wurde im November 1992 in den kurdischen Großstädten Sülaymania und Hewler gegründet. "Ungefähr achtzig Prozent der arbeitenden kurdischen Bevölkerung ist arbeitslos. Dabei handelt es sich zum großen Teil um Stadtbewohner, denn wer auf seine Dörfer zurückgegangen ist, der hat immerhin die Möglichkeit, Landwirtschaft zu betreiben. Außerdem gibt es für die abgelegenen Dörfer Hilfsprogramme. Die Leute in der Stadt, die ganz einfach arbeitslos geworden sind, sind in keinem Programm bedacht. Deshalb versuchen wir uns hier zu organisieren."

Die Arbeitslosenunion versteht sich als selbstorganisiert. Hejar, mein Gesprächspartner, ist einer der zahlreichen Arbeitslosen. Er ist auf der letzten Vollversammlung in das sechsköpfige Sprecherteam gewählt worden: "Wir wollen keinen Vorstand. In jeder Vollversammlung werden neue Sprecher bestimmt. Wir wollen, daß die Leute, die hierher kommen, gleichzeitig lernen, daß wir kein Servicebetrieb sind. Das ist gar nicht so einfach. Vor dem Aufstand hat der Staat für die Leute gesorgt, die er nicht massakriert hat. Dann, nach dem Aufstand, kamen die UNO und andere Hilfsorganisationen. Die Leute haben denen die Türen eingelaufen und die Hände aufgehalten. Viele kommen jetzt hierher und glauben, daß das hier ein Büro ist, das Hilfsgüter an die Arbeitslosen austeilt."

Um diesen Eindruck zu korrigieren, werden mehrmals wöchentlich Versammlungen mit den Neuankömmlingen abgehalten. "Was wir brauchen sind nicht humanitäre Hilfsaktionen, sondern eine politische Ordnung, in der unsere Rechte verankert sind", heißt es da. Von der kurdischen Regierung wird erwartet, daß sie "solchen Programmen z.B. in der Landwirtschaft Priorität gibt, die Arbeitsplätze schaffen und daß sie alles veranlaßt, was notwendig ist, um die Fabriken wieder funktionsfähig zu machen."

Die kurdische Regierung ist nicht alleiniger Adressat einer solchen Forderung. Voraussetzung für so gut wie jede arbeitsplatzschaffende Maßnahme ist die Aufhebung des UN Embargos gegen den Irak. "Dieses Embargo ist eine Maßnahme gegen die Bevölkerung, die kurdische und die arabische" heißt es in einem Brief der Union der Arbeitslosen an die UNO-Vertretungen in Kurdistan. Gefordert wird, das Embargo für den gesamten Irak zu beenden: "Die arabische Bevölkerung des Irak leidet ebenso unter dem Embargo wie wir", sagt Hejar. "Wir sehen keinen Sinn darin, daß sie für die Politik ihrer Regierung bestraft wird. Das sind nicht unsere Feinde. Im Gegenteil, wir wollen in Zukunft gemeinsam mit Arbeitslosen und Werktätigen im ganzen Irak unsere Rechte einfordern."

Solange diese Forderung von der internationalen Gemeinschaft nicht aufgegriffen wird, betrachten die Vertreter der Arbeitslosenunion jede humanitäre Hilfe als Heuchelei. "Sie nützt uns nichts. Humanitäre Hilfe, wie sie die Bevölkerung seit zwei Jahre am Leben erhält, schafft keine Arbeitsplätze. Die Bevölkerung ist im Vergleich zum vergangenen Jahr eher noch abhängiger geworden."

Für eklatante Notfälle hat die Union der Arbeitslosen zwar eine eigene Kasse eingerichtet, doch "die soll die Leute nicht daran gewöhnen, daß es bei uns Geld gibt. Nur wenn jemand mit acht oder neun Kindern buchstäblich auf der Straße sitzt, greifen wir da hinein", erklärt Hejar. "Außerdem ist es uns gelungen, einen Arzt zu finden, der hier einen Tag in der Woche zur Verfügung steht und die Leute umsonst behandelt. Wenn wir so dringende Bedürfnisse der Arbeitslosen ignorieren, dann werden wir nicht ernst genommen. Aber gleichzeitig fordern wir von der Regierung die Einführung von Arbeitslosengeld."

Auch Flüchtlinge haben Rechte...

Einen ähnlichen Ansatz wie die Arbeitslosenunion vertritt auch der Sprecher der 'Flüchtlingsunion Kurdistan', einer ebenfalls relativ jungen Organisation, in der sich Binnenflüchtlinge aus den immer noch irakisch kontrollierten Gebieten zusammengeschlossen haben. Wie die Union der Arbeitslosen, hat auch die Flüchtlingsunion keinen festen Vorstand, sondern Sprecher, die in regelmäßigen Abständen von den verschiedenen Vollversammlungen in den jeweiligen Regionen bestimmt werden. Einer der Gründe für das Zustandekommen der Flüchtlingsunion war eine sehr konkrete Kritik an der aktuellen Flüchtlingspolitik der kurdischen Regierung: "Für die Flüchtlinge, die nicht in ihre Regionen zurückkehren können, hat die Regierung bestimmte Unterkünfte vorgesehen. Dabei handelt es sich meistens um ehemalige Militärunterkünfte, die außerhalb der Städte liegen. Das ist für die meisten von uns unzumutbar. In den Städten können wir wenigstens als Tagelöhner Arbeit finden und

ein bißchen Geld verdienen. Aber diese Unterkünfte sind auch nicht besser als die Sammellager zu Saddams Zeiten. Sie sind von allem abgeschnitten."

Die Flüchtlingsunion fordert, daß Flüchtlinge frei wählen können, wo sie leben wollen. Die Regierung sieht aber vor, den Zugang zur Lebensmittelverteilung vom Aufenthalt im Lager abhängig zu machen. "Das ist für uns untragbar, jeder Flüchtling muß seine Ration Lebensmittel bekommen, egal wo er sich aufhält. Wir müssen lernen, daß wir auch als Flüchtlinge Rechte haben, die wir einfordern und nicht um Almosen im übertragenen und direkten Sinn betteln."

Die ca. 300.000 Binnenflüchtlinge, die heute noch in der selbstverwalteten Region in Zelten, Hotels und ehemaligen staatseigenen Gebäuden leben, sind sogar bei ihren kurdischen Landsleuten nicht immer gerne gesehen. In dem Maße, in dem sich die ökonomische Situation verschlechtert, werden sie immer mehr als potentielle Konkurrenten um die mageren Fleischtöpfe - oder besser Mehlsäcke, von Fleisch ist schon lange nicht mehr die Rede - angesehen. Zwar würde ihnen niemand das Recht absprechen, sich in der relativ sicheren Region niederzulassen, aber "doch bitte woanders, nicht gerade bei uns in der Nachbarschaft."

Während des Volksaufstandes wurden viele Fehler gemacht...

Viele Mitglieder der Union der Arbeitslosen oder Flüchtlingsunion haben eine lange politische Geschichte. Sie hatten auch während des Volksaufstandes gerade in Sülaymania eine nicht unwesentliche Rolle gespielt: die Räte in Fabriken und Stadtteilen, die während und nach dem Aufstand entstanden waren, überlebten jedoch nicht allzulange. Ein anderes Mitglied der Arbeitslosenunion faßt die Erfahrung des Aufstandes zusammen: "Wir waren gut auf den Aufstand vorbereitet, aber nicht auf das 'danach'. Und wir haben eines übersehen oder besser nicht sehen wollen: Das, was die Bevölkerung vereinigt hat und dahin gebracht hat, sich so geschlossen am Aufstand zu beteiligen, war die Auflehnung gegen die Kurdenpolitik des Baath-Regimes, gegen die nationale Unterdrückung und nicht die Vision von einer veränderten Gesellschaft. Wir haben die Räte gegründet und wollten unsere Inhalte, das heißt, die einer nicht-kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Menschen in dem Moment vermitteln, in dem wir gemeinsam gekämpft haben. Das ist sehr schnell nach hinten losgegangen..."

Obwohl auch die etablierten kurdischen Parteien gegen die Räte vorgegangen waren, machen heute viele Mitglieder der Bewegung unter anderem eigene Fehler für deren Scheitern verantwortlich. "Die Bevölkerung wollte damals in der Kriegssituation den bewaffneten Schutz der Kurdistan Front, da hatten wir nicht genug zu bieten."

Die Mitglieder der Rätebewegung, die heute in der Union der Arbeitslosen mitmachen, haben aus Fehlern gelernt. Heute versuchen sie das aufzugreifen, was den Leuten wirklich unter den Nägeln brennt. Durch ihr basisdemokratisches Organisationsmodell unterscheiden sich die Arbeitslosen- und die Flüchtlingsunion deutlich von der Mehrzahl der vorhandenen politischen Strukturen in Kurdistan.

Außerdem versuchen sie, die kurdische Regierung auf verschiedenen Ebenen in die Pflicht zu nehmen. Einmal hat die Union der Arbeitslosen eine Genehmigung beantragt, als offizielle Vereinigung tätig zu sein. Sobald ein dementsprechendes Gesetz im Parlament verabschiedet ist, soll über den Antrag entschieden werden. Das hieße dann, daß die Union ihr Programm auch über kurdisches Radio und Fernsehen bekannt machen könnte. Die Flüchtlingsunion hat eine solche vorläufige Erlaubnis schon bekommen; sie ist um einiges früher gegründet worden als die Arbeitslosenunion.

Perspektiven für die kurdische Bevölkerung

Bis zu den Wahlen im Sommer 1992 waren politische Auseinandersetzungen über ökonomische Strukturen in der kurdischen Gesellschaft kaum geführt worden. Die Diskussion um die Frage Autonomie oder Föderation beherrschte kurdische Medien und Öffentlichkeit und war letztendlich auch Kriterium bei der Wahlentscheidung vieler Kurden. Mitglieder der Rätebewegung oder auch der in dieser Bewegung beteiligten 'Kommunistischen Strömung' waren mit Forderungen wie z.B. 35 Stundenwoche für die Arbeiter eher auf taube Ohren und Unverstandnis gestoßen.

Heute sieht die Situation anders aus. Sechs Monate nach den Wahlen beginnen nicht nur die Arbeitslosen mit eigener Organisation. "Selbstorganisation, wie wir sie hier praktizieren wollen, hat es unter dem Baath-Regime nicht gegeben. Jetzt haben wir die Möglichkeit, uns offen zu organisieren. Damit fangen wir dort an, wo es am nötigsten ist. Auch wenn es sich dann gegen die Regierung richtet", erklärt ein Sprecher der Arbeitslosenunion. "Die meisten Leute kommen aus Verzweiflung hierher, nicht weil sie klare Ideen zur Durchsetzung ihrer Rechte haben."

Die Menschen, die mehr als ein Jahr zuvor auf Demonstrationen noch "YES YES Bush" gerufen und der UNO zugejubelt, die mit Begeisterung bei der ersten kurdischen Wahl ihre Stimme abgegeben hatten, sind in diesem Winter enttäuscht. Die Absichten - vor allem des westlichen - Auslandes und die Möglichkeiten der eigenen Regierung werden nun nüchterner eingeschätzt. Die Einsicht, daß niemand bereitsteht, den Kurden über die 'Mühen der Ebene' hinwegzuhelfen, macht sich breit. Liegen da die Chancen der Selbstorganisierung? Entsteht hier, ein halbes Jahr nach der Wahl zum kurdischen Parlament, eine außerparlamentarische Opposition?

"Vielleicht", antwortet der Sprecher der Arbeitslosenunion. "Auch wir können nicht aus dem Nichts eine Lösung zaubern und wir können die bestehenden politischen Kräfte nicht ignorieren. Genau an sie, die kurdische Regierung und die Weltöffentlichkeit, werden wir auch unsere Forderungen richten. Die Frage ist, ob wir genug innenpolitischen und internationalen Druck erzeugen können."

me

Offener Brief der Arbeitslosenunion Sülaymania an die Arbeitslosen der Industrienationen:

Wir wenden uns an Euch, denn trotz aller Unterschiede seid Ihr genau wie wir diejenigen, die für die Interessen des internationalen Kapitals bezahlen. Aufgrund derzeitiger Kapitalstrategien hat die Arbeitslosigkeit weltweit zugenommen.

Allerdings gibt es für uns hier in Kurdistan noch einmal besondere Bedingungen. Die Arbeitslosigkeit ist zum Allgemeinzustand unserer Gesellschaft geworden. Die beiden Golfkriege haben die ökonomische Struktur des Irak zerstört - in Kurdistan gibt es praktisch keine Arbeitsmöglichkeiten mehr. Die beiden Embargos, das UN-Embargo gegen den Irak und das irakische Embargo gegen Kurdistan, erschweren unsere Situation noch weiter.(...)

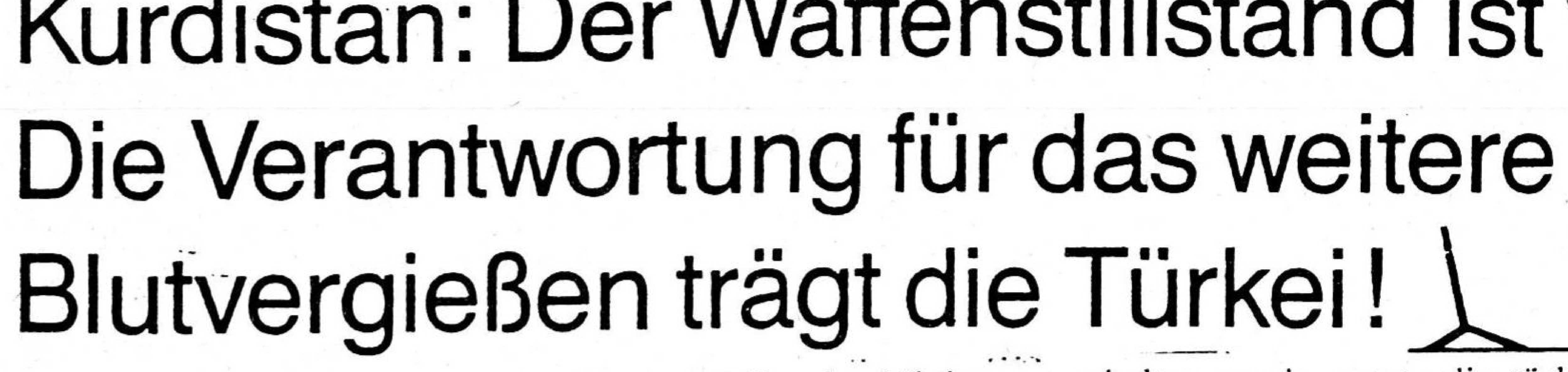
Unter diesen spezifischen Bedingungen haben wir uns als Arbeitslosenunion zusammengeschlossen, um vereint unseren Forderungen Gewicht zu verleihen.

Vor allen Dingen fordern wir von unserer Regierung, die uns Arbeitslosen keine Rechte einräumt, Arbeitslosenunterstützung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Weiterhin fordern wir die Aufhebung beider Embargos. Beide treffen nicht in erster Linie die kurdische und arabische Bourgeoisie, sondern die Arbeiter, Werktätigen und Arbeitslosen im Irak und Kurdistan.(...)

Bis heute haben wir zwei Niederlassungen in Hewler und Sülaymania. In beiden Orten ist ein Sprecherrat von den jeweiligen Vollversammlungen gewählt worden. Wir wenden uns an die Arbeiter und Arbeitslosen in ganz Europa mit der Bitte, unsere Forderung nach Aufhebung der Embargos aktiv zu unterstützen. Schafft ein Forum für unsere Forderungen in Euren Organisationen.

Sülaymania 29.12.92



Kurdistan: Der Waffenstillstand ist vorbei. Die Verantwortung für das weitere Blutvergießen trägt die Türkei!

Das kurdische Volk, eines der ältesten Völker im Mittleren Osten, ist seit Jahrhunderten einer Deportations-, Assimilations- und Vernichtungspolitik seiner Besatzerstaaten ausgesetzt. Hiervon ist vor allem die kurdische Bevölkerung im türkisch-besetzten Teil Kurdistans, in dem mit 20 Millionen Menschen der Großteil der Kurden lebt, betroffen.

Seit der Gründung der Türkischen Republik im Jahre 1923 wird die kurdische Identität geleugnet. Die Türkische Regierung hat der kurdischen Bevölkerung jedes kulturelle und politische Recht verboten und auch nur den kleinsten Widerstand mit massiven Repressionsmaßnahmen unterdrückt. Infolge dieser Repressionspolitik der TR hat sich die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) am 27. November 1978 gegründet. Sie setzte sich für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes ein. Da sie sich nicht auf legaler Basis organisieren konnte und verstärkten Repressionen des türkischen Staates ausgesetzt war, mußte sie zum bewaffneten Kampf als Mittel zu ihrer Verteidigung greifen. Am 15. August 1984 führte sie ihre erste bewaffnete Aktion durch und gründete später die Nationale Befreiungsarmee Kurdistans (ARGK).

Seit neun Jahren findet nun ein Krieg zwischen den Guerillas der Arbeiterpartei Kurdistans und dem türkischen Militär im türkisch-besetzten Teil Kurdistans statt. In diesem Krieg, für den der türkische Staat verantwortlich ist, sind mehrere tausend Menschen umgekommen. Der türkische Staat hat in diesem Krieg alle internationalen Kriegsregeln mißachtet und Angriffe gegen die Zivilbevölkerung geführt. Mehrere hundert Dörfer wurden entvölkert und 8 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen.

Um noch mehr Blutvergießen zu verhindern und die Basis für eine politische und friedliche Lösung der kurdischen Frage zu schaffen, hat der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, am 17. März dieses Jahres einen einseitigen, befristeten Waffenstillstand ausgerufen. Auf einer zweiten Pressekonferenz am 16. April wurde der einseitige Waffenstillstand auf unbefristete Zeit verlängert und seine Wirkungsdauer an die Erfüllung folgender Forderungen geknüpft:

— Aufhebung des Ausnahmezustandes
— Erlassung einer Generalamnestie
— Verfassungsrechtliche Anerkennung der kurdischen Identität
— Legalisierung der kurdischen Parteien und ihre politische Betätigung
— Möglichkeiten dafür schaffen, daß das kurdische Volk wieder in seine Heimat zurückkehren kann. Übernahme der entstandenen Schäden.

Während der Waffenstillstand von den PKK-Guerillas eingehalten wurde, setzte die türkische Regierung jedoch ihre Angriffe gegen die kurdische Zivilbevölkerung und die Befreiungskämpfer unvermindert fort. Seit dem 20. März sind 44 Dörfer zerstört, 165 Menschen, in der Mehrzahl Guerillas, getötet und über 3500 Menschen festgenommen worden. Die türkische Seite hat keine positiven Schritte gegenüber diesen Forderungen unternommen und keine Bereitschaft für einen Dialog und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage gezeigt. Unter einer begrenzten Amnestie hat sie sozusagen eine „ehrenvolle Ergebung" angeboten, die einer Unterwerfung und damit Erniedrigung gleichkommt.

Ferner hat die türkische Regierung die Ereignisse in Solingen dazu benutzt, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der kurdischen Frage abzulenken. Die türkische Regierung, die sich vor der europäischen Öffentlichkeit wie ein unschuldiges Lamm aufführt, legt ein ähnliches Verhalten gegen die kurdische Bevölkerung zutage.

Angesichts dieser Entwicklungen hat PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan auf einer 3. Pressekonferenz am 8. Juni den Waffenstillstand beendet. Gleichzeitig hat er jedoch jederzeit die Bereitschaft zu einem erneuten Waffenstillstand angeboten, wenn die Türkische Regierung ernsthafte Schritte zu einem Dialog und einer Lösung der kurdischen Frage auf politischer Basis unternimmt.

Öcalan erklärte, daß der Krieg in der Zukunft ganz Kurdistan umfassen werde und auch die türkischen Metropolen einbeziehen wird. Die Aktionen werden sich auch gegen wirtschaftliche Ziele richten, die den Krieg finanzieren.

Die Verantwortung für weiteres Blutvergießen liegt bei der türkischen Regierung. Das kurdische Volk wird sich nicht ergeben. Daher finden derzeit Vorbereitungen aller kurdischen Organisationen für eine gemeinsame Front statt.

Die europäischen Länder haben keine ernsthaften Schritte zu einer friedlichen Lösung unternommen. Im Gegenteil, mit der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterstützung haben sie den türkischen Staat in seiner Politik ermutigt.

Daher rufen wir die europäischen Länder und die Öffentlichkeit dazu auf, die türkische Regierung unter Druck zu setzen, um den Krieg zu beenden. Auch internationale Organisationen wie die UNO, das Europäische Parlament und die KSZE fordern wir dazu auf, Druck auf die Türkei auszuüben und eine Vermittlerrolle zwischen beiden Parteien zu übernehmen.

Wir fordern diejenigen, die ihren Urlaub in der Türkei verbringen wollen, aus folgenden Gründen zum Tourismusboykott auf:

— Die Türkei ist kein sicheres Reiseland
— Finanziert nicht den schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk mit.

Es lebe unser Kampf für ein freies Kurdistan!

Stoppt die Militär- und Wirtschafts-Hilfe an die Türkei!

Boykottiert den Tourismus in die Türkei!

Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) Europavertretung 11. Juni 1993

Vor drei Wochen (INTERIM 244) haben wir uns an einer Einschätzung über den Stand der Bewerbung versucht und zu mehreren Aktionen aufgerufen. Trotzdem die Mobilisierung nur mäßig war, verliefen die Aktionen recht erfolgreich.

N O L Y M P I A



Baubeginn an der Werner-Seelenbinder-Halle

Eigentlich sollte das Fest am Abend vor dem Baubeginn zu einer Art Auftaktveranstaltung werden gegen die Hallenbauten im Prenzlauer Berg. Es kamen aber nur ein bis zweihundert Menschen, was angesichts der umfangreichen Vorbereitungen und des aufwendigen Programms bei den VeranstalterInnen einen ziemlichen Frust hinterließ. Sicherlich lassen sich viele Gründe dafür finden (schlechtes Wetter, schlechte Mobilisierung, ungünstiger Zeitpunkt, abgelegener Ort). Letztendlich mangelte es aber eher an der kontinuierlichen Arbeit in den angrenzenden Kiezen in den Wochen vor dem Baubeginn.

Die Bullen haben die Mobilisierung jedenfalls ernst genommen und waren mit mehreren Hundertschaften incl. Wasserwerfer und Räumpanzer vor Ort. Offenbar machte das Fest einen dermaßen kläglich Eindruck, daß die Einsatzleitung sich dazu entschloß, die für den nächsten Tag geplanten Aktionen direkt neben der eigentlichen Grundsteinlegung stattfinden zu lassen.

So kam es, daß sich am nächsten Morgen anläßlich des Begräbnisses des Bürgerbegehrens ein "Trauerzug" formierte, mit dem rund 150 OlympiagegnerInnen auf das Gelände gelangten. Mit dem Ende des Begräbnisses trafen die Olympiaplaner ein - neben Nawrocki, Diepgen und Nagel auch der Präsident des internationalen Radsportverbands, dem das folgende Chaos sicherlich nachhaltig in Erinnerung bleiben wird.

Nagels und Diepgens Reden gingen in einem Pfeifkonzert unter. Während beide ziemliche Schwierigkeiten hatten, die Nerven zu behalten, versuchten sich die Bullen daran, OlympiagegnerInnen von geladenen Gästen zu trennen. Ein Räumungsversuch endete damit, daß uns die Bullen quer durch die Stuhlreihen der geladenen Gäste drücken. Diese zogen es dann auch vor, panikartig zu fliehen. Ein kurzzeitiger Stromausfall während Diepgens Rede rundete die Aktion ab.

Eröffnung des Olympischen Museums in Lausanne

Während es in Berlin am 23. Juni bei der Grundsteinlegung am Jahn-Sportpark erneut zu Protesten kam, zogen es am gleichen Tag mehrere Dutzend OlympiagegnerInnen vor, sämtliche IOC-Mitgleider in Lausanne direkt mit dem NOlympics-Widerstand zu konfrontieren. Anlaß war das 100. IOC-Treffen und die Eröffnung des Olympischen Museums - ein ebenso teures wie unnötiges Gebäude. Während die Lausanner Bullen bei unserem letzten Besuch Ende Januar etwas desorientiert wirkten, hatten sie sich diesmal wochenlang intensiv auf dieses Ereignis vorbereitet. 900 Bullen waren im Einstz und auch die Berliner Bullen ließen es sich nicht nehmen, vor Ort Amtshilfe zu leisten.

Das Großaufgebot und unser eigenes Chaos führten schließlich dazu, daß während eines Empfangs am Rathaus nur ein dutzend Farbeier ihren Weg in Richtung Samaranch und Berliner Olympiadelegation fanden. Nachmittags bei der Eröffnung des Museums wurden 25 von uns festgenommen, als sie versuchten



Transparente zu entrollen bzw. von einem Tretboot aus die Veranstaltung stören. Immerhin konnten wir so dokumentieren, daß eine relativ große Zahl von OlympiagegnerInnen nach Lausanne gekommen war. Die Festgenommenen wurden nach einer Nacht im Polizeipräsidium im Laufe des nächsten Tages nach Basel abgeschoben.

Obwohl wir nur wenig von unseren Planungen umsetzen konnten, war die Fahrt insgesamt erfolgreich. Immerhin sind Olympia-Veranstaltungen nicht nur in Berlin sondern überall nur noch mit einem großen Bullenaufgebot durchführbar. Auch für den 23. September, den Tag der Entscheidung in Monaco, werden bereits umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. So sehen sich Monaco's Bullen nicht in der Lage mit uns fertig zu werden und haben Verstärkung aus Frankreich angefordert.

Weiterhin sind Samaranch und das IOC von Teilen der Schweizer Presse ziemlich durch den Kakao gezogen. Und auch die offizielle Berliner Olympiadelegation hat es mal wieder geschafft zielsicher jeden Fettnapf anzusteuern. So hat Diepgen auf einer Pressekonferenz gesagt, nicht mal "den Gedankenansatz, daß es in Deutschland Rassenhaß gebe" könne er nachvollziehen. Und das Deutsche IOC-Mitglied Berthold Beitz konnte es nicht ertragen, daß Katharina Witt in einem Vortrag vor einigen IOC'lern den Beginn des politischen Mißbrauchs der Olympischen Spiele in der Berliner Olympiade 1936 sieht. Beitz verließ den Vortragsraum und fiel vor Wut in einen Wassergraben.

Bleibt als letzte Rettung für die Berliner Bewerbung das laut Presse sehr innige Verhältnis von Samaranch und Daimler-Benz-Chef Reuter. Daimler-Benz läßt sich die Unterstützung der Bewerbung einiges kosten. Neben der Bereitstellung von Luxuskarossen und die Finanzierung des Auftritts der Berliner Philharmoniker in Lausanne gehört Daimler zu den Hauptsponsoren des Museums. Das Zustandekommem einer Ausfallbürgschaft in milliardenhöhe geht maßgeblich auf das Engagement von Reuter und Kleinert zurück. Und auch die Leichtathletik-WM in Stuttgart wird hauptsächlich von Daimler gesponsert. Nach den Coca-Cola-Spielen in Atlanta 1996 sind also nach wie vor die Daimler-Benz-Spiele 2000 in Berlin denkbar. Was für uns bedeutet, die Arbeit der Olympiaplaner auch weiterhin zu sabotieren.



Im übrigen hat Samaranch auf der Abschlußpressekonferenz in Lausanne gesagt, er könne die Stärke der Gegnerschaft in Berlin nicht einschätzen. Wir denken, um das rauszukriegen braucht der Altfaschist nur den Termin seines Berlinbesuchs rechtzeitig bekannt zu geben. Denn:

**Beim Samaranch-Besuch:
Demo 19.00
Breitscheidplatz**

AOK

WENN ALLES AUF EINMAL KOMMT...

Info und Überlegungen zur Nacht der Wohnungslosen 25./26.6. und Kurden-Demo 26.6.93

Am 25./26.6 war auf dem Breitscheidplatz eine Infoveranstaltung zur Situation der Obdachlosen und eine öffentliche "Solidaritätsübernachtung" organisiert (Veranstalter BAG Wohnungslosenhilfe und mehrere große Träger) und breit öffentlich angekündigt worden. In den ARD-und ZDF-Nachrichten am 25.6. abends wurde darüber informiert und gesagt, daß mit 10 000 (!) Menschen gerechnet wird, die freiwillig mit auf der Straße übernachten wollen. Ich traf gegen 0.30 auf dem Breitscheidplatz ein, die Infostände waren da größtenteils nicht mehr besetzt, aber es waren noch ca. 200 Menschen auf dem Platz. Dem Kaffeestand war um 24.00 von den Bullen der Strom abgedreht worden, aber die Veranstalter zuckten nur hilflos die Achseln. Von den Anwesenden waren vielleicht die Hälfte Obdachlose. Einige begannen, ein Lagerfeuer in Gang zu bringen, Holzpaletten zu organisieren, was nach einer Weile wieder die Bullen auf den Plan rief. Nach der Zusicherung, nichts mehr nachzulegen, verzogen sie sich, blieben aber mit einer Wanne vor dem Europa-Center die ganze Nacht da. Danach versuchten nur noch die Veranstalter, uns am Nachlegen zu hindern,was ihnen aber nicht gelang, das Feuer brannte bis zum Morgen, es gab ein bißchen Musik und viel Spaß, auch Bier, und gegen Morgen zunehmend Diskussionen über die Situation der Obdachlosen und den Verlauf der Veranstaltung. Die Obdachlosen waren enttäuscht, daß sie im Vorfeld nicht genung beteiligt wurden und auch über schlechte Organisation und mangelnde Teilnahme. Mich hat die Tatsache betroffen gemacht, daß so wenig Menschen die Aktion mitgetragen haben, auch wenn die Veranstalter feige und schlecht organisiert waren, hätte man dort eine gute Möglichkeit zu einer Solidarisierung gehabt. Werden Obdachlose, "Penner", "Berber" auch von der linken/autonomen Szene ausgegrenzt? Oder hatten mal wieder alle "was Wichtigeres" zu tun? Aber es geht ja noch weiter:
Am Morgen, ca. 7.00 sahen wir, daß zu der einen Wanne weitere 14 gestoßen waren. Ein Bulle kam auff den Platz geschlendert, drei von uns fragten ihn, was es damit wohl auf sich hätte. Er sagte, die hätten mit der Veranstaltung nichts zu tun, aber für "0900" sei eine Kurden-Demo angekündigt. Diese Info habe ich um 7.30 telefonisch nach Kreuzberg durchgegeben. (Die Reaktion war, wie sich dann zeigte gleich null). Die nächsten zwei Stunden verbrachten die Bullen damit, ihre Wannen zu verteilen und mit Motorradbullen ihre Vorbereitungen zu treffen. Bei uns gab es Frühstück, aber immer noch keinen Strom für die Stände. Ab 9.00 kamen die ersten kurdischen Familien, z.T. mit Kindern.Es waren 10-20 da, als die Bullen ihnen befahlen, sich zu zerstreuen, die Demo sei verboten. Auf meine wiederholte Nachfrage nach der Begründung kam der Einsatzleiter und verlas seinen Sermon: Aufgrund der Besetzung in München und der Überfälle auf türkische Banken sei die Möglichkeit gegeben, daß von der Demo Gewalt ausgehen könne, zudem sei einer der Demo-Anmelder angeblich bei den Bank-"Überfällen" beteiligt gewesen, und daß das türkische Generalkonsulat am Ku-Dammm geschützt werden müsse. Die Kurden gingen aber nicht weg, es trafen immer mehr ein, mit Fahnen, Plakaten und Flugis, bis es schließlich etwa 50 waren, mit Familien und kleinen Kindern. Daß von Ihnen Gewalt ausgehen solle, war angesichts der massiven Bullenpräsenz lächerlich. Inzwischen waren auch die Obdachlosen mit ihrer PA in die Gänge gekommen und begannen ca. 10.30 mit ihrer Podiumsdiskussion. Sie hatten kaum angefangen, als die Kurden mit Parolen und Sprechchören begannen, sich Gehör zu verschaffen, ihre Fahnen entrollten und Flugis verteilten. Erstmal war eine Weile Ruhe auf dem Podium, dann wurden die Kurden von den Veranstaltern mit Erklärung der Aktion aufgefordert, doch wegzugehen, oder die Verabstaltung nicht zu stören, sofort darauf erfolgte die 1. Aufforderung der Bullen an die Kurden, den Platz zu räumen. Die Kurden machten weiter, einige diskutierten mit den Veranstaltern über ihre Anliegen, den Mord am kurdischen Volk. Das ganze Spiel wiederholte sich bis zur 3. Aufforderung der Bullen, die von eienigen Obdachlosen und Unterstützern mit Applaus quittiert wurde. Der Versuch, über Diskussion eine Solidarität herzustellen, ging unter, die Kurden setzten sich zwar hin, riefen aber weiter lautstark ihre Forderungen. Daraufhin wurden sie von den Bullen unter Gewaltanwendung weggezerrt und vom Platz getrieben. Einige wehrten sich, ein Kurde wollte sich seine Fahne nicht wegnehmen lassen und es kam zu einer Schlägerei, die als "Kurden griffen mit Fahnenstangen Polizisten an" durch die Medien ging. Mindestens zwei Kurden wurden unter heftiger Gegenwehr festgenommen und in die Wannen geschleift. Während der ganzen Räumaktion wurde von den Bullen auf die Kinder in keienr Weise Rücksicht genommen, sie wurden brutal weggezerrt und geschubst. Die anwesenden Kameraleute vom ZDF u.a. wurden beim Filmen behindert, die Bullen selber hatten zwei Kameraleute dabei. (Von diesen Bildern habe ich bisher nichts in den Medien gesehen). Während der Räumaktion zogen die Obdachlosenleute z.T. ihre Veranstaltung durch, nur wenige versuchten, die Bullen wenigstens vom Gröbsten abzuhalten. Schließlich wurden die Kurden Richtung Zoo abgedrängt, während nochmal 20 Wannen mit Geheul vom Ku-Damm einritten. Hinter der Gedächtniskirche wartete aber schon eine Bullenmannschaft in voller Kampfmontur mit Schlagstöcken. Als sie ein kurdisches Mädchen,ca. 15, mit einem weißen Tuch vor dem Mund sahen, gingen sie sofort auf sie los, um ihr das Tuch runterzureißen und es kam nochmal zu einem heftigen Gerangel. Dann zerstreute sich die Demo und die Bullen zogen sich nach und nach zurück. Vom Podium erfolgte erst dann von einem älteren Obdachlosen eine Distanzierung von dem Applaus für die Bullen und der Appell, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, was heftigen Beifall hervorrief.(Klatschen ist ja auch einfacher als kämpfen) In einem Gespräch mit einer beteiligten Kurdin erfuhr ich hinterher, daß die Demo sehr kurzfristig angesetzt war, aber auch viele Kurden, die es wußten, nicht gekommen waren. Sie wußte auch nicht warum und warum die Kurden nicht noch bei anderen Gruppen Unterstützung gesucht hatten, vermutete aber, daß es auch mit der starken Rivalität der verschiedenen kurdischen Gruppen untereinander zu tun hatte.

Die Ereignisse dieser Nacht und des Morgens geben Anlaß zum Nachdenken. Für mich ist klargeworden, daß alle Gruppen, die für "ihre" Sache Aktionen machen und kämpfen im Moment sehr leicht gegeneinander ausgespielt werden können. Alle politischen, privaten und sonstigen Rivalitäten dienen immer nur den Herrschenden und gerade jetzt, wo eben "alles auf einmal passiert" und man ständig schon viel zu tun hat, alle Entwicklungen im Staat, von den Faschos und noch im Ausland mitzukriegen und aktiv dagegen zu werden. Ich denke es ist bitter nötig, daß alle aktiven Gruppen zumindest mehr miteinander kommunizieren sich nicht gegenseitig ausgrenzen und die öffentlichen Aktionen koordiniert werden, damit solche Peinlichkeiten wie diese Nacht nicht passieren. Im interim 243 vom 3.6., S.31, gab es einen winzigen Aufruf mit Bezug auf andere Aktionen, aber dem gleichen Bedürfnis. Ich hab das erst später gelesen, war also nicht da , hab aber auch noch keine Ergebnisse mitbekommen. Ich hoffe, die Optimisten machen weiter und würde mich über Zusammenarbeit freuen. MIKADO

Für ein regelmäßiges Koordinationsplenum für öffentliche Aktionen!

Berliner Zeitung - Nr. 148

Obdachlose erobern für eine Nacht die Berliner City

Nur wenige solidarisch auf dem Breitscheidplatz

Mehrere hundert Wohnungslose haben am Freitag abend vor der Gedächtniskirche für ein eigenes Dach über dem Kopf demonstriert. Berliner Sozialverbände hatten zu dieser „Nacht der Wohnungslosen" aufgerufen, die auch in 120 anderen Städten stattfand. Dem Appell der Veranstalter, aus Solidarität die Nacht mit den Obdachlosen im Freien zu verbringen, waren aber lediglich 200 Menschen gefolgt.

Mit Schlafsäcken und Plastiktüten lagerten die Obdachlosen auf dem Breitscheidplatz. Sie nutzten die Gelegenheit, Politiker für die Misere zur Rede zu stellen. Rund 40 000 Menschen sind in Berlin wohnungslos – mehr als 6 000 von ihnen leben auf der Straße. Die anderen sind vorübergehend in Privatpensionen untergebracht. Allein im letzten Jahr hat die Stadt dafür mehr als 100 Millionen Mark gezahlt – was vor allem die Obdachlosen selbst empört. Während einer Podiumsdiskussion forderten sie, dieses Geld besser für den Bau von Sozialwohnungen auszugeben. Mit den 100 Millionen Mark würden Leute finanziert, die ihr Geschäft mit der Armut machen.

Die Sozialsenatorin wird beschimpft

Den Zorn der Obdachlosen bekam vor allem der wohnungspolitische Sprecher der CDU im Bundestag, Dietmar Kansy, zu spüren. In der sehr erregten Debatte nahmen sie es dem CDU-Mann nicht ab, daß die Regierung an der Misere überhaupt etwas ändern will. Auch Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) holte sich bei den Demonstranten eine Abfuhr. Sie konnte mit der Nachricht, daß im laufenden Jahr 4,5 Millionen Mark für die Beratung und Beherbergung zusätzlich bereitgestellt würden, nicht beeindrucken und mußte sich schließlich als „blöde Kuh" beschimpfen lassen.

Sozialarbeiter Peter Zedler von der Berliner Obdachlosenberatung kann die Verärgerung der Betroffenen verstehen: Er hält den Politikern vor, seit Jahren vom sozialen Wohnungsbau zu reden, ohne etwas zu tun. Rund 200 000 Sozialwohnungen fehlen nach Angaben des Mieterbundes in Deutschland. Schmerzlich spürbar sei dieses Defizit vor allem in Berlin, wo selbst Normalverdiener heute kaum noch eine bezahlbare Wohnung finden.

Iris Marek ist ein Beispiel für die neue Not. Die 31jährige West-Berlinerin hatte acht Jahre lang als Krankenschwester gearbeitet, heute macht sie eine Umschulung. Vor drei Monaten mußte die junge Frau ihre Wohnung verlassen. Sie hatte nur einen Mietvertrag auf Zeit. Einen Platz hat sie jetzt in einem Wohnheim für obdachlose Frauen gefunden. „Ich schämte mich sehr, plötzlich obdachlos zu sein." Ihre Scham konnte sie inzwischen überwinden. Mit einem umgehängten rosa Plakat schildert Iris Marek den Passanten auf dem Platz ihre Lage. Sie will zeigen, daß Obdachlosigkeit nichts mit den Klischees von Faulenzerei und Alkoholismus zu tun hat.

Unterdessen tobt der Streit zwischen Publikum und Podium. Die Grünen-Politikerin Judith Demba fragt die Obdachlosen, ob „wir uns nicht mal zusammen um die leerstehenden Häuser in Berlin kümmern sollten?" Aber die Angesprochenen halten wenig vom Häuser-Besetzen und sind für Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht zu haben.

Ein Abgeordneter bleibt die ganze Nacht

Auf größere Sympathie stößt da schon der ehemalige PDS-Abgeordnete Ulrich Briefs. „Es ändert sich nur etwas, wenn Ihr mehr Druck auf die Regierung macht", verkündet der Mathematikprofessor, der dem Haushaltsausschuß des Bundestages angehört. Er ist auch einer der wenigen, die aus Solidarität die Nacht im Freien verbringen. Ohne Schlafsack, lediglich mit einem zweiten Mantel, hat er auf dem Breitscheidplatz campiert. Zwei Stunden habe er halb im Liegen und halb im Sitzen verbracht. Geschlafen hat er kaum. „Sie können sich das gar nicht vorstellen, wie das ist." Briefs sieht mitgenommen aus. Eine rote Nase und eine heiße Stirn sind die Zeichen der vergangenen Nacht. Vor lauter Müdigkeit kann er den Kaffeebecher kaum noch in der Hand halten.

Markus Grill

WIR WOLLEN WASSER!

WÄHREND HIER IM RATHAUS DER ZIERBRUNNEN PLÄTSCHERT UND HUNDERTE VON BÜROPFLANZEN TÄGLICH GEWÄSSERT WERDEN, LÄSST DAS BEZIRKSAMT ÜBER 30 CHARLOTTENBURGERINNEN AUF DEN TROCKENEN SITZEN!

Die endlose Wassergeschichte:

I. Im Dezember 1988 besetzten wir, damals über 100 junge Leute, das leerstehende Haus im Einsteinufer 41 (E41), nähe Ernst- Reuter-Platz. Wir nahmen es der Spekulantenfirma Henning, v. Harlessem & Co GmbH, mit Sitz in der Fasanenstr. 63, weg. Sie wollten dort einen profitablen Bürobau errichten. Schon nach einem Tag wurden wir geräumt und ein Schlägertrupp der Spekulanten zertrümmerte Öfen, Fenster und Sanitärinstallationen.

II. Im März `89 besetzten wir das immer noch leerstehende E41 und das noch bewohnte Nachbarhaus Marchstr. 23 (M23), nachdem die Spekulanten den letzten Mieter der M23 in einer Nacht- und Nebelaktion abgeholt hatten. Auch das vollständig intakte Wohnhaus M23 sollte dem Büroklotz weichen. Doch wir konnten die Häuser gegen alle Räumungsversuche der H., v. H. & Co verteidigen. Im Laufe der Zeit haben wir die zerstörten Installationen im E41 erneuert und eine neue Steigleitung gelegt.

III. Im Anschluß an eine brutale Hausdurchsuchung im Juli `89 demolierten die Wasserwerke willkürlich den Straßenwasseranschluß des Einsteinufers, weil das Haus angeblich bald abgerissen werden sollte. Diesen Abriß billigen Wohnraums konnten wir zwar bisher verhindern, aber Wasser haben wir deshalb noch lange nicht.

IV. Alle Versuche, einen neuen Wasseranschluß zu bekommen, scheiterten. Ohne Genehmigung des Hauseigentümers geht bei den Berliner Wasserwerken garnichts. Die Spekulanten ließen sich weder von Baustadtrat Dykhoff noch von einem Staatssekretär erweichen. WelchEr erwartet hatte, daß Bezirk und Senat nun Zwangsmittel gegen die H., v. H. anwenden würde, um die Versorgung der 30 BewohnerInnen zu gewährleisten, wurde enttäuscht: in der Verwaltung fühlte sich 4 Jahre lang niemand zuständig.

V. Notgedrungen stellten wir durch einen Schlauch von der Marchstr. die provisorische Wasserversorgung des E41 sicher. Das ist mit technischen Schwierigkeiten verbunden, im Winter friert der Schlauch z.B manchmal ein.

WARUM WIR HEUTE HIER SIND:

Im Mai `93 gab es eine Begehung unseres Geländes durch das Gesundheitsamt Charlottenburg. Das einzige, was sie zu beanstanden hatten, war unsere Notwasserleitung. Eine Untersuchung ergab, daß das Wasser durch den Schlauch verunreinigt wird. Anstatt jetzt endlich zu handeln und den von uns seit Jahren geforderten Wasseranschluß gegen die Immobilienhaie durchzusetzen, will uns das Bezirksamt mit einem Warnschild "Kein Trinkwasser" abspeisen. Das Amt hat es micht mal für nötig gehalten, uns über die Untersuchungsergebnisse zu informieren!

ES REICHT! Wir wohnen in diesen Häusern, und wir wollen Wasser haben!

Dies haben wir heute Baustadtrat Dykhoff nochmal unmißverständlich klar gemacht. Deshalb haben wir heute (24.06.1993) unser Badezimmer hier vor dem Rathaus Charlottenburg und im Büro von Herrn Dykhoff aufgebaut, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen und den Bezirk endlich zum Handeln zu bewegen.

WIR FORDERN:

- Her mit dem Wasseranschluß!
- Schluss mit den Räumungsprozessen!
- Keine Planung ohne uns!
- Marchstr./Einsteinufer/Parkplatz Bleibt!



1.) PROZEß GEWONNEN!

SPEKULANT : "DAS IST ENTEIGNUNG !"

Am 23.6. fand der 2. Räumungsprozeß gegen das besetzte Gelände Marchstr./Einsteinufer in Charlottenburg statt. Obwohl die AnwältInnen der Finanzhaie der H., v Harlessem GmbH sich die größte Mühe gegeben hatten, ihre Schlappe vom ersten Prozeß auszubügeln, reichte es auch diesmal nicht: die Klage wurde vom Amtsgericht in allen Punkten abgewiesen. WIR BLEIBEN !

WIR sind die 70 BewohnerInnen der ersten besetzten Häuser in Charlottenburg, Westberlin. Seit über 4 Jahren leben wir hier und haben damit den Abriß von 3 Wohnhäusern und den Bau des superteuren Konrad- Zuse-Computerzentrums, das mit öffentlichen Geldern Rüstungsforschung unterstützt, verhindert. Hier gibt es jetzt ein InfoCafe, eine Galerie, regelmäßig Konzerte, unser Straßen/ Kinderfest wurde von mehreren hundert Menschen aus der Nachbarschaft und ganz Berlin besucht.

Am 16.9.93 beginnt der Revisionsprozeß gegen die BewohnerInnen des Einsteinufers 41 - WIR BLEIBEN !

2.) WASSER MARCH !

BAUSTADTRAT DYKHOFF, SPD : "DA KÜMMER ICH MICH DRUM !"

Am 24.6. haben wir den Baustadtrat Dykhoff feierlich ein Pissior überreicht und ihn und seine Dezernenten nochmals über den Wassernotstand auf unserem Gelände informiert. Durch die Untätigkeit des Bezirksamts ist das Trinkwasser der BewohnerInnen des Einsteinufers mit Coli- Bakterien belastet. Der Stadtrat muß Druck auf die Spekulantenfirma und die Wasserwerke ausüben, um den regulären Wasseranschluß des Hauses wiederherzustellen.

Vor dem Rathaus gab es eine Kundgebung mit Trockenbaden, Redebeiträgen, Flugblättern - WIR WOLLEN WASSER !

3.) MARCHSTR/EINSTEIN/PARKPLATZ BLEIBT



KONTAKT : InfoCafe Vamos Marchstr. 23, 1/10,
Mo-Fr 12°°-19°°,

Baustadtrat Dykhoff und sein Pissoir

GERICHTSREPORT: Die letzte Hausbesetzerszene in Westberlin soll nun getilgt werden

Hinter Zahlen verbergen sich Schicksale

Bis zur Nummer 73 ging die Rechnerei hin und her, wer Ausgangsbeklagter, Erweiterungsbeklagter, wer wieder von der Liste zu streichen sei und wer nicht. Hinter dieser Zahlenspielerei verbergen sich menschliche Wesen, die per Gerichtsbeschluß auf die Straße gesetzt werden sollen. Das Amtsgericht Charlottenburg hatte gestern auf Antrag der Hauseigentümerfirma Henning, von Harlessem und Co GmbH darüber zu befinden, ob die einzige im Westteil noch existierende Hausbesetzerszene Marchstr./Einsteinufer mit der Macht der Polizei aufzulösen sei oder nicht (ND berichtete am 30. März 1992 über diesen Fall).

Seit dem 20. März 1989 wohnen etwa 70 bis 80 Leute zum Teil in wechselnder Zusammensetzung in dem Häuserkomplex. Sie haben sich dort ihre Welt aufgebaut, mit Infocafé, Gemeinschaftsräumen und zwei Wagenburgen.

Seit dieser Zeit geht auch das Gezerre um das lukrative Fleckchen Erde. Die Besitzer möchten die intakten Altbauten abreißen lassen und durch Edelherbergen und Bürogebäude ersetzen. Das bringt das große Geld, und nicht der Erhalt schütterer Bausubstanz.

Nach mehrfachen erfolglosen Räumungsversuchen auf dem Gerichtswege sollte es gestern nun klappen. Dazu mußte das Gericht mit Akribie auflisten, wer da wo wohnt und gegen wen sich konkret die Räumungsklage richtet.

Bei gutem Willen aller Beteiligten – Eigentümer, Bezirksamt und Senat – ist durchaus ein Ausweg möglich. Das geheiligte Eigentum des gesamten Areals mit Häusern und Freiflächen gehört nämlich zum Teil den Immobilienhaien, zu einem anderen dem Land Berlin. Bei einem Gebietsaustausch könnten die gegenwärtigen Bewohner in ihren vier Wänden bleiben und die anderen ihre Profitlust befriedigen.

Am 18. Juni wandten sich die Charlottenburger Parlamentarier auf Antrag der Grünen/AL mit einer Initiative an den Senat. Kernpunkte ihres Vorschlages:

- Erhalt und Sanierung der Altbauten. Die Räumung der besetzten Häuser wird ausgeschlossen.
- Es werden Wohnungen für sozial Schwache geschaffen, die durch Gewerbemieten subventioniert werden.
- Der Investor erhält die Möglichkeit, Gewerberaum zu schaffen.

Die Vorschläge liegen also vor, untersetzt mit Detaillösungen für einzelne Bereiche. Der Senat ist somit gefordert.

Die Entscheidung über die Räumungsklage hatte sich der Richter für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten. Doch egal, wie sie ausfällt, eine Lösung des Problems kann nur in vernunftbegabter, menschlicher Weise außerhalb des Gerichtssaals gesucht und gefunden werden. Nicht lösen jedoch können alle Beteiligten den perversen Zustand, daß es Leute gibt, die Land besitzen, das doch eigentlich allen gehören müßte, die darauf leben, während die anderen, die darauf leben, nichts besitzen.

PETER KIRSCHEY

ND 24.6.93

ZU DEN REAKTIONEN AUF UNSERE "NOTIZEN VOM KONKRET-KONGREß"

wir haben diese kurz und zugebenermaßen polemisch geschrieben, ohne daraus eine grundsatzdiskussion zu machen: daher noch mal kurz zu den reaktionen ("eine kurze gegennotiz", interim 246, s.25 und das flugblatt "betr. interim"nr. 245).

das uns vorgeworfen wird von "großen männern und frauen" auf dem kongreß zu schreiben, trifft nicht uns, sondern die kongreßveranstalter-(Innen?). Schließlich war es ein kongreß von konkret-autoren und wenigen autorinnen. das wurde auf dem kongreß mehrmals ausdrücklich betont. wir haben das selber kritisiert, wo wir geschrieben haben, wie wir uns einen kongreß der revolutionären linken vorstellen, der aber noch gemacht werden muß. wenn genossInnen als podiumsteilnehmerInnen am kongreß teilnehmen, unterstützen sie ja das konzept. dann müssen sie sich aber nicht wundern, wenn sie namentlich genannt werden. übrigens wundert uns die behauptung, wir hätten personen "über den grünen klee gelobt", wo wir mit lob doch sparsam umgegangen sind. wir haben sehr wohl politische kontroversen kurz aufgezeigt (patriarchale strukturen, keine migrantInnen, neorassistisches referat) und dann beschrieben, wie einige genossInnen sich darin verhalten haben. schließlich ist für die interim bloß das verhalten, der sich autonom verstehenden genossInnen interessant. wenn wir dittfurth, zieran etc kritisieren,schreiben wir an die"ökolinx".
nun zu der angeblichen denunziation von a.f. wir haben aus einer zeitung der "undogmatischen linken" in frankfurt/main zitiert, also aus einem papier von genossInnen und nicht von gegnerInnen. zudem waren es genossInnen, die jahrelang mit a.f. zusammengearbeitet haben. der text ist vom januar 1993. warum, wenn es eine denunziation sein soll, blieben die behauptungen fast 6 monate unwidersprochen veröffentlicht? ist es in politischen debatten nicht mehr möglich, von anderen genossInnen geschriebenes zur diskussion zu stellen? warum wird die geforderte diskussion nicht geleistet? sind die verfasser (Innen?) der reaktionen auf unsere notizen der meinung, es genügt, sich als ohnmächtiges opfer von denunziationen hinzustellen, statt einfach, wenn sie denn falsch ist, die behauptung zu widerlegen?

warum wird in dem angesprochenen flugblatt suggeriert, wir arbeiten bullen und faschos in die hände ("zudem werden sich verfassungsschutz und faschos freuen, ..."), wenn wir aus einem fast ein halbes jahr alten öffentlichen beitrag zitieren oder das verhalten des referenten auf einen öffentlichen kongreß kritisieren?
warum werden "von einem, an der interim beteiligten" unterschiedliche standpunkte als "blödsinn" diffamiert? warum wird vom selben autor gefordert, daß genossInnen, die autonome 'autoritäten' kritisieren, sich erst namentlich vorstellen müssen? sollen später weitere sanktionen folgen (vielleicht verleumdungsklagen, wofür der konkret-herausgeber bekannt ist?)?
daß der interimmitarbeiter gleich noch zwei darstellungen von vergewaltigungen in den gleichen kontext stellt, ist unseres erachtens kein zufall, sondern die anpassung an den normalzustand des imperialistischen patriarchats.
fazit: wir brauchen keinen kritikschutz für autonome 'promis', sondern die revolutionäre offene debatte mit kritik und selbstkritik.

p.s.: auch auf die gefahr hin, weiterhin als diejenigen zu gelten, die das verständnis "von den großen männern und frauen" haben, muß nachgetragen werden, daß als positiver höhepunkt des "konkret-kongreßes" das referat von karl-heinz roth in einem leider viel zu kleinen raum gelten kann. es sollte nachgedruckt und diskutiert werden.

An alle Lesben und anderen Frauen,

die von den Macker-Demonstrationen der letzten Jahre zu Wunsiedel gestrichen die Nase voll haben und trotzdem nochmal gegen die Faschisten protestieren wollen.

Es gab zur Wunsiedel-Vorbereitung bereits drei bundesweite Treffen, bei denen nur wenig Frauen (und ich glaube überhaupt keine Lesben) da waren. Beim letzten Treffen stellte sich heraus, daß es in Nürnberg Lesben/Frauen gibt, die gerne dieses Jahr wieder was machen wollen, aber ziemlich unsicher sind und auf jedenfall Unterstützung von anderen Städten brauchen.

Wir würden gerne wissen, wieviele Lesben/Frauen in Berlin bereit sind, dieses Jahr gegen einen Fascho-Aufmarsch in oder um Wunsiedel aktiv zu werden.

Deshalb laden wir Euch ein zur LESBEN/FRAUEN - VV am **6.7.** um 19.00 im Blauen Salon (Mehringhof). Dann gibt's auch weitere Informationen zum bisherigen Stand der bundesweiten Vorbereitung.

Berliner Antifas in U-Haft!!!

Am Donnerstag, dem 3. Juni 1993 wurden in Passau drei Antifas aus Berlin wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Versammlungsgesetz festgenommen und befinden sich seitdem in Haft.

Auf dem Weg zu einer Kneipe in Passau waren sie von einem Ziviauto verfolgt und schließlich angehalten worden. Bei der Durchsuchung des Fahrzeugs wurden Gasknarren, Pyros und einige Plastersteine sichergestellt. Die drei Antifas wurden daraufhin in Unterbindungsgewahrsam genommen, weil zwei Tage später in Pocking (20km von Passau) der diesjährige NPD Bundesparteitag und Gegendemonstrationen stattfinden sollten.

Als zwei Tage später der NPD Parteitag verboten wurde, und somit kein Grund für weiteres Unterbindungsgewahrsam bestand, wurden sie kurzerhand in U-Haft genommen. Obwohl sie zwei Tage vor der geplanten Demo und 20km entfernt festgenommen worden waren, wurde gegen die drei Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erstattet.

Sowohl Bullen als auch der zuständige Richter verweigerten den Festgenommenen das Recht zu telefonieren. Erst nach der Vorführung vor den Haftrichter, bei der auf diese Art und Weise (natürlich) keine AnwältInnen dabei waren - genauso wenig wie bei den Vernehmungen - konnte einer der Festgenommenen in einem Brief FreundInnen seine Situation mitteilen. Diese informierten dann seine Eltern (Wieso eigentlich nicht den EA oder AnwältInnen oder Menschen in Passau? d.S.). Und diese wiederum verständigten einen Rechtsanwalt aus Passau, der jetzt seine Verteidigung übernimmt.

Erschwerend wird sich bei den Verfahren sicher auswirken, daß die drei bei den Bullen Aussagen gemacht haben. Einer von ihnen gab an, auf dem Weg nach Pocking gewesen zu sein. Die anderen sagten aus, sie wären auf dem Weg in eine Kneipe in Passau gewesen, bzw. sie wollten die Passauer Antifas besuchen. Außerdem gab einer der Festgenommenen an, daß alle im Auto gefundenen Sachen, die die Bullen nicht eindeutig zuordnen konnten ihm gehören (...). Obwohl sich einige ihrer Aussagen recht harmlos anhören, haben sie dadurch den Bullen Fakten geliefert, aus denen sich alle Möglichen Vorwürfe konstruieren lassen. Deshalb nochmal: **KEINE AUSSAGEN BEI BULLEN UND JUSTIZ !!!**

Es passiert leider immer wieder, daß Menschen in derartige Situationen geraten, ohne sich vorher damit auseinandergesetzt zu haben. Und wenn die Welt untergeht: AUSSAGEVERWEIGERUNG !!!

Eine Haftbeschwerde, die die Freilassung aus der U-Haft bis zur Verhandlung bewirken sollte, wurde abgelehnt. Als Haftgrund musste Fluchtgefahr herhalten, was durch nichts anderes begründet wurde, als durch die Tatsache, daß einer der Festgenommenen in einem ehemals besetzten Haus lebt, das jetzt von "Autonomen" bewohnt wird; daß ein anderer in einem besetzten Haus, und der dritte nicht - wie gemeldet - bei seinen Eltern lebt. Das reicht in den Augen des Haftrichters jedoch völlig aus, um Menschen die gegen das Versammlungsgesetz verstoßen (gibt normalerweise Geldstrafe) wochenlang (genauer: bis zur Verhandlung, egal wann die stattfindet) in den Knast zu stecken.

Was bleibt, ist die Frage, wie Menschen 11 Tage in U-Haft sitzen können ohne daß die Sache bekannt wird. Und das, obwohl zwei von den drei Festgenommenen in (ehemals) besetzten Häusern leben, wo mensch doch annehmen könnte, daß ihr Verschwinden irgendwann auffällt.

Uns ist klar, daß dies einer der vielen Versuche ist, antifaschistischen Widerstand und Menschen aus linken Lebenszusammenhängen zu kriminalisieren.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste:
Rechtshilfegruppe
Passau

antifaschismus-arbeit im knast ist möglich !!!

gedenkgottesdienst in der gefängniskirche willich brachte uns etwas näher-

gedenken an die terrorakte von solingen.

rede zum gottesdienst für die terroropfer von hünxe, mölln, solingen....:

"in anbetracht der faschistisch-terroristischen verbrechen von hünxe, mölln und schließlich solingen, sind wir hier zusammengekommen um für die opfer der rassistischen gewalttaten zu beten und deren opfer zu gedenken.
auch wir als gefangene einer totalen institution dürfen und wollen unserer augen vor diesen greultaten nicht verschließen und wollen gleichzeitig ein zeichen setzen - ein zeichen dafür, daß wir gegen faschiustisch-rassistische übergriffe sind.wir leben hier in einer, in dieser totalen institution mit ausländernInnen zusammen, wir nehmen sie als brüder und schwestern an.mit diesem gedenkgottesdienst wollen wor ostentativ zeigen, daß in dieser jva kein wind von faschismus weht- wir werden diesen bekämpfen.

mit dem terroranschlag von solingen wurde deutlich, daß sich in dieser republik im bereich des antifaschismus staatlicher seits nicht tut.bestärkt durch den sog. "asylkompromiß" wurde wieder ein haus mit türken niedergebrannt.die bundesanwaltschaft war auch diesmal wieder schnell mit einer erklärung an die öffentlichkeit gegenagen:"ein einzeltäter" hätte das haus wegen "frust auf ausländer" niedergebrannt.es seien "keine rechtsextremen hintergründe" bekannt, so der oberguru von stahl in karlsruhe vor der presse.auch diesmal wieder einbalsamierende worte dieser profaschistischen regierung:"wir sind betroffen" hieß es aus allen munden der "asylkompromiß-parteien".

ich denke das wir als gefangene auch eine antifa-arbeit leisten sollten und auch können.mit viel mut und kraft schaffen wir es auch in den natoknästen der brd eine stimmung zu erzeugen die zeigt das wir keinen neofaschismus in den knästen dulden. so konnte ich im rahmen eines gedenkgottesdienstes eine kurze rede halten, die ich nachfolgend abdrucken werde- ich hoffe das auch andere noch weitere ideen haben um antifaarbeit zu leisten:

jegliche ansätze von fremdenfeindlichkeit, seien sie in wort, schrift, bild oder gar in destruktiv faschistischer musik, müssen auch hier unterbunden werden.auch wir müssen solchen tendenzen dem gar aus machen.wir müssen uns auf die seite der unterdrückten und der wehrlosen stellen, die diese regierung sukzessiv ausgrenzt und ausbeutet, indem ausländer und ausländerinnen in der brd keine rechte haben. sie dürfen zwar für die brd arbeiten, dürfen die kassen der regierung füllen, aber ihre meinung in der kommunalpolitik oder gar in der bundespolitik dürfen sie nicht sagen- ihre meinung zählt hier nicht!!

wir wollen auch fur diese regierung beten, eine regierung die mit ihren gesetzen und ihrem sog. "asylkompromiß" den hass in der bevölkerung geschürt hat.sie hat es möglich gemacht das neofaschismus wieder salanfähig werden konnte.diese regierung muss zurück treten, sie ist ausländerInnen feindlich.wir wollen beten,daß diese regierung den weg gottes geht, den weg der versöhnung mit allen, ob schwarz, rot,weiß oder gelb.jegliche diskriminierung oder marginalisierung ist menschenverachtend und nicht gottes wille.die christlichen parteien stehen hier konträr zu gott und dürfen sich nicht mehr christlich nennen- sie grenzen aus und beuten aus.

wir mussen die augen öffnen und rassistisch-neofaschistische gruppen bekämpfen- auch im knast, damit sich diese menschenverachtenden gruppen nicht weiter ausbreiten können.faschistische parteien gehören nicht in einer demokratischen gesellschaft. bekämpfen wir die neofaschisten wo wir sie treffen-ausgrenzung der rassisten!!

- freiheit für die antifaschisten die in den brd knästen verrecken ;
- freiheit für die politischen gefangenen

lasst uns ausstehen und kämpfen- "krieg den zuständen" hier und auch draussen"

ich denke das es ein großer erfolg war, daß eine solche rede "öffentlich" im knast gehalten werden konnte.ich hoffe das auch andere gruppen im knast die antifa-arbeit **endlich** aufnehmen, damit nicht skins im knast ihre taten weiter ausführen können. alle leute die aktionsideen haben mögen mir bitte schreiben, damit wir ein breites spektrum auf die beine stellen können.habt mut und macht den mund auf, bennent die zustände und schweigt nicht.jeder, jede die schweigt trägt eine mitschuld für den nächsten angriff auf ausländerInnen.wir erst vor kurzem nach solingen deutlich wurde:
- in konstanz wurde ein restaurant niedergebrannt ;
- und in hattingen bei solingen noch ein haus-

mit viel glück gab es diesmal keine toten.wir müssen weiter kämpfen, weiter kämpfen für ein selbstbestimmtes leben.

- freiheit für alle politischen gefangenen ;
- freiheit für alle antifaschistischen gefangenen
- freiheit für mielke der als geisel sitzt ;
- freie kommunikation in den knästen ;

ideen zur weiteren knast antifa-arbeit bitte senden an:

thomas kraemer
postfach 12 04
knast
4156 willich 2 (ab 1 juli 47860 willich 2)

Volxsport



Frau Wiechatzek Gabriele Lehrerin
Berlin Wkr 250 CDU
1000 Berlin 28, Mehringer Str 55
Postanschrift: 5300 Bonn 1, Bundeshaus

EINE VON 521 BEFÜRWORTER/-INNEN DES RASSISTISCHEN "ASYLKOMPROMISSES"!

Wir haben in der Nacht des 24. zum 25.6 das Bundestagsbüro der CDU-Bundestagsabgeordneten GABRIELE WIECHATZEK aufgesucht.

Ort unseres Vorgehens war die Straße Alt-Reinickendorf 38. In diesem Villengebäude sind neben dem bürgernähe suggerierenden Bundestagsbüro von WIECHATZEK der Kreisverband der CDU-Reinickendorf, der dortige JU-Kreis sowie das Bullen- Gewerbeaufsichtsamt integriert.
Unser Vorgehen konzentrierte sich auf WIECHATZEK-bezogene Sprühereien und umfassendes Zu-und Verkleben der Villeneingänge. Die Zusammenstellung der Liste der Berliner Bundestagsabgeordneten, die dem "Kompromiß" zustimmten, vervollständigt unsere Aktion. Sie ist als Beitrag zur "Ent-Anonymisierung" zu verstehen.

Unsere Aktion zielt auf eine der VertreterInnen, die für die aktive rassistische Politik stehen.

Es gilt, all jene die an der rassistischen Verankerung in dieser Gesellschaftsformation mitgestalten, sie verfestigen und davon profitieren sichtbar und öffentlich zu machen - sprich angreifbar.

Der institutionelle Rassismus in Gestalt von Selektion/Regulation von MigrantInnen, elektronisch-militärischer Grenzabschottung, Internierungslagern, bilateralen Deportationsverträgen, Schengener Abkommen, imperialistischer Klassifizierung der Erdteile und dort Lebender etc. bildet stets die Grundlage für den alltäglichen und normalisierten Rassismus - legitimiert in verbrämten "Rechtsklauseln" und Paragraphenwerken.

Hier hat das Zusammenwirken von rassistischer Ideologie und staatlich umgesetzter Bevölkerungspolitik einen weiteren Grad systematischer Perfektionierung erreicht.

Schließlich sei erwähnt, daß der Kreisverband der CDU-Reinickendorf besonders für reaktionäre und rassistische Politik prädestiniert zu sein scheint. Einerseits erfolgten informelle Gespräche und Absprachen auf Bezirksebene vor der BVV-Wahl ´92 mit den "Reps" durch die spätere Gesundheitsstadträtin der CDU Marlies Wanjura bezüglich der Wahl des/der BezirksbürgermeisterIn.
Andererseits konnte der heutige "Deutsche-Liga"-Funktionär und Chef der "Die Nationalen" Frank Schwerdt sein faschistisches Rüstzeug auf lokaler Reinickendorfer CDU-Ebene von ´71-´89 propagieren.

Hieran offenbart sich, daß die Verankerung und Hoffähigmachung von Rassismen kein alleiniger Akt der "großen abstrakten Politik" auf BRD-Ebene ist, vielmehr erfolgt die letztendliche Verfestigung von Rassismus auf den unteren staatlichen und parteipolitischen Gliederungen.
D.h. die regional initiierte rassistische Propaganda muß ebenso konkreter Bestandteil eines autonomen Antirassismus sein bzw. werden.

autonom-antirassistische Gruppe

Frau Barbe Angelika Diplombiologin
Berlin Landesliste SPD
O-1197 Berlin, Pietschkerstr 13

Scheffler Siegfried Straßenbauer, Diplomingenieur
Berlin Wkr 260 SPD
O-1170 Berlin-Köpenick, Hämmerlingstr 50

Wartenberg (Berlin) Gerd Redakteur
Berlin Landesliste SPD
1000 Berlin 36, Muskauer Str 5; F (0 30) 6 18 33 37; Telefax (0 30) 6 18 10 66
Postanschrift: 5300 Bonn 1, Bundeshaus; F (02 28) 16 52 07; Telefax (02 28) 1 68 64 87

Dr Starnick Jürgen Universitätsprofessor
Berlin Landesliste FDP
1000 Berlin 27, Am Krähenberg 43

Dr Röhl Klaus Diplomchemiker
Berlin Landesliste FDP
O-1162 Berlin, Fürstenwalder Damm 327; F (0 03 72) 6 45 45 38

Frau Dr Bergmann-Pohl Sabine Ärztin, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit
Berlin Landesliste CDU
O-1123 Berlin, Florastr 18
Postanschrift: 5300 Bonn 2, Deutschherrenstr 87

Buwitt Dankward Kaufmann
Berlin Wkr 256 CDU
1000 Berlin 49, Wünsdorfer Str 68; F (0 30) 7 45 56 36

Feilcke Jochen Verbandsreferent
Berlin Wkr 254 CDU
1000 Berlin 62, Nymphenburger Str 3; F (0 30) 8 54 55 88 (privat), (0 30) 7 84 83 96 (dienstlich); Telefax (0 30) 7 88 12 39
Postanschrift: 1000 Berlin 62, Rathaus Schöneberg

Skowron Werner H Diplomökonom
Berlin Landesliste CDU
O-1017 Berlin, Leninplatz 32; F (0 03 72) 4 37 70 44

Dr Mahlo Dietrich Rechtsanwalt und Notar
Berlin Wkr 253 CDU
1000 Berlin 15, Bundesallee 221
Postanschrift: 5300 Bonn 1, Bundeshaus; F (02 28) 16 79 10; Telefax (02 28) 16 73 26

Dr Neuling Christian Kaufmann
Berlin Wkr 249 CDU
1000 Berlin 33, Am Anger 11 a; F (0 30) 8 32 48 46 (privat), 66 00 10 (dienstlich); Telefax (0 30) 66 00 11 50 (dienstlich)
Postanschrift: 1000 Berlin 65, Genter Str 9; Telefax (0 30) 4 65 50 70

Dr Pfennig Gero Assistenzprofessor, Rechtsanwalt, Notar
Berlin Wkr 252 CDU
Postanschrift: 5300 Bonn 1, Bundeshaus; F (02 28) 16 38 52; Telefax (02 28) 1 68 68 52

Gibtner Horst Diplomingenieur
Berlin Landesliste CDU
O-1197 Berlin, Rixdorfer Str 13; F (0 03 72) 6 35 09 15
Postanschrift: O-1190 Berlin, Fennstr 16


Kittelmann Peter Rechtsanwalt
Berlin Wkr 251 CDU
1000 Berlin 33 (Dahlem), Im Dol 15; F (0 30) 8 32 67 64; Telefax (0 30) 3 94 86 36
Postanschrift: 5300 Bonn 1, Bundeshaus

Lummer Heinrich Elektromechaniker, Diplompolitologe, Bürgermeister a D, Senator a D
Berlin Landesliste CDU
1000 Berlin 37, Karl-Hofer-Str 39; F (0 30) 8 02 50 00

Thierse Wolfgang Kulturwissenschaftler, Germanist
Berlin Wkr 257 SPD
O-1058 Berlin, Knaackstr 43

Dr Vogel Hans-Jochen Rechtsanwalt, Fraktionsvorsitzender der SPD a D
Berlin Landesliste SPD
1000 Berlin 44, Richardstr 38; Telefax (0 30) 6 23 38 18
Postanschrift: 5300 Bonn 1, Bundeshaus

Dr Scholz Rupert Professor, Bundesminister a D
Berlin Wkr 255 CDU
1000 Berlin 33, Erbacher Str 1; F (0 30) 8 91 17 50; Telefax (0 30) 8 92 51 20



Oberbaumbrücke bleibt zu
Kemmer hau ab !
Wir haben in der Nacht zum 22. Juni in der Helsingforserstr. in Berlin Friedrichshain jede Menge Zucker in einen Kemmer LKW geschüttet.
Wenn Kemmer kaputt - wir Spaß
Die Ello Mörder
BULLEN ERSCHIESSEN MIGRANTENJUGENDLICHE IN FRANKREICH APRIL 93
BULLEN SCHIESSEN AUF EG GEGNERINNEN IN KOPENHAGEN MAI 93
AUS ANLASS DES AKTUELLEN EG - GIPFEL, HABEN WIR DIE KONSULATE VON FRANKREICH UND DÄNEMARK IN FRANKFURT/MAIN IN DER NACHT VOM 23.-24.6.93 MIT STEINEN UND FARBE ANGEGRIFFEN
STOP EG
KEINE FESTUNG EUROPA
KAMPF DEM RASSISMUS

Erklärung zur endgültigen Beendigung des autonomen Zeitungsprojekts "Land Unter"

Das Zeitungsprojekt "Land Unter" ist 1989 als Zeitung für die autonome Szene Schleswig-Holsteins (S-H) entstanden. Wir als Teil der autonomen Szene haben damit die Hoffnung verbunden, die Zeitung über kurz oder lang zu einem Teil der autonomen Organisierung und Diskussion werden zu lassen. Es sollte über kurz oder nicht so lang der Stand erreicht werden, daß die MacherInnen der Zeitung fast nur noch die technische Umsetzung eines von der Szene getragenen Projektes bewerkstelligen.
Es hat sich allerdings relativ schnell gezeigt, daß die praktische Realisierung der Vorstellungen über eine autonome Zeitung kaum möglich ist. Wir mußten fast ständig einen enormen Aufwand treiben, um einen einigermaßen akzeptablen Anteil an Seiten in die Zeitung zu kriegen, die einen S-H Bezug hatten. Wir hatten zwar immer genügend Artikel, um eine Zeitung zu füllen, nie aber auch nur annähernd im Ergebnis eine Zeitung, wie wir sie uns vorgestellt hatten. Vieles war Beschreibung von Aktionen oder es waren Artikel, die zwar wichtig, aber auch schon in anderen Zeitungen veröffentlicht waren. Ob und an was für Themen und Problemen die autonomen Zusammenhänge in Schleswig-Holstein diskutieren, war aus der Zeitung heraus nie zu erkennen. Gerade das aber war einer der zentralen theoretischen Ansätze der Zeitung.

Über die Dauer der verschiedenen Ausgaben hat sich die Unzufriedenheit, auf deren genauere Gründe wir später noch eingehen werden, nach und nach aufgestaut. Nach eineinhalb Jahren "Land Unter" war das Ergebnis unserer Unzufriedenheit über das Projekt Autonome Zeitung für S-H, Aufforderungen an die Autonome Szene in die Öffentlichkeit zu bringen, zu "Ihrem" Projekt Stellung zu beziehen, sozusagen die Verhältnisse zu klären.
Aus einer dieser Aufforderungen ein kurzes Zitat:
"Wenn wir (RED) nicht als ZeitungsmacherInnen Inhalte/Formen usw. isoliert selber bestimmen sollen, sondern die Ztg. Ausdruck von/Forum für die Szene/Bewegung sein soll, sind wir auf eure Mitarbeit angewiesen. In den Vorworten der einzelnen Ausgaben forderten wir Euch immer wieder auf, die Ztg. als euer Forum für Informationen/Diskusionen zu nutzen, Veränderungsvorschläge, Kritiken zu schicken. Da kam nicht viel nach. Vieleicht ist ein globaler Appell nicht so effektiv. deshalb haben wir uns überlegt, euch als Gruppe/Zusammenhang direkt anzusprechen......

Die Reaktionen auf unseren Brief waren erstens mager, zweitens aber auch frustrierend was den Inhalt betrifft. Uns wurde vor Augen geführt, daß die Verankerung der Zeitung in der "Szene", in den politischen Zusammenhängen nicht stattgefunden hat. Selbst die Infoläden, die an "unseren" Medien eigentlich ein hohes Interesse haben sollten, waren nicht in der Lage, ihre Beziehung zur Zeitung zu klären.
Nachdem wir durch die Nichtreaktion auf unsere Fragen realisieren mußten, daß alle oder doch die meisten der Gründe, warum wir eine Zeitung machen wollten, bzw. warum es so wichtig ist, daß es eine autonome Zeitung für S-H gibt, hinfällig sind, kamen wir ernsthaft über die Zukunft des Projektes ins Grübeln.
Wir haben daraufhin die Entscheidung getroffen, das Projekt "Land Unter" vorläufig auf Eis zu legen, um darüber nachzudenken, ob eine autonome Zeitung noch Sinn macht. Wenn nicht, dann zu überlegen, ob es eine Perspektive für eine andere Art von Zeitung gibt. Klar ist, daß wir nach wie vor Zeitungen für wichtige Mittel der Kommunikation und Diskussion halten, sie müssen bloß auch angenommen werden.
Relativ schnell sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß eine rein autonome Zeitung für uns/fürS-H zur Zeit keinen Sinn macht. Eine Zeitung auf breitere Füße zu stellen, hatten wir zwar angedacht, allerdings durch Terminschlamperei und Zweifeln an der Machbarkeit ist die Idee wieder so weit weggerutscht, daß wir uns letztendlich entschieden haben, die Sache ganz sein zu lassen.
Daß oben geschilderte war ein allgemeiner Ablauf der Geschichte zur Einstellung der Zeitung. Ausser dem beschriebenen gescheiterten Beziehungsgeflecht zwischen Zeitung und LeserInnen gibt es unserer Einschätzung nach sehr konkrete Gründe, die zur Beendigung des Projektes beigetragen haben bzw. ursächlich sind. Die Gründe warum eine Zeitung entsteht und auch wieder eingeht sind nicht nur in Unzufriedenheiten und Unverbindlichkeiten zu suchen, die unabhängig von der Zeit, in der wir leben, unabhängig vom Subjekt, auf das sich bezogen wird (in diesem Fall die autonome Szene), abstellbar sind. Alle Schwächen, Fehler und Unfähigkeiten, die in der autonomen Szene im allgemeinen vorhanden sind, lassen sich auch in der Redaktion der Zeitung wiederfinden, eben weil wir in der Hauptsache eine autonome Redaktion waren. Wir werden uns also an unseren Fehleinschätzungen abarbeiten, in der festen Überzeugung, daß sie auf die gesamte autonome Szene verallgemeinbar sind. (Eventuelle Aussnahmen sind Randerscheinungen und bestätigen eher die Regel)
Als wir uns entschlossen haben, eine autonome Zeitung zu machen, sind wir davon ausgegangen, daß es in der autonomen Szene einen Bedarf dafür gibt, über den regionalen Tellerrand hinauszugucken, zu erfahren, was in anderen Städten so an Aktionen laufen, welche Diskussionen andere Gruppen führen, aber auch eigene Diskussionen zu vermitteln. Wir haben geglaubt, daß es einen realen Bedarf an überregionalen Diskussionen und Organisierung gibt. Realer Bedarf zeigt sich unserer Meinung nach an der kontinuierlichen Praxis überregionaler Diskusionen und Strukturen. Weil alle Versuche, überregionale Strukturen zu schaffen, die über persönliche Beziehungen hinausgehen sehr schnell und schon an den kleinsten Schwierigkeiten gescheitert sind, können wir behaupten, daß es einen realen! (im Gegensatz zum theoretischen oder objektiven) Bedarf nicht gibt. Dieser Ausgangspunkt war unsere erste und vielleicht entscheidende Naivität. Wir hätten uns nur die Praxis unserer eigenen Gruppen ansehen müssen um zu erkennen was Sache ist!

1.Diskussionen, die über den Versuch der Begründung von bevorstehenden oder gelaufenen Aktionen hinausgehen, finden in der autonomen Szene nicht statt. Wir als Redaktion haben uns anfangs strickt an diese Tatsache gehalten. Diskussionen über den Inhalt oder die Techniks der Zeitung hinaus fanden nicht statt. Spätere Versuche, den Status Quo zu verändern, sind in der Unmöglichkeit, längerfristige und perspektivische Diskussionen zu führen gescheitert. Unmöglich deswegen, weil die autonome Szene es verlernt oder gar nicht erst gelernt hat, Diskusionen über längere Zeiträume ober eben perspektivisch zu

führen. deswegen ist es dank autonomer Sozialisierung tatsächlich unmöglich, Perspektivdiskusionen zu führen. Dazu kommt dann noch die persönliche Unfähigkeit, sich auf Sachen zu beziehen, die drei Wochen vorher diskutiert wurden, und schon ist die Lage hoffnungslos. Ein oder zweimal konnten wir diesen Zustand durchbrechen. Die Diskussionen waren dann aber von der Unfähigkeit gleichberechtigt und solidarisch zu reden, geprägt. Wissensvorsprünge und rhetorische Kniffe haben dazu geführt, andere Ansätze gar nicht erst aufkommen zu lassen. Hier sind aus einer falschen Position der Stärke heraus bestimmte Inhalte durchgedrückt worden. Die Begründung warum wir die krumme Art und Weise letztendlich akzeptiert haben, war der Zeitdruck durch die gerade entstehende Zeitung. Anschlußdiskussionen, die wir führen wollten, fanden aus verschiedenen Gründen nicht statt. Im Ergebnis heißt daß, wir haben von der Szene Dinge verlangt, die wir selbst gar nicht können.

2. Mehr oder minder in die selbe Kerbe wie Punkt1. schlägt die Tatsache, daß autonome Politik sich damit zufrieden gibt, auf der Basis von "Halbwissen" Aktionen vorzubereiten und durchzuführen. Inhaltliche Diskussionen sind nur bis zu dem Zeitpunkt wichtig, bis sich die gedachte "Wahrheit" einigermaßen wiederspruchslos begründen läßt. Genaueres und langfristiges Hinterfragen einmal angenommener Positionen stört nur die Vorbereitung der nächsten Aktion. Und Aktion ist nun Mal das Non plus Ultra autonomer Identität. Dieser Mechanismus hat unsere Arbeit von Anfang an geprägt. Das einmal überlegte Zeitungskonzept haben wir versucht beizubehalten, Widersprüche in klassisch reformistischer Manier vertuscht. Wenn bestimmte Dinge z.B. Diskussionspapiere oder Hintergründe von Aktionen, die elementarer Bestandteil der Zeitung sein sollten, von der Szene nicht geliefert wurden, haben wir uns den Arsch aufgerissen, um sie selber ranzuschaffen. Den Schein wahren, heißt die Zeitung wahren.. Das Grundkonzept haben wir letztendlich erst in Frage gestellt, nachdem wir uns entschlossen hatten die Zeitung endgültig einzustellen. Danach ist genau daß passiert, was einige von uns schon vermutet hatten: wenn es keine konkrete Planung für die nächste Zeitung gibt, wird über kurz oder lang die Redaktion zerfallen. Diesen Zustand haben wir jetzt. Wir haben uns nur noch mal zusammengerauft, um die Gründe für unser Scheitern zu vermitteln. Wichtig war uns hier, daß andere unsere Erfahrungen mitbekommen, um ihnen die Fehler, die wir gemacht haben, zu ersparen. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeit offen machen, nochmal gemeinsam mit der Szene unsere Geschichte zu reflektieren. Wir finden es generell einfach wichtig, eigene Erfahrungen auch nach dem scheitern von (Zeitungs-) Projekten allen Interessierten zugängig zu machen. Vielfach passiert es, autonome Projekte still und heimlich einschlafen zu lassen. Auch wir waren der Versuchung nahe.

3. Die praktische Fähigkeit und Bereitschaft zu überregionaler Diskussion und Organisierung innerhalb der autonomen Szene ist sehr mager. Die Realität ist eher von zwei Extremen geprägt. Einerseits die auf die eigene Stadt/Region fixierte Arbeit oder aber die bundesweite Mobilisierung. Dazwischen herrscht meist gähnende Leere. Wir waren als Redaktion nicht in der Lage, aus unserer Zusammensetzung heraus (verschiedene Städte, verschiedene Gruppen) organisierende oder koordinierende Momente zu entwickeln. Wir haben entweder in unseren Gruppen gearbeitet oder sind zum Zeitung machen zusammengekommen. Zutun hatte beides in der Praxis nichts miteinander. Selbst wenn wir es gewollt hätten, sind unsere Gruppen aufgrund ihrer Strukturen längerfristig gar nicht in der Lage, überregionale Ansätze zu ent[illegible]eln.

Dieselbe Erkenntnis ziehen wir letztendlich auch aus dem Umgang mit der Besetzung in Norderstedt,einem der längsten und umfassendsten Kämpfe, die wir in Eigenverantwortung je mitgetragen haben. Die autonome Szene bzw. in diesem Fall die gesamte radikale Linke in S-H war zwar in der Lage, in kürzester Frist einen Konvoi zu organisieren, der die Flüchtlinge aus der Ex-DDR wieder nach NMS und danach nach Norderstedt brachte, aber die Betreuung und Begleitung des langfristigen Kampfes in der Kirche in Norderstedt konnte einzig und allein auf der Grundlage individueller Entscheidungen geführt werden. Alle Versuche , landeswite Unterstützungsstrukturen zu schaffen, sind sehr schnell gescheitert. Selbst die inhaltliche Begründung der Unterstützung des Kampfes der Flüchtlinge um Bleiberecht war nur bruchstückhaft und durch individuelle Initiativen möglich. Die wenigen GenossInnen, die diesen Kampf voll zu ihrem gemacht haben, waren gnadenlos überfordert, ihn in seiner ganzen Breite zu führen. In jede der oben genannten Erkenntnisse könnten wir ohne weiteres statt des Kampfes der Flüchtlinge auch das Zeitungsprojekt "Land Unter" einsetzen, es würde an der Richtigkeit nichts ändern.

4. Die Land Unter ist als Zeitung auf der Grundlage einer Bewegung, der autonomen konzipiert worden.. Hier war unser Hauptarbeitsfeld, wir kamen ja alle aus ebendieser. Eine Bewegung lebt allerdings von der Dynamik, d.h. sie muß sich aus sich selbst heraus reproduzieren und erweitern. Allerdings spätestens nach der Wende 1983 (Ende der Sozialliberalen Koalition/Regierungsübernahme durch CDUCSUFDP) wurden von Seiten der Herrschenden die Grundlagen gelegt, der autonomen Bewegung den Garaus zu machen. Die Autonomen haben auch! davon gelebt, mit ihren Themen und Aktionen auf mehr oder minder große Sympathien in der Bevölkerung zu stoßen. Die reaktionäre Mobilisierung hat dem weitgehend den Boden entzogen. Wir mußten wahrnehmen , immer mehr in einer weitgehend feindselig eingestellten Umgebung zu agieren. Dieser Umstand hat zu einem Stillstand der autonomen Bewegung geführt. Seit dem Ende des real existierenden Sozialismus ist dieser Stillstand in den offenen Zerfall der autonomen Bewegung übergegangen. Der Zerfall des Subjekts, auf das sich die Zeitung bezogen hat, kann an ihr nicht spurlos vorbeigehen.

Grundsätzlich haben wir es versäumt, in Zeiten wo dies noch auf größerer Grundlage möglich gewesen wäre, Zusammenhänge zu schaffen, die auch unabhängig von Zeitgeist und Bewegungsdynamik politikfähig sind..

Jetzt müßten wir uns umgucken wo denn noch Reste der ehemaligen arbeiten. Weil wir uns als Zeitung auf Gedeih und Verderb der Bewegung verschworen haben, ist ihr Zerfall auch unser Zerfall.

Wenn sich an einem ganz bestimmten Bereich, nämlich der Antifa, die Dinge etwas anders darstellen , liegt das nur an dem besonderen Thema. Die Antifa ist der einzige Bereich, in dem es zur Zeit größere Ansätze zur überregionalen Organisierung gibt. Allerdings haben wir als autonome Zeitung reichlich wenig Einfluß auf diesen Bereich, weil die Antifa einerseits eigene Medien hat und sie sich keineswegs als autonom, sondern ausdrücklich als Antifa definiert. Mit unserem über einen bestimmten Bereich hinausgehenden Ansatz können wir die überwiegende Mehrheit der Antifa gar nicht erreichen. Dazu kommt, daß sie unabhängig von einigen theoretischen Ansätzen praktisch durch und durch defensiver Natur ist. Die Verwirklichung und Durchsetzung utopischer Vorstellungen sind in ihr absolut zweitrangig. Oberstes Gebot antifaschistischer Politik ist die Verhinderung und Abwehr faschistischer Mobilisierungen.-

Eine bessere Welt ist mit Anti-Nazi-Politik nicht zu erkämpfen. Nur deswegen ist die Antifa nicht so vom Zerfall betroffen, wie die autonome Bewegung. Ihr zentraler Inhalt ist durch den allgemeinen Utopieverlust und die Perspektivlosigkeit nicht berührt.Wir haben die Antifa zum schluß nur noch mal erwähnt, weil wir sie aus unserer Analyse ausdrücklich rausnehmen. Es könnte ja sein, daß mensch aus Erscheinungen der Antifa herraus unsere Analyse für falsch hält. Wir glauben nicht, daß es korrekt ist, die Antifa einfach zu den Autonomen zu zählen. sie ist ganz anders zusammengesetzt.

Alles in allem sehen wir in unserem Zeitungsprojekt zur Zeit keinen Sinn. Wenn sich noch irgendwo etwas bewegt, so hat das mit einer Zeitung und dem, was sie leisten könnte, sehr wenig zu tun.

Es kann allerdings sein, daß wir in unserem Sumpf die Situation falsch einschätzen, die Konsequenzen daraus zu ziehen wäre allerdings eure Aufgabe.

GEMEINSAM ZUM PROZESS GEGEN INGRID JAKOBSMEIER !!!

Seit dem läuft im Stuttgart Stammheimer Prozeßbunker der Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier, Gefangene aus der RAF.
Ingrid wurde im Sommer '84 verhaftet, ein. Jahr später zu 9 Jahren Knast verurteilt und sollte im Sommer dieses Jahres rauskommen.
Anfang '92 leitete die Bundesanwaltschaft (BAW) ein neues Verfahren gegen sie ein. Die Anklage lautet auf mehrfachen Mordversuch und bezieht sich auf die Aktionen der RAF gegen den damaligen US-General Kroesen und den US-Stützpunkt Ramstein 1981.
Die BAW stützt sich auf die sogenannten "Kronzeugenaussagen" dert ehemaligen RAF-Militanten, die Anfang der '80er aus der RAF ausgestiegen waren, sich in der DDR eine neue Existenz aufbauten und dort 1989 verhaftet wurden.
Ähnliche Verfahren wie jetzt gegen Ingrid sind nach dem Prozess gegen Christian Klar gegen 5 weitere Gefangene geplant, die teilweise schon 14 Jahre im Knast sitzen, und die, wie jetzt Ingrid, zu lebenslänglich verurteilt und für ewig im Knast eingemauert werden sollen.
Der Prozeßverlauf ist, wie bei allen Verfahren gegen Leute aus der RAF oder anderen linken Zusammenhängen, gewohnt krass: Verteidigeranträge werden mit vorformulierten Begründungen abgelehnt, Akteneinsicht verwehrt oder Akten nur unvollständig ausgehändigt, die Kronzeugen plappern nach, was ihnen die BAW in den Mund legt, über augenfällige Widersprüche in deren Aussagen wird natürlich einfach hinweggegangen usw. usf. .
"Ob sie verurteilt werden oder nicht, liegt nur an ihnen", so der vorsitzende Richter, und meint damit, daß "Beweise" eh keine Rolle spielen und Ingid entweder selbst zur "Kronzeugin" wird oder ihr Urteil (lebenslänglich) kassieret.
Ingrid geht es natürlich entsprechend beschissen. Wir wollen sie in dieser Situation nicht allein lassen, und finden es unabhängig davon, welchen Weg sie selbst und andere gehen oder sich für die Zukunft vorstellen, richtig, uns für unsere gefangenen Genossen und Genossinnen einzusetzen.
Wir wollen versuchen Solidarität mit Ingrid und allen anderen politischen Gefangenen zu organisieren. Deshalb machen wir ein Treffen zu ihrem Prozeß. Wir wollen mit möglichst vielen Leuten nach Stammheim fahren.
Zu dem Treffen haben wir Diskussionsbeiträge vorbereitet, wollen uns aber nach den Vorschlägen/Bedürfnissen aller Interessierten richten. Genauso wollen wir auch den Termin für einen Prozeßbesuch mit möglichst vielen anderen absprechen. Es kommt auch eine Besucherin/Prozeßbeobachterin von Ingrid.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

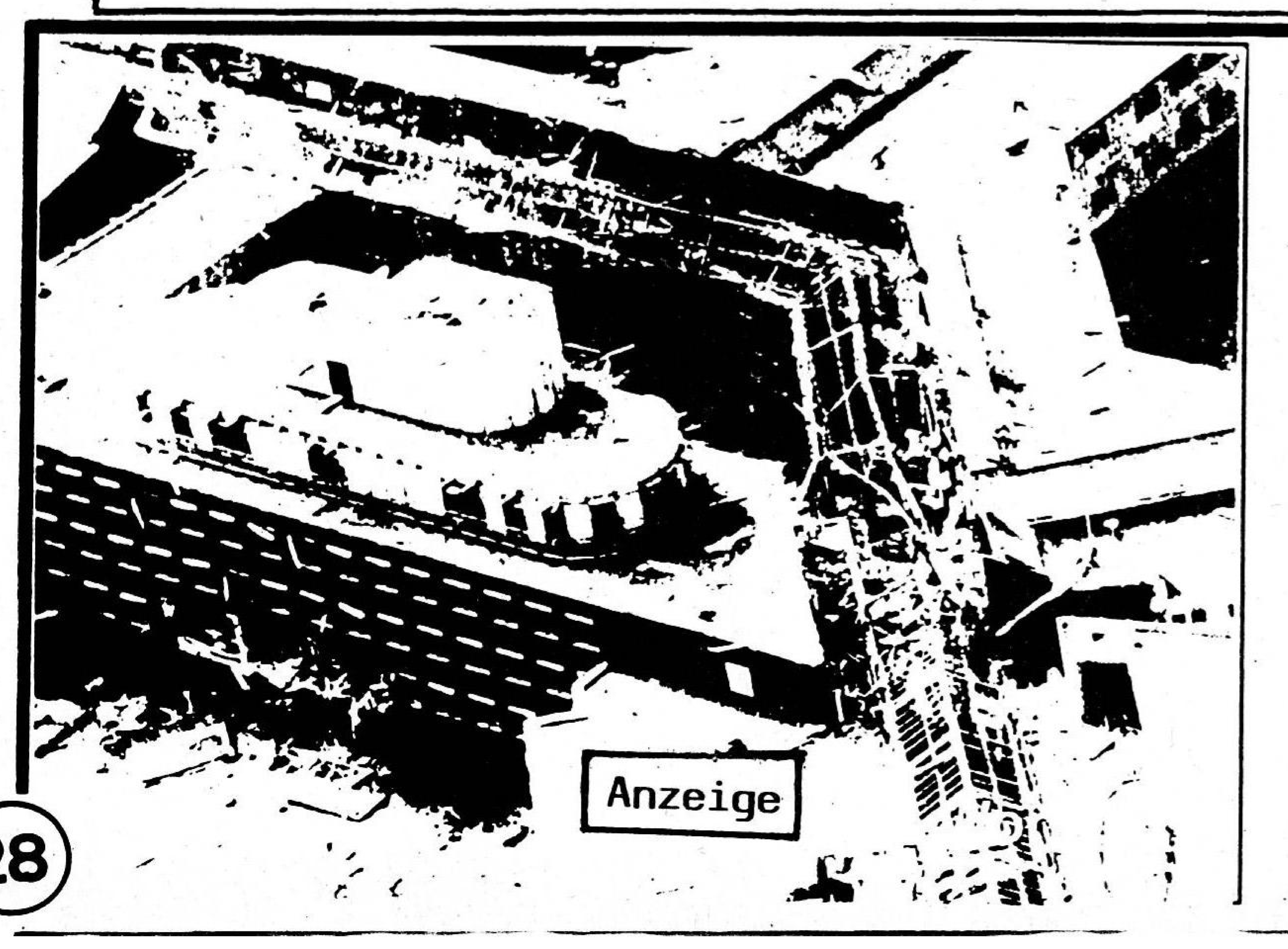
7.7.93, 19.30 Uhr

Kreuzbüro

Großbeerenstr. 89, 1/61



Ingrid Jakobsmeier im Prozeß



Von der nebenstehenden Postkarte wurde aus gegebenem freudigen Anlaß eine Serie mit vier verschiedenen Textaufdrucken aufgelegt: **»Ohne Worte«, »Wenn kaputt wir Spaß«, »Für eine Gesellschaft ohne Knäste« und »Freiheit für alle politischen Gefangenen«.**
Sie sind im Pack ab 100 Exemplaren für 10,– DM plus Porto bei folgenden Infoläden zu bestellen: Bielefeld, Bonn, Darmstadt, Dortmund, Köln, Oberhausen. Da es das Platzangebot dieser Anzeige übersteigt, schaut bitte wegen den Adressen in diverse links-autonome Kalender, bzw. Regional- oder Stadtzeitungen. Eventuelle Überschüsse werden auf das Angehörigen-Konto überwiesen.

Aufruf zur Freilassung von Irmgard Möller und Bernd Rössner

Irmgard Möller und Bernd Rössner sind Gefangene aus der Roten Armee Fraktion (RAF) in der BRD.
Irmgard Möller wurde am 8.7.1972 verhaftet, Bernd Rössner am 25.4.1975. Beide waren von Anfang an - wie alle Gefangenen aus der RAF und anderen bewaffnet kämpfenden Gruppen - zerstörerischen Haftbedingungen, insbesondere der Isolationshaft, unterworfen.

Irmgard Möller wurde wegen der Angriffe, die die RAF im Mai 1972 gegen Einrichtungen des US-Militärs in der BRD zur Unterstützung des Befreiungskrieges in Vietnam unternommen hatte, zu lebenslänglich und 15 Jahren Haft verurteilt. Das Urteil beruhte allein auf der Aussage eines ehemaligen RAF-Angehörigen, der nach jahrelanger Isolationshaft zusammengebrochen war und sich dem Staat als Kronzeuge zur Verfügung gestellt hatte. Als Gegenleistung wurde ein nachweisbarer Mordvorwurf gegen ihn fallengelassen.
In der Nacht zum 18.10.1977 wurden im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe getötet, Irmgard Möller durch Messerstiche schwer verletzt. Sie hat dazu, entgegen der staatlichen Version, immer erklärt, daß die Gefangenen keinen Selbstmord begangen haben.
Seit 1980 ist sie in Lübeck in einer isolierten Kleingruppe mit zwei bis vier Frauen aus der Guerilla inhaftiert.
1987 lehnte ein Gericht die gesetzlich mögliche bedingte Freilassung ab, weil sie sich nicht vom revolutionären Kampf distanziert und ihre politische Identität bewahrt hat.
1992 beantragte sie erneut eine Haftüberprüfung, über die bis heute nicht entschieden wurde.
Irmgard Möller muß sofort und bedingungslos freigelassen werden.

Bernd Rössner war Mitglied eines Kommandos der RAF, das im April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm besetzte, um die Freilassung von 26 politischen Gefangenen durchzusetzen.
Er wurde im Juli 1977 zu zweimal lebenslänglicher Haft verurteilt.
In den folgenden Jahren wurden mehrere Anträge von ihm auf Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF abgelehnt. Zusätzlich zur Isolation wurde er ständig schikaniert und mehrfach vom Wachpersonal brutal verprügelt.
Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich durch diese Bedingungen immer mehr. Bereits 1986 hatten Besucher den Eindruck, daß Bernd Rössner deshalb haftunfähig sei. 1988 stellte auch ein medizinischer Gutachter fest, daß Bernd Rössner zu krank für den normalen Vollzug sei. Er empfahl, ihn in die Psychiatrie zu verlegen, weil sein Wille, sich nicht zu unterwerfen, ungebrochen war. Es änderte sich jedoch nichts.
Im März 1990 lehnte ein Gericht die gesetzlich mögliche bedingte Freilassung ab, weil auch er sich nicht vom revolutionären Kampf distanziert hat.
Anfang 1991 stellte Bernd Rössners Mutter beim Bundespräsidenten ein Gnadengesuch für ihn. Im Sommer 1992 sagte der Bundespräsident seinen Anwälten gegenüber zu, daß er Bernd Rössner im Oktober 1992 begnadigen werde. Diese Zusage hielt er jedoch nicht ein. Stattdessen erhielt Bernd Rössner im November 1992 eine Haftunterbrechung von 12 - 18 Monaten, um sich einer Therapie zu unterziehen. Was nach dieser Zeit geschehen wird, ist offen. Es ist zu befürchten, daß Bernd Rössner erneut inhaftiert wird. Das würde sein Leben erneut ernsthaft bedrohen.
Bernd Rössner muß draußen bleiben!

Wir stellen fest, daß die in der BRD praktizierte Isolationshaft, in der Irmgard Möller seit 21 Jahren lebt, in der Bernd Rössner in über 17 Jahren lebensbedrohlich krank geworden ist, und der alle Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand zum Teil seit über 15 Jahren ausgesetzt sind, gegen das Verbot der unmenschlichen Behandlung von Gefangenen, gem. Artikel 7 des UN-Pakts über die bürgerlichen und politischen Rechte, zu dessen Einhaltung die BRD völkerrechtlich verpflichtet ist, verstößt.

Wir stellen weiterhin fest, daß die Isolationshaft eine Menschenrechstverletzung ist, für die die Regierung der BRD, die Staatsschutzbehörden und die Justiz verantwortlich sind.

Wir erinnern daran, daß der UN-Menschenrechstausschuß die BRD-Regierung deshalb mehrfach - 1978, 1986 und 1990 - zum Teil massiv kritisiert hat.
Wir fordern:

Irmgard Möller muß sofort und bedingungslos freigelassen werden!

Bernd Rössner darf nicht erneut inhaftiert werden!

Sofortige Freilassung der haftunfähigen Gefangenen!

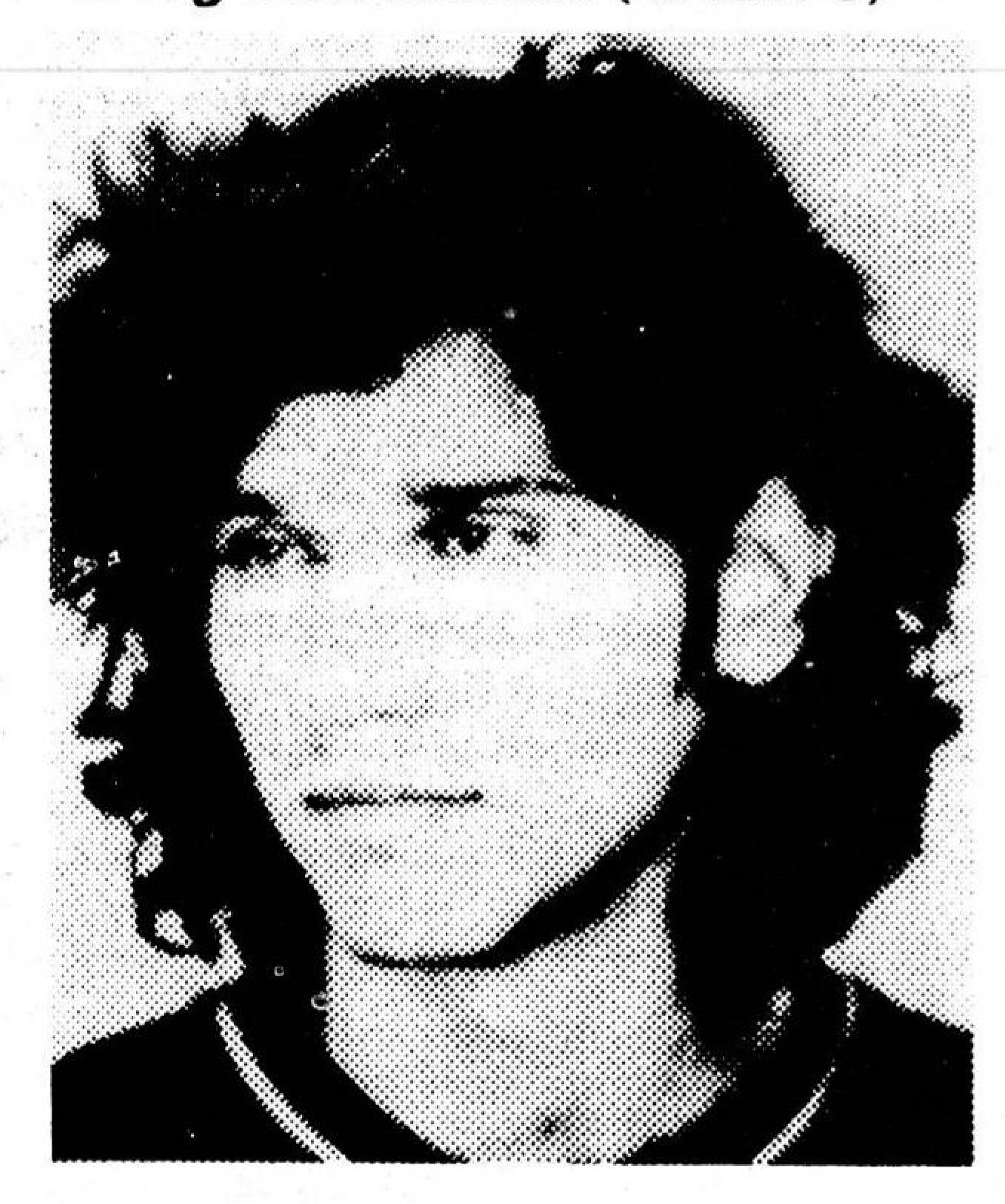
Zusammenlegung der übrigen politischen Gefangenen mit der Perspektive ihrer Entlassung!

Zu den unzählig vielen Menschen, die überall auf der Welt im Kampf um Befreiung gefallen sind, gehören auch unsere toten Genossinnen und Genossen aus der BRD. Einige sind bei Unfällen ums Leben gekommen, die allermeisten wurden durch Vertreter des Staates gezielt getötet, draußen oder im Gefängnis. Sie sind uns nahe, wir werden sie nicht vergessen. Es sind:

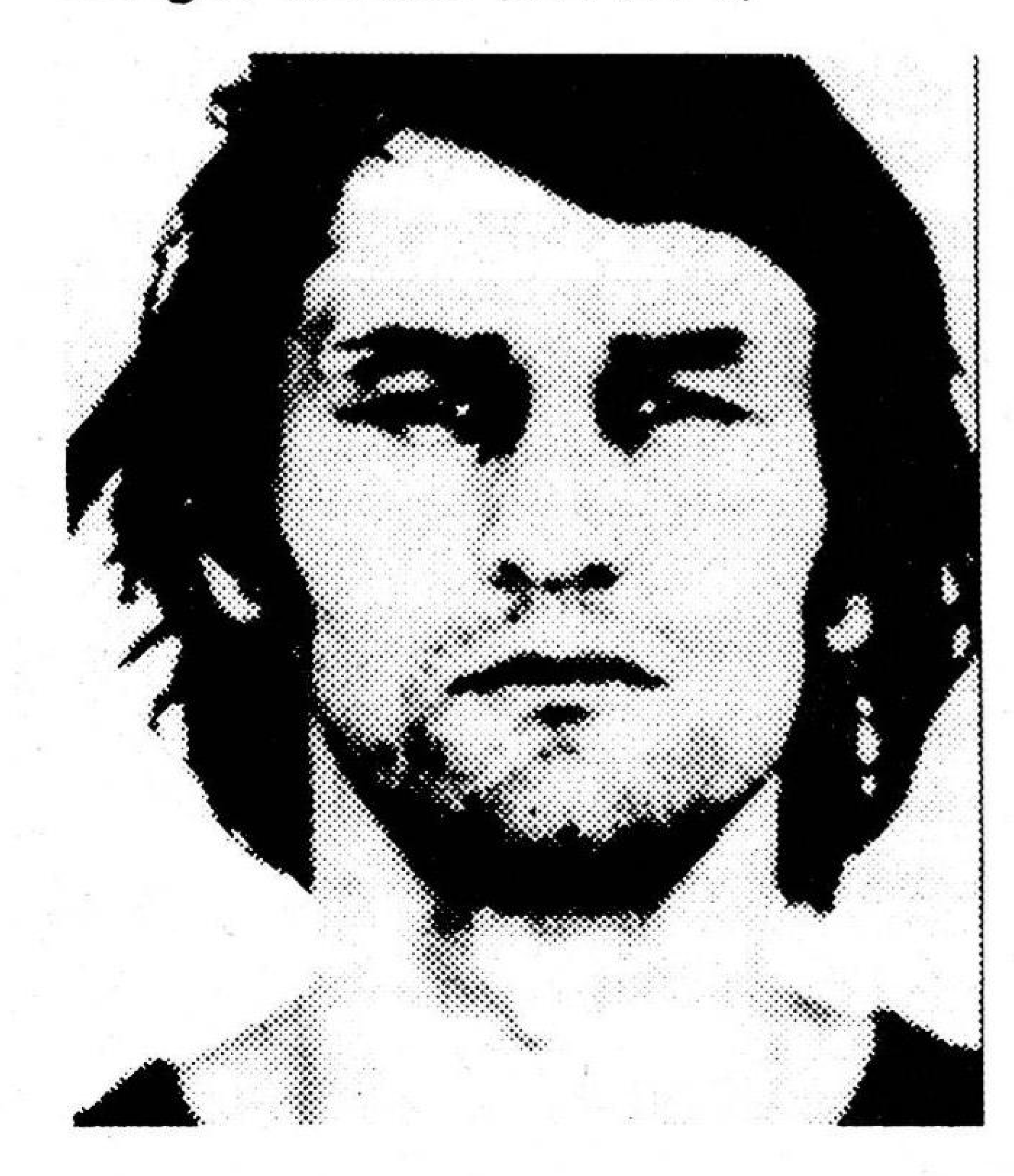
Petra Schelm (15.7.71)



Georg von Rauch (4.12.71)



Holger Meins (9.11.74)

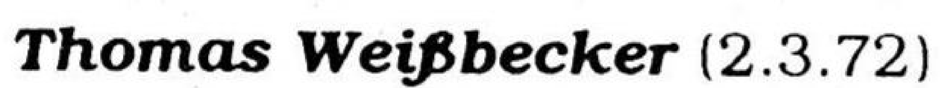


Ulrich Wessel (25.4.75)

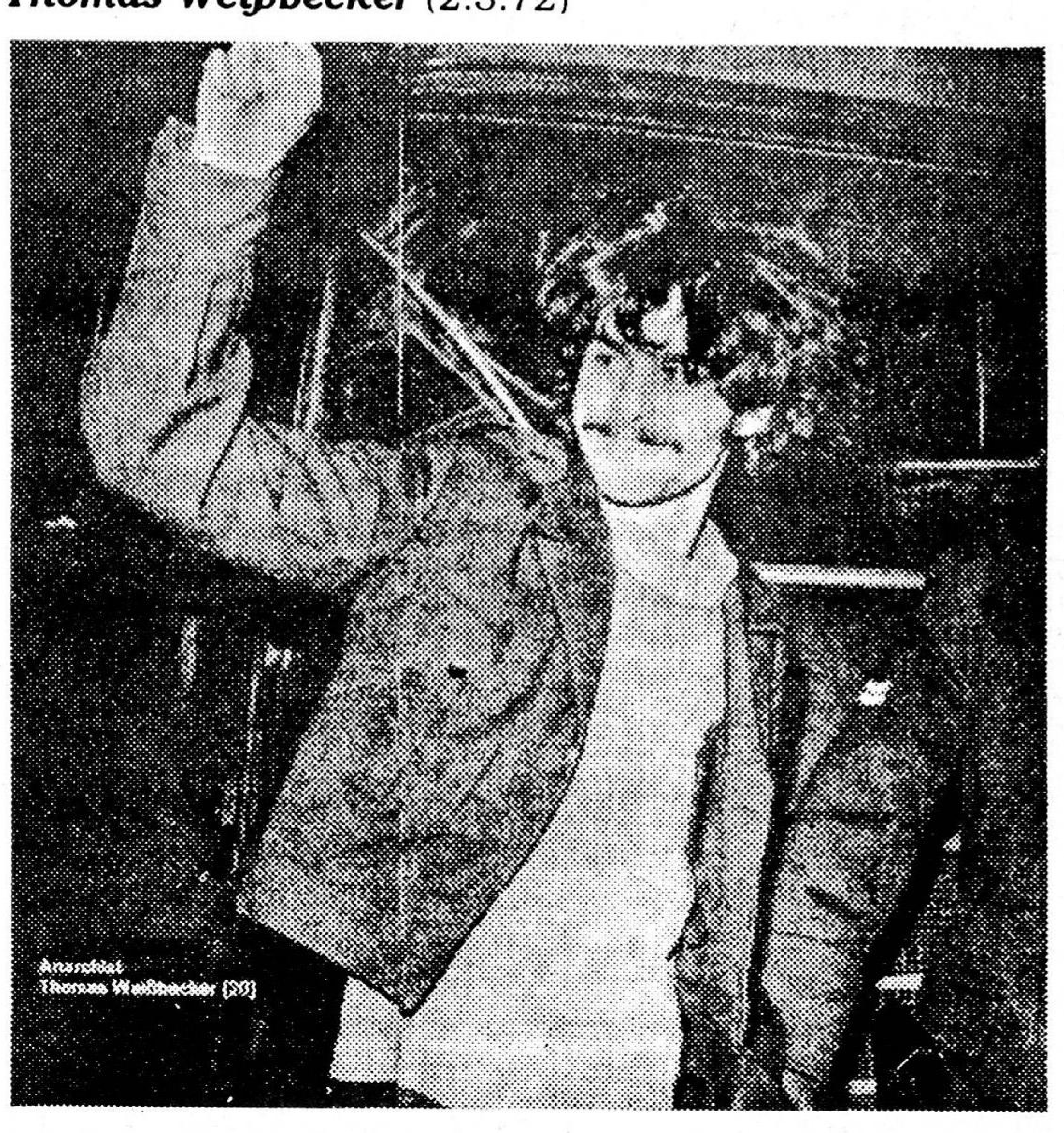


Siegfried Hausner (4.5.75)

Willy Peter Stoll (6.9.78)

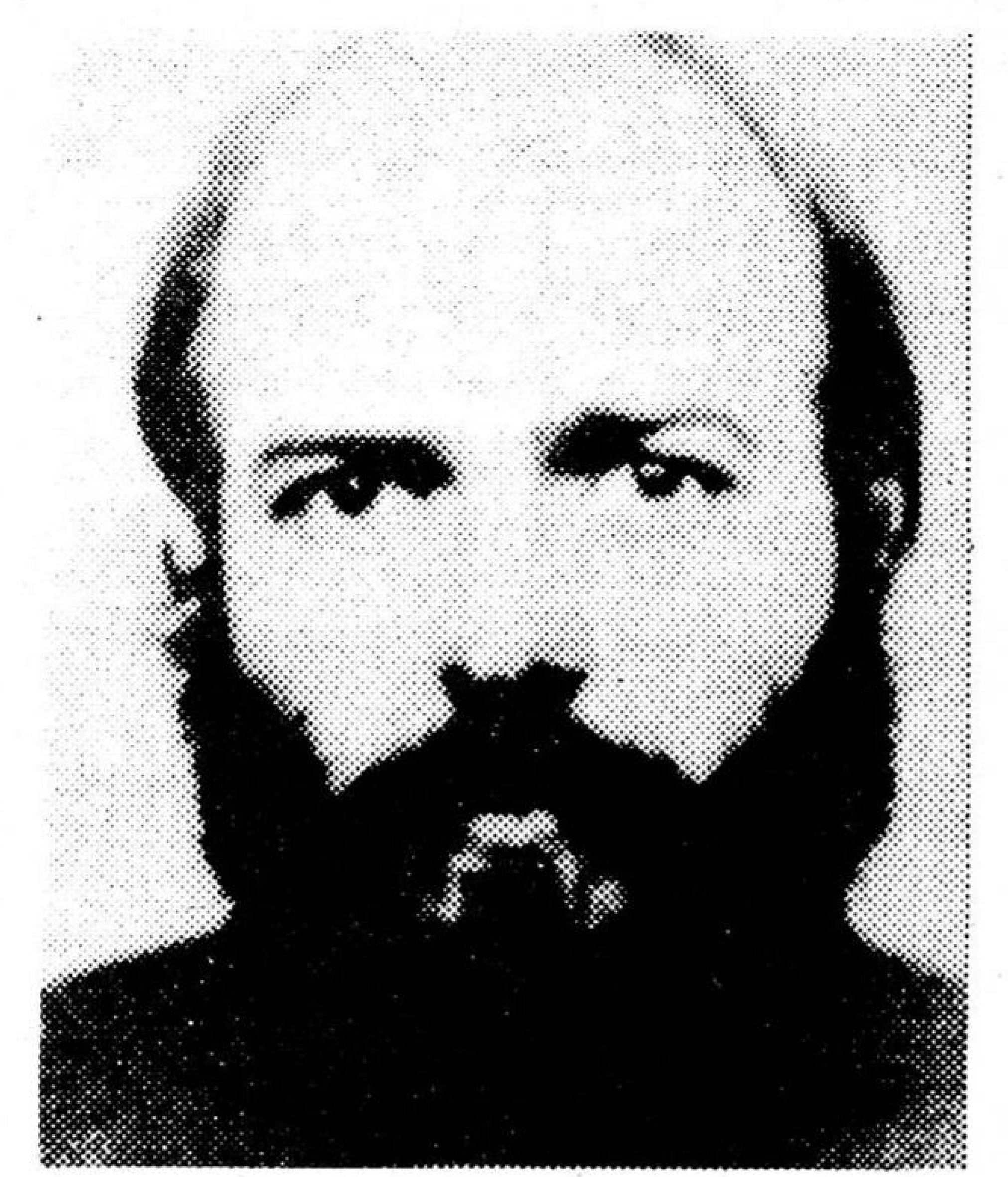


Thomas Weißbecker (2.3.72)





Werner Sauber (9.5.75)



Wolfgang Beer (25.7.80)

Juliane Plambeck (25.7.80)

Johannes Thimme (20.1.85)

Jürgen Pemöller

Michael Knoll (25.9.78)

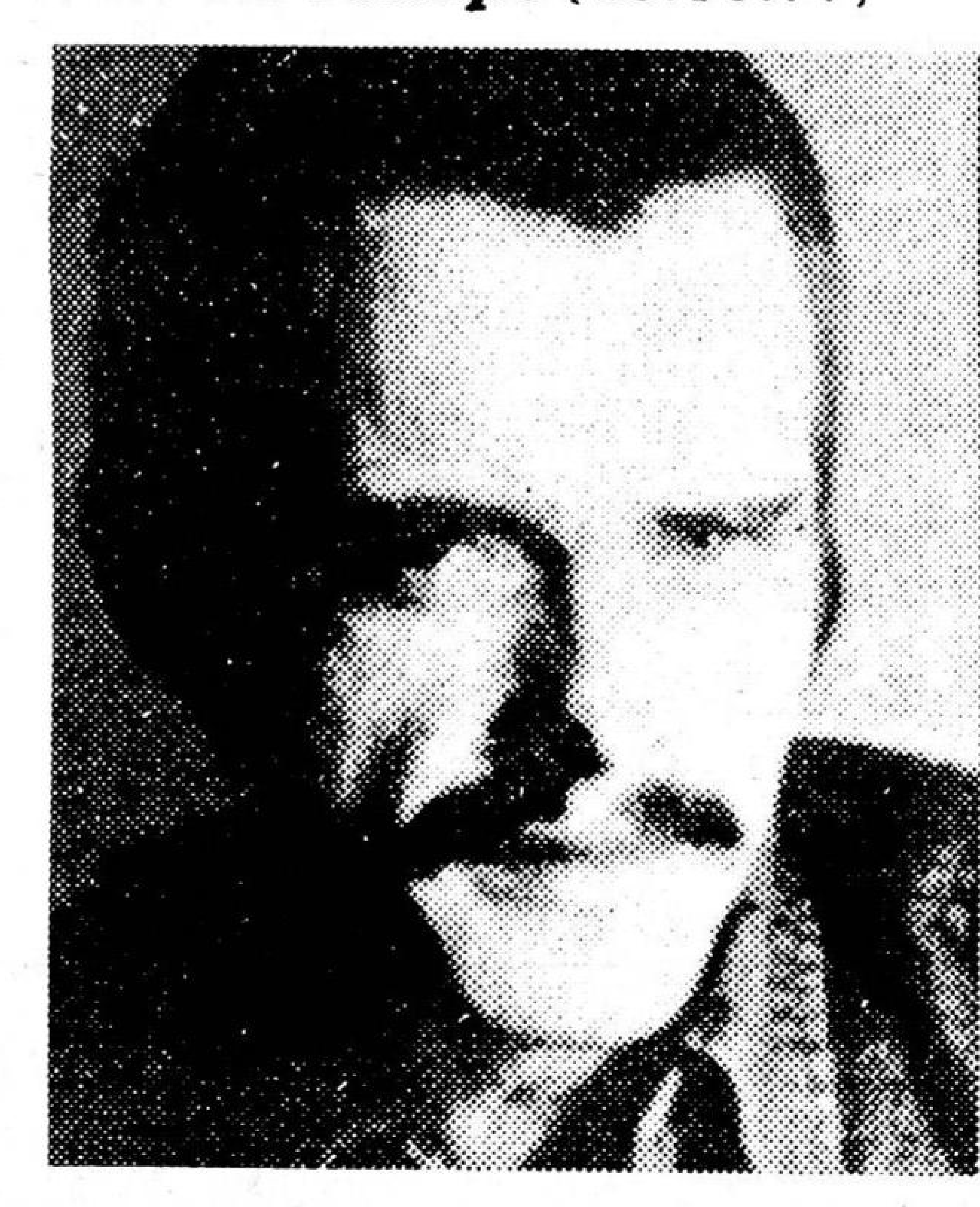
Andreas Baader (18.10.77)



Gudrun Ensslin (18.10.77)



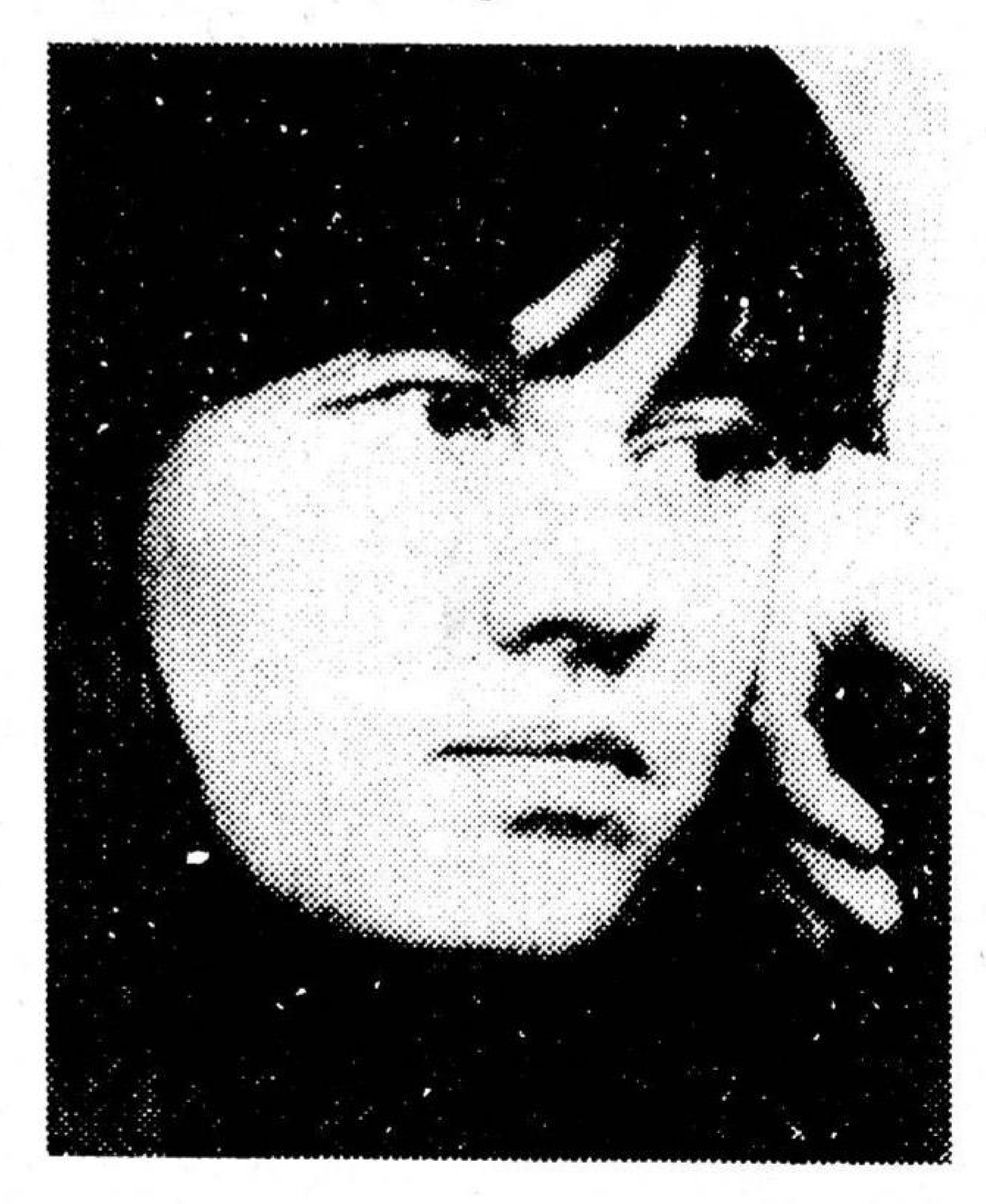
Jan Carl Raspe (18.10.77)



Katharina Hammerschmidt (29.6.75)



Ulrike Meinhof (9.5.76)



Ingrid Schubert (12.11.77)



Elisabeth van Dyck (4.5.79)



Sigurd Debus (15.4.81)



Wolfgang Grams 27.6.1993

Solidaritätsbewegung der ErzieherInnen dre Bewegung der arbeitenden Kinder in Nicaragua

Delegationsreise im Juni/Juli 1993

ZUR DELEGATION

Zwei VertreterInnen der *Solidaritätsbewegung der ErzieherInnen mit den arbeitenden Kindern aus Nicaragua* werden im Juni d.J. die BR Deutschland besuchen. Vom 21.06. bis 05.07. wird die Delegation auf Einladung verschiedener Solidaritätsgruppen in Berlin und den Neuen Bundesländern sein.

ANLASS DER RUNDREISE

Zwei Jahre nach dem Regierungswechsel in Nicaragua ist die von der Mehrheit der Bevölkerung erhoffte politische Stabilisierung noch längst nicht eingetreten. Von einer funktionierenden Administration und Ökonomie kann noch keine Rede sein. Das letztes Jahr auf Druck des IWF durchgeführte Strukturanpassungsprogramm, hat die wirtschaftliche und soziale Krise enorm verschärft und das auch in anderen Ländern der sogenannten "3.Welt" bekannte Karussel der Verelendung weiter beschleunigt: Privatisierung und Rationalisierung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe, Massenentlassungen, drastische Einsparungen im sozialen Haushalt sind die Kernpunkte dieser Politik.
Mit am härtesten betroffen von dieser Notlage sind die Kinder. UNICEF spricht in seiner letzten Studie über Nicaragua schon von einem "wahrhaft nationalen Notstand". 700 000 Kinder, bei einer Gesamtbevölkerung von 3,6 Mio. leben unter "besonders schwierigen Umständen". Über 100 000 Kinder sind gezwungen, zum Lebensunterhalt ihrer Familien beizutragen und außerhalb ihrer Familien zu arbeiten. Die Hälfte von ihnen hat aufgrund dessen keine Möglichkeit die Schule zu besuchen. Die meisten derjenigen, die in der Stadt arbeiten, haben ihr Betätigungsfeld im informellen Sektor. Hier setzt die Arbeit der StraßenpädagogInnen an, die sowohl in staatlichen als auch nichtstaatlichen Organisation arbeiten.
Anfang 1991 schlossen sich 80 dieser PädagogInnen in einer nicht organisationsgebundenen "Solidaritätsbewegung für die Rechte der Kinder, die arbeiten und auf der Straße leben", kurz "Movimiento" zusammen. Ihr Wirkungskreis erstreckt sich auf 13 Projekte in 8 Städten Nicaraguas.
In einer Erklärung des "Movimientos" von 1992 heißt es:
"Die Solidaritätsbewegung strebt an, eine Sicht der Erwachsenen auf die Kinder zu überwinden, die ihnen die Fähigkeit abspricht zu denken und zu verstehen und ihnen nur eine symbolische Rolle zugesteht. Den Kinder wird nicht zugetraut verantwortliche Entscheidungen zu treffen und sich kritisch mit dem Leben auseinanderzusetzen, das ihnen von den Erwachsenen auferlegt wird".
Die MitarbeiterInnen in den verschiedenen Straßenkinderprojekten arbeiten nach partizipativen Modellen,die die Kinder in die Lage versetzen sollen, selbst aktiv zu werden, sich für ihre Rechte als arbeitende und in der Straße lebende Kinder einzusetzen.
Auf Initiative der PädagogInnen entwickelte sich bei den Kindern eine Bewegung, die bisher sowohl nationale als auch regionale und kontinentale Zusammenkünfte der arbeitenden- und Straßenkinder durchführte. Dort tauschen Kinder aus verschiedenen Städten, Ländern oder auch Arbeitsfeldern ihre Erfahrungen aus und machen ihre Forderungen öffentlich.

ZIEL UND ZIELGRUPPE DER RUNDREISE:

Da es sich um ErzieherInnen bzw. PädagogInnen handelt, die in einer politischen als auch pädagogischen Bewegung arbeiten, stehen beide Akzentuierungen im Vordergrund und sollten als solche miteinander verbunden werden. Zielgruppe sind in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Menschen, entwicklungspolitisch Interessierte, sowie eine an pädagogischen Fragen interessierte Öffentlichkeit.

DIE DELEGATIONSTEILNEHMERINNEN:

1. Maria Isabel Blanco, 33 Jahre (geb. 24.7.1959 in Jinotepe), Licenciada en Educación (also eine Art Dipl.-Päd.), seit 1981 in sozialen Kinder-Programmen des INSSBI (Nicaraguanisches Sozial- und Wohlfahtsministerium) tätig, seit Oktober 1991 schließlich als Straßenpädagogin im Mercado Israel Lewites in Managua, angestellt bei INPRHU (Instituto Nacional para la Promoción Humana - nichtstaatl. Institut zur Förderung der Menschenrechte); im "Movimiento" seit den Anfängen aktiv.

2. Egberto González Martinez, 31 Jahre (geb. 19.6.1961), Ausbildung als Primarschullehrer, Straßenpädagoge des INPRHU in Esteli seit November 1991; vertrat das "Movimiento" als Delegierter auf dem 3. "Encuentro Centroamericano" im Okt.1993 (siehe beiliegenden Artikel) und auf dem 3. "Encuentro Latinoamericano" in Guatemala, Ende Oktober 1993.

DIE INTERESSEN DER DELEGATIONSTEILNEHMERINNEN:

Die Delegierten informieren über die aktuelle Situation und die Entwicklung des "Movimiento" in Nicaragua mit dem Ziel, Möglichkeiten des Austausches zu eruieren, sowie mehr Unterstützung aus Deutschland zu erhalten.

Es besteht Interesse an Informationen über:
- Konzepte und Erfahrungen von Straßensozialarbeit und offener/gemeindebezogener Jugendarbeit in Deutschland
- Ausbildung von ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und -pädagogInnen, insbesondere der Kinder und Jugendarbeit
- Lage der Kinder und Jugendlichen in Deutschland, insbes. Fragen der Kinderarbeit, Straßenkindheit, Straßencliquen, Gewalterfahrung von Kindern und Jugendlichen
- Umgang mit AusländerInnen und Flüchtlingen, Asylpolitik, Rassismus und Neofaschismus, aber auch den Widerstand dagegen
- Die aktuelle Solidaritätsarbeit mit Nicaragua

Mögliche GesprächspartnerInnen werden hierbei sein:
Soligruppen/-initiativen, StreetworkerInnen/ JugendarbeiterInnen und ihre Projekte, StudentInnen und DozentInnen der Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Kinder und Jugendgruppen, Kinder und Jugendzentren, staatliche Stellen sowie eine breite interessierte Öffentlichkeit.



GELEM GELEM

Wir gehen einen langen Weg

Ein Film von

Monika Hielscher
und
Matthias Heeder

"Wir waren schon tot, als wir geboren wurden. Wir leben hier wie die Geister, die von einer Stadt zur nächsten gejagt werden, von einem Land zum anderen. Wenn Du als Rom geboren bist, gibt es keinen Platz für Dich, an dem Du bleiben kannst, keine Zukunft."

Der Film GELEM GELEM - Wir gehen einen langen Weg beschreibt den Versuch einer Gruppe heimatloser Roma in der Bundesrepublik, den Teufelskreis von sozialer Verelendung, Kriminalisierung, Abschiebung, illegaler Wiedereinreise, erneuter Vertreibung etc. zu durchbrechen. In keinem anderen Land wurde mit solch einer Kontinuität Unrecht jeglicher Art an den sg. Zigeunern verübt wie in Deutschland. Weit über 500 000 Roma und Cinti fielen den Nationalsozialisten zum Opfer, wurden durch Zwangsarbeit zu Tode geknechtet, erschossen, vergast, vergewaltigt und zu bestialischen medizinischen Experimenten mißbraucht.

GELEM GELEM - gesungen von den Vätern der wenigen Überlebenden auf dem Weg in die Vernichtungslager.

GELEM GELEM - ein Lied, das die verschiedenen Stämme des Volkes der Roma auf ihrer Jahrhunderte langen Fluchtwanderung durch ganz Europa miteinander verband.

GELEM GELEM - singen die Roma auf ihrem Bettelmarsch, der sie zuerst durch Nordrhein-Westfalen, später dann aber durch ganz Deutschland bis zur holländischen Grenze führt, wo sie auf Aufnahme durch die holländischen Behörden hoffen - vergebens.

"Schlagt mich tot, sperrt mich ein, macht mit mir was ihr wollt, aber schickt mich nicht wieder nach Jugoslawien oder in ein anderes fremdes Land. Ich bin Rom, ich habe kein Land."

Das entgegnet Vebjia Adjovic, das Oberhaupt einer über 30-köpfigen Familie den Behörden, die ihn nach Jugoslawien abschieben wollten. Er war der erste, der sich gegen die gewaltsame Vertreibung seiner Familie zur Wehr setzte. Ihm schlossen sich immer mehr Familien an. So entstand der erste Streik in der Geschichte der Roma.

Der Film dokumentiert auf dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung zwei Jahre dieser Auseinandersetzung um ein dauerhaftes Niederlassungsrecht in der Bundesrepublik. Nach einer Reihe von Versprechen, Vertröstungen und nicht eingehaltener Abmachungen, stehen die Roma heute dort, wo sie vor über zwei Jahren begonnen haben. Doch haben sie eine für ihr Volk wichtige Erfahrung gemacht. Sie haben gelernt, sich als Menschen zu sehen, die etwas wert sind, die nicht mehr betteln, nicht mehr fliehen und sich nicht mehr vertreiben lassen wollen.

Die Aufnahmen zu diesem Film entstanden zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1991. Die meisten Menschen, die wir während dieser Zeit begleiteten, wurden inzwischen von den deutschen Behörden abgeschoben. Ihre Spuren verlieren sich in den Elendsghettos von Süd-Osteuropa.

Ihnen ist dieser Film gewidmet.

GELEM GELEM
16 mm / F, S-W / 85 Min.
BRD 1989-91

Buch und Regie / written and directed by
Monika Hielscher und Matthias Heeder

Kamera / photography by
Robert Berghoff, Christoph Schwingel, Rainer Jonas, Barbara Metzlaff, Hanno Hart

Schnitt / edited by
Margot Neubert-Maric

Ton / sound by
Monika Hielscher, Lars Wendt

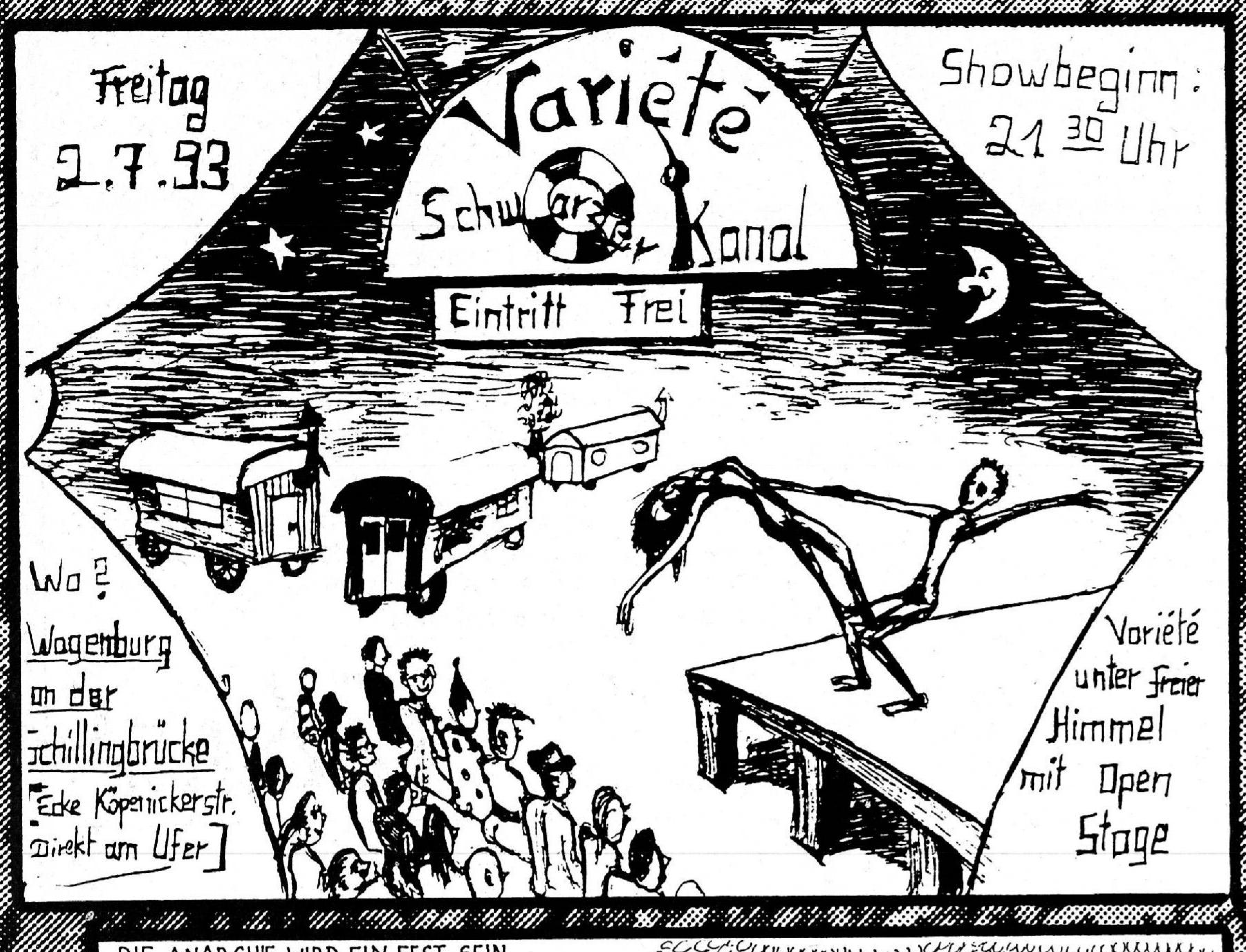
Musik / music by
Stefan Glowacki, Andrzej Wisniewski
Musikaufnahme / soundrecording
Joram Bejarano

Produktion / produced by
Rhizomfilm OHG Hamburg
Telefon: 0049 - 40 - 439 43 82
Telefax: 0049 - 40 - 439 38 94

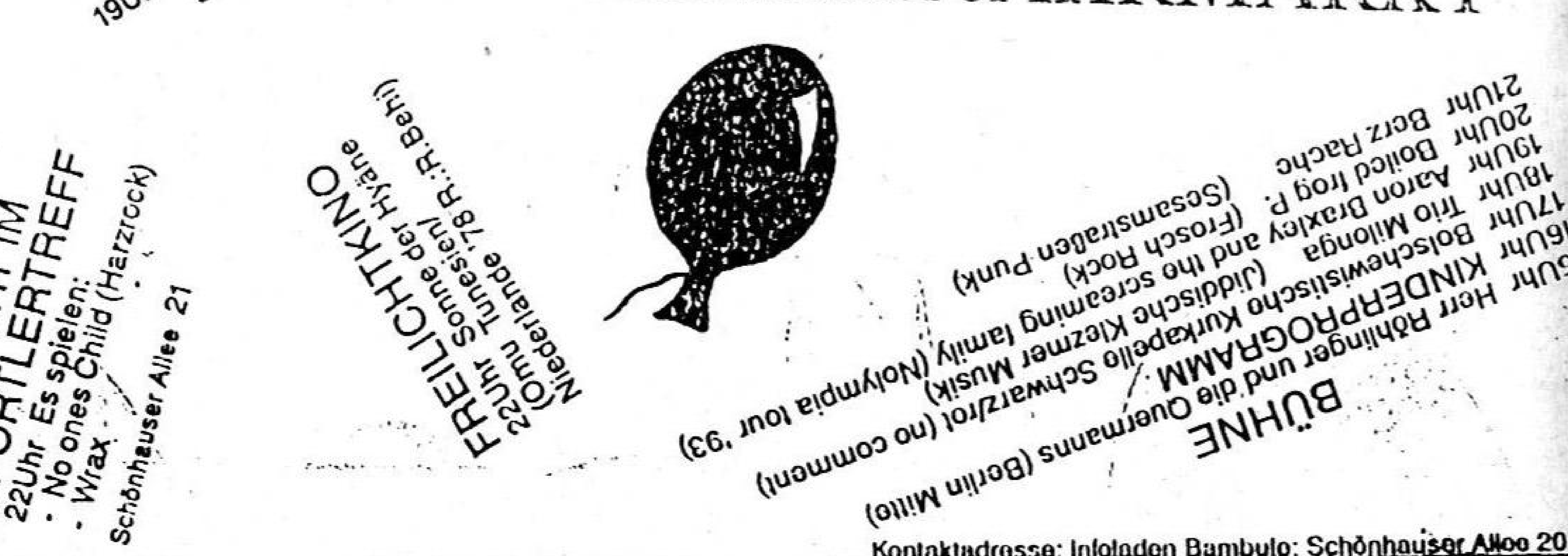
Neu autofocus



TERMINE


Freitag
2.7.93
Varieté
Schwarzer Kanal
Showbeginn: 21 30 Uhr
Eintritt Frei
Wo?
Wagenburg an der Schillingbrücke
[Ecke Köpenickerstr. direkt am Ufer]
Varieté unter freier Himmel mit Open Stage


DIE ANARCHIE WIRD EIN FEST SEIN
ODER SIE WIRD NICHT SEIN
LIBERTÄRER JAHRMARKT 93
SAMSTAG, 10. JULI, 15oo SENEFELDER PLATZ
U-BAHN 2, SENEFELDER PLATZ
BUS 140, ROSA LUXEMB. PL.
TRAM 1, 13, 50, 52, 93


LIBERTÄRER JAHRMARKT
IM ZELT:
AUSSTELLUNGEN:
ANARCHISTINNEN - Frauen für die Freiheit
- Nolympia
- Anarchistische Projekte
16Uhr Gregor Hauser singt Gedichte von Erich Mühsam zur Gitarre
17Uhr Infogespräch über Zinspolitik und Bodenspekulation in Berlin mit Klaus Schmidt
18Uhr Informationen zu den Projekten COLPO (Anarchistisches Medienprojekt) und der A(nti)-NATIONAL Gruppe.
19Uhr FAU-Ost stellt die Kampagne gegen die verschärften Kontrollen des Arbeitsamtes vor.
ANTI OLYMPIA VIDEO SHOW
18Uhr Infoladen Bambule
AUF DEM PLATZ:
- Statuentheater
- ASYL-Theater (Stück über die Festung Europa)
- Percussion Gruppe
- Jonglieren
- Keinrad-Rennen
- Viele Infostände und buden
- Essen und Getränke
- Spiele für Jung und alt
KONZERT IM SPORTLERTREFF
22Uhr Es spielen:
- No ones Child (Herzrock)
- Wrax
Schönhauser Allee 21
FREILICHTKINO
22Uhr Sonne der Hyäne
(OmU Tunesien/Niederlande '78 R.: R. Behi)
BÜHNE
15Uhr Herr Röhlinger und die Quermanns (Berlin Mitte)
16Uhr KINDERPROGRAMM
17Uhr Bolschewistische Kurkapelle Schwarz/rot (no comment)
18Uhr Trio Milonga (Jiddische Klezmer Musik)
19Uhr Aaron Braxley and the screaming family (Nolympia tour '93)
20Uhr Boiled frog P. (Frosch Rock)
21Uhr Berz Rache (Sesamstraßen Punk)
Kontaktadresse: Infoladen Bambule; Schönhauser Allee 20

Donnerstag,1,7., im BAOBAB, Winsstr.53,
Prenzlauer Berg
und
Freitag,2.7., EL LOCCO, Kreuzbergstr.43,
jeweils 20.00 Uhr:Straßenkinder in Nicaragua organisieren sich. Veranstaltung mit Maria Isabel Blanco (Managua) und Egberto Gonzáles Martinez (Estelí)

Freitag,2.7.

19.00 Uhr: Veranstaltung:
Überraschungsfilm aus dem alten Palästina
21.00 Uhr: Diskussion 1. Mai-Nachbereitung,
Perspektiven linker Bündnispolitik
Veranstalter: Alternative Linke
Ort: Mehringhof, Blauer Salon

Samstag, 3.7.

1 Jahr instandbesetzt - Party
in der Elsenstr.105, ab 18.00 Unhr

Sonntag, 4.7.

21.30 Uhr: "Schwein gehabt" - saugutes Kino am Lagerfeuer
Eskimo-Künstlerin
Ort: Kinderbauernhof, Adalbertstr./ Bethaniendamm, Eintritt frei

ab 17.00 Uhr Antifa-Cafe Wedding:
Zeitzeugenbericht v. W. Szepansky über den Widerstand während des NS-Faschismus und die Haft im KZ Sachsenhausen
Ort: Putte, Osloer Str.12, 2.HH, 2.Stk.

Montag, 5.7.

ab20.30: ♀ ⚢ -Cafe im X-B-Liebig
ab jetzt immer Montags

Dienstag, 6.7.

Frauen/Lesben-VV zu Wunsiedel
19.00 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon

Filme im Clash:

Dienstag, 6.7., 21.00 und 23.00 Uhr:
"Grenzenlos", Film über Genversuche an Menschen

Mittwoch, 7.7., 21.00 Uhr: "Die Weiße Rose"

Mittwoch, 14.7., 21.00 Uhr: "wir Keller Kinder"

Ort: Clash, Uferstr. 13, Wedding

Öffnungszeiten des Clash:
Mo-Sa ab 19.00 Uhr
So 11-?, ab11.ooFrühstücksbuffet
Do Frauen/Lesbentag
Fr 10-15.00 Uhr SchulschwänzerInnen-Cafe

Mittwoch, 7.7.

19.30 Uhr: Treffen zum Prozeß von Ingrid Jakobmeier
Ort: Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 1/61

MUSIK & LYRIK

Internationale Lyrik und Texte von Gefangenen
Johannes Brahms, 11 Choralvorspiele für Orgel
9. Juli `93 - 20.00 Uhr
Gethsemanekirche - Eintritt frei
U-/S-Bahn Schönhauser Allee

Sonntag,11.7.
18.00 Uhr: Widerstand gegen Mercedes-Teststrecke im Papenburger Moor. Infos und Vegan Küche
Ort: Drugstore, Potsdamer Str. 180, 2. Stk.

Wo in aller Welt liegt Somalia?



Somalische Frauen zerreißen US-Flagge

Wenn voraussichtlich Anfang August `93 das Hauptkontingent der deutschen Truppen den "humanitären" Planungsstäben in die zentralsomalische Kleinstadt Belet Uen nachfolgen, hat die Bundesregierung Hand in Hand mit der militärischen Führung ihr mittelfristiges Hauptziel erreicht. Eine militärisch bestimmte Außenpolitik wird wieder zur Regel. "Wir gehören wieder zur Familie": tönt der Oberkommandierende der "Afrikakämpfer", von denen kleinere Chargen auch jetzt schon den richtigen Kampfeinsatz vor laufender Kamera einfordern. Die imperialistische Politik der BRD, die nach Mogadischu 1977 sich damit begnügte, die 21 Jahre währende Diktatur des Siad Barre mit Militär- und Polizeihilfen von mehr als 600 Mio. DM zu unterstützen, muß sich heute unbedingt als Juniorpartner der USA ein aktives militärisches Absicherungsintrument ihrer Außenpolitik zulegen. Die ersten Ölbohrungen im Gefolge der US-Intervention in Somalia sind schon im Gange. In den verteidigungspolischen Richtlinien des Bundeskriegsministeriums vom November 1992 werden als vitale Sicherheitsinteressen der BRD: "Die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und der ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" definiert. Diese sind jetzt militärisch durchzusetzen. Und so bestätigen sich die Zyniker von der Hardthöhe als Welthungerhilfe, während gleichzeitig unter ihrem Schutz der Ausbau der Militärbasen zur Kontrolle und Sicherung der Öltankerrouten vom Persischen Golf in den Suez-Kanal weitergeht. "Es ist doch kein Zufall, daß der christliche Teil der Welt reich und der islamische Teil arm ist. Das ist alles eine Frage der Arbeitsmentalität...": Konstatierte ein in Kampfanzug mitgereister katholischer Militärseelsorger des deutschen Voraustrupps. So sieht die geistige Überheblichkeitshaltung der "neuen reichen christlichen Weißen" aus. Folgerichtig erscheint es dann, daß von den Hungernden "islamischen Arbeitsunwilligen", die 1991 aus Somalia in die BRD geflüchtet waren, gerade noch 2,5% als Flüchtlinge anerkannt wurden. Doch mit den Hungertoten im Patronengurt scheint die Bundeswehr auch hier an der Heimatfront die Schlacht um die Köpfe zu gewinnen. Die militärisch abgesicherte Totalausbeutung des Südens, als billiger Rohstofflieferant und neu zu erschließender Markt, wird wieder ein deutscher Normalzustand werden.

DEMO 3.7.93

BREITSCHEIDTPLATZ 19.00 UHR

Setzen wir direkte Aktionen gegen Bundesdeutsche Normalzustände!

Bring the war home!!!

Bisher geplant TAG-S (Entsendung des Hauptkontigents)

- **Kundgebung in Berlin:** Breitscheidtplatz 19:00 Uhr
- **WAR IN** Same time, same place
- **Bundesweiter Zivildienststreik** (Koordinationstelefon: 030/ 615 00 530)
- **Aktionen gegen chauvinistische Weltkriegsdenkmäler**
- **Und alles was sonst noch geht!**

ViSdP: Antimil